



universität
wien

MASTERARBEIT / MASTER'S THESIS

Titel der Masterarbeit / Title of the Master's Thesis

„Finanzbildung in Österreich – Eine Diskursanalyse zur
Nationalen Finanzbildungsstrategie 2021-2026 unter
besonderer Berücksichtigung der weiteren Stakeholder-
Interessen“

verfasst von / submitted by

Andrea Grabner, BA

angestrebter akademischer Grad / in partial fulfilment of the requirements for the degree of
Master of Arts (MA)

Wien, 2023 / Vienna 2023

Studienkennzahl lt. Studienblatt /
degree programme code as it appears on
the student record sheet:

UA 066 824

Studienrichtung lt. Studienblatt /
degree programme as it appears on
the student record sheet:

Masterstudium Politikwissenschaft UG2002

Betreut von / Supervisor:

HR Doz. Dr. Johann Dvořák

Inhalt

Einleitung.....	3
Forschungsfrage und Relevanz.....	4
Zur Definition des Begriffs der „Finanzbildung“ bzw. der „Financial Literacy“	6
Einordnung in den Stand der Wissenschaft	9
Methodik und Struktur.....	12
Theoretische Grundlagen zur inhaltlichen Auseinandersetzung und qualitativen Analyse	13
„Critical Policy Discourse Analysis“- Zur Auswahl der kritischen Diskursanalyse	18
Die Grundlagen der „Grounded Theory“	19
Bedeutung und Objektivität	21
Begriffsdefinitionen.....	23
„Dollar Voting“: Macht und Einfluss innerhalb eines kapitalistischen Systems.....	25
Finanzbildung und Wohlstand: Zusammenhänge in Bezug auf die generationelle Reproduktion sozioökonomischer Hintergründe	29
Inhaltsanalyse der „Nationalen Finanzbildungsstrategie für Österreich“	34
Expert:innen-Interviews und Diskursanalyse	59
Abschließende Betrachtung und Beantwortung der Forschungsfrage	80
Danksagung	85
Literaturverzeichnis.....	86
Anhang 1: Textcodierung Nationale Finanzbildungsstrategie.....	89
Anhang 2: Abstract	110

Einleitung

Die vorliegende Masterarbeit zum Thema „Finanzbildung in Österreich – Eine Diskursanalyse zur Nationalen Finanzbildungsstrategie 2021-2026 unter besonderer Berücksichtigung weiterer Stakeholder-Interessen“ setzt sich mit der im September 2021 vom Österreichischen Bundesministerium für Finanzen und der OECD veröffentlichten „Nationalen Finanzbildungsstrategie für Österreich“¹ auseinander und analysiert dabei die dort festgeschriebenen Methoden und Strategien. In weiterer Folge werden die Interessen ausgewählter Stakeholder im Bereich der Finanzbildung in Österreich herangezogen und hinterfragt, deren Schwerpunkte und methodische Ansätze analysiert und in Summe vergleichend zusammengeführt, um eine Aussage darüber treffen zu können, inwieweit die vorgestellte Finanzbildungsstrategie diese Interessenspunkte miteinschließt.

Die Arbeit wurde im Rahmen des Masterstudiums der Politikwissenschaft an der Universität Wien erstellt und dient als abschließendes wissenschaftliches Werk der Autorin, um den Titel des Master of Arts zu erlangen.

Die vorliegende Auseinandersetzung mit dem Themenfeld der Finanzbildung basiert auf einem klar politikwissenschaftlichen Erkenntnisinteresse und soll eine Orientierung liefern, welche Schwerpunkte Österreich in diesem für die zweite Republik doch recht neu gewählten politischen Themenfeld (hierbei sei als Randbemerkung gestattet, dass die Definition der Finanzbildung – etwa im Gegensatz zur wirtschaftlichen oder unternehmerischen Bildung- von Bedeutung ist, um die soeben getroffene Aussage als zulässig zu erklären; diese Definition folgt auf den kommenden Seiten) gesetzt hat: Etwa bei der Auswahl der Zielgruppen innerhalb der Bevölkerung, die von den Maßnahmen profitieren sollen, der eingebundenen Stakeholder und der inhaltlichen Schwerpunktsetzung.

Die vorliegende Arbeit soll Grundlagen schaffen und die weitere Auseinandersetzung mit dem Themenbereich der österreichischen Finanzbildung innerhalb der Politikwissenschaft erleichtern, aber auch deren Relevanz hervorheben und unterstreichen. Gerade auch ob der realpolitischen Auswirkungen, die der Grad der Finanzbildung einer Gesellschaft auf Wohlstand und Stabilität haben dürfte, ist es durchaus notwendig, die politikwissenschaftliche Forschung in diesem Bereich weiter auszubauen, um hier neben der bereits vielfältig

¹ OECD (2021). "Nationale Finanzbildungsstrategie für Österreich." 03.11.2021, abgerufen unter: <https://www.bmf.gv.at/dam/jcr:2e90cf98-06b2-44e4-ad08-cd85e00af7da/Bericht%20Nationale%20Finanzbildungsstrategie.pdf>

betriebenen Forschung der Wirtschaftswissenschaften auch die sozialwissenschaftliche Dimension noch eingehender ergründen zu können.

Forschungsfrage und Relevanz

Die Rolle, die Finanzbildung innerhalb eines politischen Gefüges (sei es innerhalb einer einzelnen Nation oder eines Staates, aber auch in einer staatenübergreifenden Interessensgemeinschaft) einnimmt, hängt sehr stark von der inhaltlichen Schwerpunktsetzung einer Regierung und seiner Institutionen ab. Insofern kann sowohl die Definition, was unter Finanzbildung verstanden werden muss und welche Maßnahmen gesetzt werden sollen, als auch das Ausmaß der geplanten Umsetzung dahingehend von Legislaturperiode zu Legislaturperiode stark schwanken und sich in der Ausgestaltung maßgeblich unterscheiden. Gerade auch deshalb ist der Ansatz der österreichischen Nationalen Finanzbildungsstrategie hier für eine politikwissenschaftliche Betrachtung relevant, da der Planungszeitraum sich dabei über die laufende reguläre Legislaturperiode hinaus erstreckt (konkret: von 2021-2026) und sich auf ein quasi unabhängiges Gremium stützt (den Finanzbildungsrat, dem ein Lenkungsausschuss zur Seite gestellt wird), welches sich aus verschiedenen Stakeholdern zusammensetzt, die beispielweise nicht direkt der österreichischen Bundesregierung unterstellt sind, so dass ein Fortbestand der Nationalen Finanzbildungsstrategie auch über eine Legislaturperiode hinaus konzeptionell angedacht sein dürfte.²

Insbesondere aus dieser Betrachtung heraus ist eine grundsätzliche Evaluierung der vorliegenden österreichischen Nationalen Finanzbildungsstrategie nicht nur von inhärenter Relevanz, sondern beinahe schon als notwendige politikwissenschaftliche Grundlagenforschung zu verstehen, um sowohl die Methoden und Strategien zu kennen, die dieses Strategiepapier vorsieht, sondern auch nachvollziehen zu können, inwieweit verschiedene österreichische Stakeholder nicht nur auf rein formeller Ebene (etwa durch Beteiligung im Rahmen des Lenkungsausschusses) miteinbezogen worden sind, sondern auch, inwiefern deren Positionen zum Thema Finanzbildung sich von dem vorgelegten Positionspapier unterscheiden bzw. wo es Überschneidungen gibt.

² Vgl. OECD (2021), S. 27 ff.

Die Forschungsfrage, die der geplanten Masterarbeit zugrunde liegt, lautet nun also wie folgt:

„Inwiefern unterscheiden sich die Methoden und Strategien zur Finanzbildung in Österreich, die in der Nationalen Finanzbildungsstrategie 2021-2026 erläutert werden, von jenen, die von den weiteren Stakeholdern vorgeschlagen werden, und worin unterscheiden sich die unterschiedlichen Positionen im allgemeinen Diskurs?“

Die Relevanz der vorliegenden Forschungsarbeit ist aber nicht allein aufgrund der notwendigen grundsätzlichen Evaluierung der Nationalen Finanzbildungsstrategie an sich zu begründen, sondern sollte auch darauf zurückzuführen sein, welche Auswirkung die Qualität und der Grad der Financial Literacy (ein Begriff, der im Rahmen dieser Arbeit als inhaltlich mit dem Terminus „Finanzbildung“ gleichrangig verwendet wird) einer Gesellschaft auf deren Ausmaß an finanzieller Inklusion hat, ein Konzept, das vor allem von der OECD/INFE im Rahmen ihrer Arbeit zum Thema stark in den Vordergrund gestellt wird.³

Die Definition von finanzieller Inklusion der OECD/INFE lautet wie folgt:

“Financial inclusion refers to the process of promoting affordable, timely and adequate access to a wide range of regulated financial products and services and broadening their use by all segments of society through the implementation of tailored existing and innovative approaches including financial awareness and education with a view to promote financial well-being as well as economic and social inclusion.”⁴

In dieser Definition steht vor allem der grundsätzliche Zugang einer Bevölkerung zu den angebotenen Finanzdienstleistungen im Fokus, der eine Teilhabe am wirtschaftlichen Geschehen und soziale Inklusion ermöglicht. Der kaum eindeutige Begriff von „unbanked“ oder „underbanked“ Bevölkerungsschichten spiegelt dabei etwa das Problem wider, wenn innerhalb eines Staates ein beträchtlicher Anteil seiner Bürger:innen gar keinen oder kaum Zugang zum Bankenwesen und dessen Angeboten hat, was eine weitreichende gesellschaftliche Spaltung anhand des jeweiligen sozioökonomischen Hintergrunds zur Folge haben kann.⁵ Nun ist es aber notwendig – gerade auch im Kontext dieser globalen, generellen Betrachtung des Begriffs der finanziellen Inklusion – die Bedeutung für Österreich und für die hiesige

³ Vgl. Atkinson, A. und F.-A. Messy (2013). "Promoting Financial Inclusion through Financial Education." 11.02.2022, abgerufen unter: <https://doi.org/10.1787/5k3xz6m88smp-en>.

⁴ Atkinson, A. und F.-A. Messy (2013), S. 11

⁵ Vgl. Stalin, D. C. (2019). "A Comparative Study of Financial Literacy and Financial Needs of Unbanked and Under Banked Population." 18.01.2022, abgerufen unter: <https://doi.org/10.34293/commerce.v7i2.375>

Nationale Finanzbildungsstrategie herunterzubrechen.

Der Zugang zu grundlegenden Basis-Finanzdienstleistungen ist innerhalb der Europäischen Union grundsätzlich geregelt. So hat etwa jede Privatperson mit rechtmäßigem Aufenthalt in der Europäischen Union Anspruch auf ein Basiskonto, das grundlegende Leistungen wie etwa Einzahlungen, Barabhebungen innerhalb der EU, Lastschriften innerhalb der EU und Online-Zahlungen beinhalten muss.⁶ Somit ist in Österreich die Herausforderung finanzieller Inklusion nuancierter zu betrachten. So könnte es vielmehr darum gehen, neue digitale Angebote (Stichwort: FinTechs) im Finanzdienstleistungssektor sowie private Investitionen am Kapitalmarkt allen Bevölkerungsschichten zugänglich zu machen. Die Schwerpunktsetzung der Nationalen Finanzbildungsstrategie ist hierbei sehr eindeutig gegliedert und wird im Rahmen der nachfolgenden qualitativen Inhaltsanalyse näher erörtert.

Finanzbildung und finanzielle Inklusion sind demnach auch in Österreich eine nationale Herausforderung, deren nähere Betrachtung hinsichtlich Strategie und Methodik von größter Relevanz sind.

Zur Definition des Begriffs der „Finanzbildung“ bzw. der „Financial Literacy“

Wenn die vorliegende Arbeit sich wissenschaftlich und analytisch mit der Österreichischen Finanzbildungsstrategie auseinandersetzen möchte, so ist es doch dringend notwendig, bereits im Vorfeld der Analysen und Betrachtungen genau abzuklären und zu definieren, was konkret unter dem Begriff „Finanzbildung“ (bzw. der „Financial Literacy“, die englischsprachige Begrifflichkeit, die in dieser Arbeit bedeutungsgleich verwendet wird und lediglich der sprachlichen Auflockerung dient) gemeint ist, aber auch welche Bedeutungszuschreibungen hier ausgeschlossen sind. Diese Notwendigkeit begründet sich nicht nur auf den allgemeinen Anspruch einer politikwissenschaftlichen Auseinandersetzung, hier auf eine einheitliche und akkurate Zuschreibung zu achten, sondern auch auf der Beobachtung, die schon bei einem oberflächlichen ersten Überfliegen der verschiedenen österreichischen Finanzbildungsangebote gemacht werden kann, dass es hier ein buntes Sammelsurium an Aufgaben, Themenfeldern und

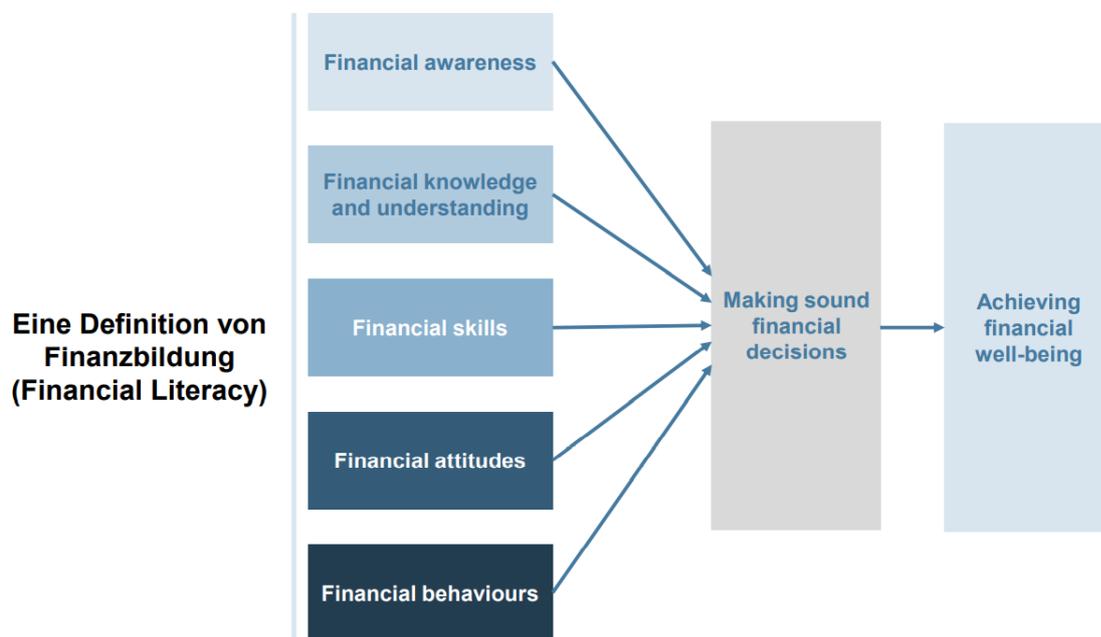
⁶ Vgl. Richtlinie 2014/92/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. Juli 2014 über die Vergleichbarkeit von Zahlungskontoentgelten, den Wechsel von Zahlungskonten und den Zugang zu Zahlungskonten mit grundlegenden Funktionen Text von Bedeutung für den EWR. 11.02.2022, abgerufen unter: <https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/PDF/?uri=CELEX:32014L0092&from=DE>

Schwerpunkten gibt, die allesamt von unterschiedlichen Playern innerhalb des untersuchten Bereiches unter dem Begriff der „Finanzbildung“ „mitgemeint“ werden wollen.

Die OECD/INFE definiert Finanzbildung wie folgt:

“A combination of awareness, knowledge, skill, attitude and behaviour necessary to make sound financial decisions and ultimately achieve individual financial wellbeing.”⁷

In dieser Auffassung liegt der Fokus vor allem auf jenen Verhaltensweisen, jenem Wissen und jenem Bewusstsein, dass es derjenigen oder demjenigen, dem oder der die Finanzbildung zugeführt wird, ermöglicht, finanzielle Entscheidungen so zu treffen, dass er oder sie finanzielles Wohlergehen erlangt.



(Atkinson & Messy 2012, OECD 2005, 2014, 2017) 8

Die Österreichische Finanzbildungsstrategie definiert Finanzbildung so:

Eine Kombination aus finanziellem Bewusstsein, Wissen, Fähigkeiten, Einstellungen und Verhaltensweisen, die notwendig sind, um fundierte finanzielle Entscheidungen zu treffen und letztendlich individuelles finanzielles Wohlergehen zu erreichen und zur nachhaltigen Entwicklung von Wirtschaft und Gesellschaft beizutragen.⁹

⁷ OECD INFE (2011). „Measuring Financial Literacy: Questionnaire and Guidance Notes for Conducting an Internationally Comparable Survey of Financial Literacy“, S.3.

01.04.2022, abgerufen unter: <https://www.oecd.org/finance/financial-education/49319977.pdf>

⁸ Grafik: Fuhrmann, B. (2018), abgerufen am 04.08.2022 unter

https://www.wu.ac.at/fileadmin/wu/d/i/wipaed/kongresse/wp12/Keynotes/Fuhrmann_Wipaed-Kongress_2018.pdf

⁹OECD (2021), S. 17

Somit erweitert die Österreichische Strategie die Definition noch um die Zielsetzung eines „individuellen finanziellen Wohlergehens“ und einem Beitrag zur „Wirtschaft und Gesellschaft“. In der dazugehörigen Fußnote werden dazu noch weitere Faktoren des OECD-Rahmens hervorgehoben, die bei der Bearbeitung vom Aufgabengebiet in Verbindung stehen, nämlich „Wissensstand und Fähigkeiten, einschließlich Anpassungsfähigkeit und Selbstkontrolle, körperliche und geistige Gesundheit, Unterstützung durch Freunde, Familie und das weitere soziale Umfeld sowie wirtschaftliche Stabilität und Wachstum“.¹⁰

Da sich beide Definitionen stark über ihre Zielsetzung definieren, nicht aber über das tatsächliche inhaltliche Aufgabenfeld, wird in der vorliegenden Arbeit Folgendes als Teil der Finanzbildung definiert:

- Grundlegende Informationen über die Führung eines Haushaltsbudgets (Einnahmen/Ausgaben)
- Aufklärung über Konsumentinnen- und Konsumentenrechte und Schutz
- Handlungsanleitungen über Investitionsmöglichkeiten und verschiedene Anlagemodelle, Umgang mit Fremdwährungen (inklusive Kryptowährungen)
- Beratung zur Vermeidung von Schulden und finanziellem Risikoverhalten

Damit einhergehend ist es notwendig festzulegen, welche Schulungsfelder im Rahmen dieser Arbeit nicht als Teil von klassischer Finanzbildung gewertet werden:

- Schulungen zum Thema Unternehmensgründung und wirtschaftlicher Selbständigkeit
- Materialien zur europäischen Währung an sich, Besonderheiten der europäischen Banknoten und Geschichte der Währungsunion
- Aufklärung zum Thema Spielsucht und Glücksspiel
- Volkswirtschaftliche Dynamiken und internationale Handelsabläufe

Diese Definition ermöglicht es nun, eine gemeinsame Basis zu schaffen, die ein klares Verständnis dahingehend liefert, welche inhaltlichen Schwerpunkte unter den in dieser Arbeit verwendeten Finanzbildungsbegriff fallen und welche das nicht tun. Gerade in Vorbereitung eines direkten Austauschs und der Analyse der Standpunkte der verschiedenen Stakeholder in diesem Bereich erleichtert diese fast schon strenge Abgrenzung eine bessere Einordnung. Dazu ist aber auch klarzustellen, dass auch die Themenbereiche, die wir hier in dieser Arbeit nicht dem Forschungsbereich zuordnen (sowie solche, die möglicherweise erst neu als Themen in den nächsten Monaten und Jahren aufkommen sollten, die beispielsweise hier noch gar keine

¹⁰OECD (2021), S. 17

Erwähnung gefunden haben), eine positive Auswirkung hinsichtlich der OECD- und Finanzbildungsstrategie-Zielsetzung von „finanziellem Wohlergehen“ für Bürgerinnen und Bürger haben. Es wäre durchaus anzudenken, in einer späteren Forschungsarbeit auch diese Schwerpunktfelder miteinzubeziehen. Im Rahmen dieser als solche definierte Grundlagenforschung der politikwissenschaftlichen Auseinandersetzung mit „Finanzbildung“ ist diese verknappte Variante allerdings von größerer Praktikabilität und dazu noch besser diskutier- und analysierbar.

Einordnung in den Stand der Wissenschaft

Österreich liegt derzeit laut dem „OECD/INFE 2020 International Survey of Adult Financial Literacy“ auf Platz 3 der untersuchten Nationen¹¹, bei denen der Grad der Finanzbildung anhand der Kategorien Wissen, Verhalten und Einstellung (aus dem Englischen: financial knowledge, financial behaviours und financial attitude) aufgeschlüsselt und untersucht wurde. Inhaltlich lässt sich diese Aufteilung folgendermaßen herunterbrechen:

- Kategorie Wissen: Wie gut konnten die Befragten Basisfragen zum Thema Zinsen, Zinseszinsen, grundlegendem Geldmanagement und die Akkumulation von Ersparnissen beantworten?¹²
- Kategorie Verhalten: Wie gut konnten die Befragten Basisfragen zum Thema Sparen, langfristigem Planen, Kontrolle der eigenen Finanzen und Monitoring derselben beantworten?¹³
- Kategorie Einstellung: Hier wurden die Teilnehmerinnen und Teilnehmer nach einer Positionierung zu gewissen Grundhaltungen befragt (z.B. „Geld ist zum Ausgeben da.“, „Ich finde es befriedigender, Geld auszugeben, als es langfristig zu sparen.“ etc.), die Aufschluss darüber geben sollten, wie sehr die Befragten kurz- oder langfristig über ihre Finanzen bzw. ihr Konsumverhalten nachdenken.¹⁴

Anhand dieser drei Messkategorien stellt sich nun die Frage, inwiefern finanzbildnerische Maßnahmen in Österreich bereits dahingehend umgesetzt werden, dass erklären würde, warum

¹¹ Vgl. OECD (2020). „OECD/INFE 2020 International Survey of Adult Financial Literacy“, S. 15. 20.04.2022, abgerufen unter <https://www.oecd.org/financial/education/oecd-infe-2020-international-survey-of-adult-financial-literacy.pdf>

¹² Vgl. OECD (2020), S. 19

¹³ Vgl. OECD (2020), S. 24

¹⁴ Vgl. OECD (2020), S. 27

diese Teilnehmerinnen und Teilnehmer bei diesen Untersuchungen verhältnismäßig so gut abgeschnitten haben.

Nach einiger grundsätzlicher Recherche ergibt sich aber ein ernüchterndes Bild: Zum derzeitigen Zeitpunkt gibt es zwar zahlreiche wirtschaftswissenschaftliche Überlegungen zu diesem Thema, allerdings keinerlei rein politikwissenschaftliche Publikationen, die sich hier mit den staatlichen Maßnahmen gezielt auseinandersetzen (und beispielsweise den soeben genannten Zusammenhang behandeln). Selbstverständlich gibt es damit auch keine ähnliche Forschungsunternehmung mit einer gleichlautenden oder ähnlichen Forschungsfrage, wie jene, mit der sich die vorliegende Arbeit auseinandersetzt (was wohl auch darauf zurückzuführen ist, dass die Nationale Finanzbildungsstrategie 2021-2026 erst im September 2021 publiziert wurde).

Gerade seit der Finanzkrise 2008 sind allerdings im politikwissenschaftlichen Bereich zahlreiche Publikationen erschienen, die sich mit der Rolle der Finanzbildung in Wechselwirkung mit anderen gesellschaftlichen oder volkswirtschaftlichen Indikatoren beschäftigt, wie etwa der Zusammenhang zwischen Gender Inequality und Finanzbildung.¹⁵ In einer rein grundsätzlichen Betrachtung der Effektivität der Mechanismen österreichischer Finanzbildungsmaßnahmen findet sich aber hier Weniges (um das treffendere, aber für eine wissenschaftliche Betrachtung fast schon zu absolute „Nichts“ als Begriff zu vermeiden). Aus diesem Grund lassen sich methodisch und in der allgemeinen Strukturierung vor allem Parallelen zum Forschungsgebiet der allgemeinen „Politischen Bildung“ in Österreich ziehen. Interessant dabei ist es, dass sowohl im Bereich der politischen Bildung als auch der Finanzbildung dahingehend unterschieden werden kann, ob die Betrachtung sich allein auf den rein schulischen Umgang mit der jeweiligen Thematik beschränkt (etwa die Einführung eines entsprechenden Schulfachs oder eines Lehrziels) oder ob es um eine gesamtgesellschaftliche Betrachtung des Bildungsstands geht, der die gesamte österreichische Bevölkerung oder bestimmte Bevölkerungsschichten im Besonderen miteinschließen soll.

Ebenfalls lässt sich als Parallele festhalten, dass sich als Zielsetzung politischer und finanzieller Bildung die Erziehung zur „Mündigkeit“ der Bürgerinnen und Bürger als Konsens herausfiltern lässt.¹⁶

Wenn wir im Rahmen dieser Arbeit über „Mündigkeit“ im Sinne der Politischen Bildung

¹⁵ Als Beispiel sei hier folgende Masterarbeit angeführt: Buschmann, D. (2019). „Financial literacy as a remedy to gender inequality?: Framing gender equality in the OECD financial literacy education policy.“ Wien.

¹⁶ Vgl. Waldhäusl, V. (2017). „Wie „Politisch“ ist Politische Bildung?: Zur Thematisierung sozialer Ungleichheit in der schulischen Politischen Bildung.“ S.6. Wien.

sprechen, so stützen wir uns auf nachfolgende Überlegungen aus der Publikation des Forum Politische Bildung zum Thema „Kompetenzorientierte Politische Bildung“:

„Als ausschlaggebend für die Ansprüche einer demokratisch und pluralistisch verfassten Gesellschaft an wahlberechtigte Menschen wird die „Mündigkeit“ erachtet. Jugendliche sollten die dafür grundlegende Ausprägung ihrer politischen Kompetenzen mit dem Eintritt in das Wahlalter erreicht haben. „Unmündigkeit ist das Unvermögen, sich seines Verstandes ohne Anleitung eines anderen zu bedienen.“ (Kant) Eine so verstandene „Mündigkeit“ kennzeichnet jene Menschen, die in der Lage und willens sind, politisch selbständig und verantwortungsbewusst zu denken und an der Gestaltung der Gesellschaft mitzuwirken.“¹⁷

Aus dieser Herangehensweise lässt sich nun auch für den Mündigkeitsbegriff im Zusammenhang mit der Finanzbildung eine Parallele erkennen. Wenn die grundlegende Handlung innerhalb eines demokratischen Systems die freie, unbeobachtete Abgabe einer Stimme an der Wahlurne ist, so könnte sich basierend auf der Theorie des „Dollar Voting“ die Art und Weise, wie ein Konsument oder eine Konsumentin sein oder ihr Geld ausgibt, als das entsprechende Äquivalent innerhalb eines vom Kapitalmarkt beherrschten Systems darstellen. Auf die theoretischen Überlegungen zum Konzept des „Dollar Voting“ geht diese Arbeit an anderer Stelle noch tiefergehend ein. Somit lässt sich sagen: Wenn politische Bildung auf die Erziehung zu einem mündigen Wählenden abzielt, zielt Finanzbildung gleichermaßen auf die Erziehung zu einem mündigen Teilnehmenden im kapitalistischen System.

Basierend auf dieser Überlegung lässt sich zusammenfassend feststellen, dass der derzeitige politikwissenschaftliche Stand der Wissenschaft rund um Finanzbildung in Österreich zwar überschaubar sein mag (auch wenn es durch entsprechende Umfragen und Studien der OECD zahlreiche Rohdaten dazu gibt), sich durch die inhaltliche und konzeptionelle Nähe zum Bereich der Politischen Bildung inhaltlichen Ableitungen und methodische Parallelen ziehen lassen, die dieser Grundlagenarbeit entgegenkommen.

¹⁷ Krammer, R. (2008). „Kompetenzen durch politische Bildung.“ S.12. In: Forum Politische Bildung (Vol. 29, pp. 5-14). Innsbruck-Bozen-Wien.

Methodik und Struktur

Die vorliegende Masterarbeit konzentriert sich auf eine Analyse der „Nationalen Finanzbildungsstrategie für Österreich“ und eine Auseinandersetzung dahingehend, inwieweit Stakeholder-Interessen in der Ausgestaltung des Inhalts der Strategie mitberücksichtigt werden bzw. welche offenen Punkte es hierbei abzubilden gibt.

Die Arbeit setzt sich aus drei Teilen zusammen:

Inhaltsanalyse:

Im nun folgenden Abschnitt beschäftigt sich diese Arbeit im Rahmen einer Inhaltsanalyse näher mit der konkreten Publikation der „Nationalen Finanzbildungsstrategie für Österreich“. Die „Nationale Finanzbildungsstrategie für Österreich“ beinhaltet auf 76 Seiten die veröffentlichten Pläne und Überlegungen, die das Bundesministerium für Finanzen unter Anleitung der OECD und in Zusammenarbeit mit ausgewählten Stakeholdern umzusetzen gedenkt. Da es sich hier um ein vollständiges, abgeschlossenes Dokument handelt, bietet eine qualitative Inhaltsanalyse hier die richtige Grundlage, um die Kernpunkte der Strategie herauszuarbeiten, was zur weiterführenden Bearbeitung der Forschungsfrage die entsprechende politikwissenschaftliche Basis liefert.

Expert:inneninterviews:

Die Einzelinterviews mit Regierungsorganisationen und Interessensvertretungen ermöglichen es auszuarbeiten, welche weiteren Maßnahmen zur Finanzbildung aus Sicht der befragten Stakeholder relevant sein sollten und wie sich diese im Einklang oder Gegensatz zur vorliegenden Nationalen Finanzbildungsstrategie verhalten. Grundsätzlich ist anzumerken, dass die genannten Institutionen teilweise nicht nur selbst auf unterschiedliche Weise in den verschiedenen Finanzbildungsgremien, die im Rahmen der Finanzbildungsstrategie konzipiert werden, vertreten sind, sondern auch an der Erstellung der Strategie selbst mitgewirkt haben.

Mögliche Gesprächspartner und Gesprächspartnerinnen aus den folgenden Institutionen wurden zu diesem Zweck angefragt:

- Bundesministerium für Finanzen der Republik Österreich
- Wirtschaftskammer Österreich
- Kammer für Arbeiter und Angestellte Österreich
- Österreichische Nationalbank

Die Auswahl der angefragten Gesprächspartnerinnen und Gesprächspartnern setzt sich einerseits aus den Initiatoren des Prozesses rund um die Erstellung der „Nationalen Finanzbildungsstrategie“ zusammen, andererseits aber aus Interessensvertretern aus verschiedenen Perspektiven (etwa Wirtschaftsvertretende und Arbeitnehmervertretende, die hier grundsätzlich als Gegenspieler zu betrachten sind). Die Positionen innerhalb der verschiedenen Finanzbildungs-Lenkungsteams, die in der Finanzbildungsstrategie festgeschrieben sind, werden an späterer Stelle in dieser Arbeit noch thematisiert, da auch das Verständnis derer notwendig ist, um deren Relevanz und auch offiziellen Stellenwert innerhalb des Entstehungsprozesses nachvollziehen zu können.

Diskursanalyse:

Im letzten Schritt werden die vorherrschenden Themenfelder der Inhaltsanalyse der Finanzbildungsstrategie mit dem Gesagten der Expert:inneninterviews miteinander verglichen und in einen Kontext gesetzt. Der Diskurs hierbei wird dahingehend analysiert, die Forschungsfrage dieser Arbeit beantworten zu können. Hier liegt also der Fokus auf den vorgeschlagenen Methoden und Strategien aus der Finanzbildungsstrategie und eben jenen, die vonseiten der Stakeholder vorgeschlagen werden. Hierbei liegt der Schwerpunkt auf dem Diskurs an sich (wie unterscheiden sich sozialer Kontext, gesellschaftliche Praxisfelder und Mentalitäten): Zwar sind die konkreten Umsetzungsvorschläge relevant, hintergründig sollen aber auch die Positionierungen zum Thema an sich in ein Verhältnis gesetzt werden.

Insgesamt ist die Arbeit in einen allgemeinen Theorieteil gebettet, der sich mit der grundsätzlichen Wertigkeit einer qualitativen Herangehensweise an diesen Themenkomplex auseinandersetzt, aber auch die grundsätzliche Perspektive auf den Einfluss von Finanzbildung innerhalb eines kapitalistischen Systems auseinandersetzt.

Theoretische Grundlagen zur inhaltlichen Auseinandersetzung und qualitativen Analyse

Die Auseinandersetzung mit der „Österreichischen Finanzbildungsstrategie“ und den Interessen verschiedener Stakeholder in Österreich erfordert zu einem großen Teil eine grundsätzliche Erhebung der damit im Zusammenhang stehenden vorherrschenden Machtverhältnisse. Das vom Bundesministerium für Finanzen und der Österreichischen Nationalbank veröffentlichte Papier ist in keinem „luftleeren Raum“ entstanden, sondern ist als

Produkt von bestehenden politischen Machtverhältnissen und Handlungsmuster entstanden. Um sich hier mit der Frage nach den genauen Hintergründen und Motivlagen auseinanderzusetzen, ist deshalb die Herangehensweise mithilfe interpretativer Forschungsansätze der qualitativen Methoden sinnvoll.

„Qualitative Forschung zielt darauf ab, die Bedeutung sozialer und politischer Praktiken, Entwicklungen und Phänomene zu verstehen. Sie beschäftigt sich damit, wie Menschen handeln, welchen Sinn sie ihren Handlungen beimessen und was diese Handlungen im gesellschaftlichen Kontext bedeuten.“¹⁸

Basierend auf diesem Zitat aus dem Werk „Qualitative und interpretative Methoden in der Politikwissenschaft“ von Barbara Prainsack und Mirjam Pot, welches gemeinsam mit Philipp Mayrings „Qualitative Inhaltsanalyse“ als Grundlagenbuch für den methodischen Entstehungsprozess dieser Arbeit gedient hat, zeigt sich, dass durch das in der Forschungsfrage formulierte Interesse an den unterschiedlichen Positionen der Akteure im Diskurs rund um die Entstehung der Finanzbildungsstrategie es notwendig ist, den gesellschaftlichen Kontext dieser Positionen herauszuarbeiten und die politischen und sozialen Praktiken, die in diesem Entstehungsprozess angewandt wurden, zu verstehen.

Zielsetzung ist es also, hier interpretativ sowohl die publizierte Strategie an sich, sowie die mittels Interviews erfragten Grundhaltungen der verschiedenen Stakeholder zu analysieren. Dabei bedient sich diese Arbeit einer induktiven Arbeitsweise, in dem sie durch die erstmals generierten Beobachtungen (durch Inhaltsanalyse und Diskursanalyse) dahingehend nutzt, Erklärungen für den finalen „Gesamtstandpunkt“, als den man eine gemeinsam von vielen unterschiedlichen Stakeholdern unterstützte bundesweite Strategie betrachten kann, abzuleiten und auch dahingehend Verständnis zu erlangen, warum bzw. ob es hier inhaltliche Felder gibt, die in der finalen Publikation beispielsweise komplett fehlen.

Grundsätzlich lässt sich sagen, dass die Vorauswahl der Stakeholder, die nach ihren Positionierungen befragt werden, schon dadurch getroffen ist, dass sie Teil des Entstehungsprozesses der Finanzbildungsstrategie, der von Seiten des Bundesministeriums für Finanzen und der Österreichischen Nationalbank initiiert wurde, waren und als Teil einer oder mehrerer Lenkungsgruppen in der Umsetzung derselben zu betrachten sind. Das heißt, dass sich hier möglicherweise bereits eine erste mögliche Unschärfe des hier dargelegten Forschungsprozesses ergibt: Organisationen, die möglicherweise Interesse an oder sogar methodische Präferenzen zur Umsetzung der Finanzbildungsstrategie haben, aber nicht als Teil

¹⁸ Prainsack, B. und Mirjam Pot (2021): Qualitative und interpretative Methoden in der Politikwissenschaft. S.14. Wien-Stuttgart.

des ausgewählten Kreises der am Entstehungsprozess beteiligten Institutionen geführt werden, können bei einer Analyse der fertigen Publikation und des damit verbundenen Diskurses nicht miteinbezogen werden, da sie hier keine Teilhabe haben. Hierbei zeigt sich die Wertigkeit eines interpretativen Forschungsprozesses: So könnte etwa in diesem speziellen Fall auch durch das „Nicht-Miteinbeziehen“ eine entsprechende Schlussfolgerung gezogen werden.

Durch den Fokus dieser Arbeit auf die Methoden, Zielgruppen und Zielsetzungen, die in der „Österreichischen Finanzbildungsstrategie“ festgehalten werden, mit einer gleichzeitigen Auseinandersetzung derer, die von Seiten der Stakeholder eingebracht wurden, reicht es deshalb nicht nur aus, zu erkennen, auf welche Punkte sich alle Interessensgruppen einigen konnten, sondern auch auf jene Punkte, die es eben nicht in das veröffentlichte Papier geschafft haben. Hier können anhand der möglicherweise feststellbaren Differenzen auch Rückschlüsse auf die eigentlichen Intentionen der publizierenden Institutionen gezogen werden.

Ein weiterer Aspekt, der für eine Kontextualisierung des untersuchten Materials betrachtet werden sollte, ist die Wertigkeit eines institutionsübergreifenden Positionspapiers. Im Gegensatz zu einer Gesetzesvorlage im Ministerrat (eins der möglichen Instrumente, die beispielsweise das Bundesministerium für Finanzen regelmäßig zur tatsächlichen Implementierung von Ideen für Gesetzesänderungen verwendet und auch zu dessen Kompetenzen zählt) ist ein Strategiepapier vorrangig eine Willensbekundung. So definiert die Sozialwissenschaftlerin Dvora Yanow die Lesart von Policies als Ausdrucksäußerungen und Ausdruckshandlungen, mit der Politics ihre Identität ausdrücken.¹⁹ *„Seeing policies as expressive of meaning, and not just as instrumentally rational, emphasizes different aspects of the communication of policy meaning. It emphasizes policies' role in the public expression, inculcation, and validation of values, beliefs, and feelings, as well as in the distribution of material goods, thereby validating self-esteem, respectability, and other "status goods.“* 20

Diesen Überlegungen folgend lässt sich die Grundannahme treffen, dass ein Papier wie die „Österreichische Finanzbildungsstrategie“ nicht nur als tatsächliches Regelwerk für eine Umsetzung von entsprechenden Maßnahmen zu betrachten ist, sondern zeigt auch die Werte und Schwerpunkte derer, die es konzipiert und veröffentlicht haben.

Der Entstehungszeitrahmen der Finanzbildungsstrategie lässt sich auf die aktuelle Regierungsperiode in Österreich eingrenzen, nämlich ab der Angelobung der Regierung ÖVP-

¹⁹ Vgl. Yanow, D. (1996) „How does a policy mean? Interpreting policy and organizational actions.“ Washington (DC). S.22.

²⁰ Yanow (1996), S. 22

Grüne 2020. Anzumerken ist dabei jedoch, dass bereits in der vorhergehenden Regierungsperiode ÖVP-FPÖ (2017 bis 2019) Financial Literacy Teil des veröffentlichten Regierungsprogramms war. In beiden Regierungskonstellationen (unterbrochen von einer Expert:innenregierung, die hier nicht in diese Überlegungen miteinbezogen wird) stellte die Neue Volkspartei den Finanzminister.

Interessant ist dabei der Vergleich der beiden Regierungsprogramme im Hinblick auf die inhaltliche Zugehörigkeit, die die Finanzbildung einnimmt.

2017 fällt Finanzbildung im Kapitel „Wirtschaftsstandort und Endbürokratisierung“ in das Unterthema „Investitionen, Unternehmensfinanzierung und Kapitalmarkt stärken“.

Hier heißt es als erklärende Einleitung für den Themenblock:

„Die Investitionstätigkeit der heimischen Unternehmen ist stark mit der Frage der Finanzierbarkeit verknüpft. Ein international vernetzter Kapitalmarkt ist ein wichtiger Teil eines wettbewerbsfähigen Standorts und generiert viele positive Effekte in der gesamten Wertschöpfungskette. Um optimale Finanzierungsbedingungen für Unternehmen zu schaffen, muss eine lückenlose Unternehmensfinanzierung entlang aller Entwicklungsphasen eines Unternehmens möglich sein.“²¹

Financial Literacy wird dabei nur im Rahmen einer Auflistung möglicher Maßnahmen geführt. 2020 fällt Finanzbildung im Kapitel „Finanzen & Budget“ in das Unterthema „Teilhabe am Kapitalmarkt und private Altersvorsorge stärken“.

Hier fehlt zwar eine erklärende Einleitung, die konkrete Aufgabenstellung wird aber spezifischer erläutert:

„Stärkung der Financial Literacy von Jung und Alt

– Verstärkte Eingliederung der Grundlagen des Wirtschaftsverständnisses und Finanzwissens sowie der kritischen Finanzbildung und ihrer Bedeutung für die Gesamtwirtschaft und die Gesellschaft in heimische Lehrpläne

– Ziel der Teilnahme Österreichs am entsprechenden Modul der PISA-Tests

– Lebenslange, berufsbegleitende Lehrangebote zum Kapitalmarkt mit privaten Partnern, um gesamtgesellschaftliche Teilhabe zu ermöglichen“²²

Vergleicht man die beiden Regierungsprogramme, lässt sich an der Zuordnung erkennen, dass das vorrangige Interesse hierbei an der Stärkung des Kapitalmarkts bzw. an der Teilhabe der Bürgerinnen und Bürger an demselben liegt.

Wenn die Aufgabe eines Strategiepapiers darin liegt, dass eine Polity damit ihre Identität

²¹ Österreichische Bundesregierung (2017), S. 139 f.

²² Österreichische Bundesregierung (2020), S. 52

definiert, kann auf Grundlage des Kontexts der Zielsetzungen, die in den beiden Regierungsprogrammen festgeschrieben sind, abgeleitet werden, dass es im Interesse der Bundesregierung liegt, die Bürgerinnen und Bürger zu einem vernünftigen Umgang mit Geld anzuleiten, damit jene dieses investieren. Im Fokus steht dieser Formulierung zufolge das Wohl des Kapitalmarkts, nicht primär etwa die Wohlstandssteigerung der Bürgerinnen und Bürger selbst.

Im Sinne einer interpretativen Betrachtung der „Österreichischen Finanzbildungsstrategie“ ist diese Grundhaltung, die sich aus den beiden Regierungsprogrammen ableiten lässt, als Rahmen mitzudenken, um die (zumindest schriftlich veröffentlichte) Motivationsbegründung der Österreichischen Bundesregierung in der Erarbeitung eines solchen Papiers miteinzubeziehen. Als weiterer Aspekt, der im Vorfeld einer interpretativen Auseinandersetzung offengelegt werden muss, um die Blickrichtung der Forschung nachvollziehen zu können, soll hier noch der Fokus auf die Rolle des Forschenden gelegt werden.

So bezeichnet Siegfried Jäger es als „Leitlinie aller Wissenschaft“ über die Position des Forschenden zu reflektieren.²³ Dieser Ansatz, den eigenen Einfluss auf ein wissenschaftliches Forschungsprojekt miteinzubeziehen, ist etwa auch im Bereich der politikwissenschaftlichen Auseinandersetzung mit Politischer Bildung, die in dieser Arbeit, wie eingangs bereits erwähnt, als inhaltlich und strukturell ähnlich geartete Leitlinie genutzt wird.²⁴

Diese Arbeit nähert sich grundsätzlich aus einer eurozentristischen Perspektive an den Themenbereich. Die Grundhaltung, die miteinfließt, ist die grundsätzliche Annahme, dass die Teilhabe am Kapitalmarkt eine Grundvoraussetzung ist, um innerhalb eines kapitalistischen Systems zu den Profiteurinnen und Profiteuren zu zählen. Diese Überlegung wird durch einige wirtschaftswissenschaftliche Grundlagen zur generationellen Reproduktion sozioökonomischer Hintergründe in einem wissenschaftlichen Kontext untermauert. Ergänzt wird das mit der Annahme, dass die Art und Weise, wie Bürgerinnen und Bürger ihr Geld einsetzen auch dazu beiträgt, die kapitalistische Welt mitzugestalten. Diese Überlegung wird im Abschnitt zum „Dollar Voting“ in einem wissenschaftlichen Kontext untermauert.

Es lässt sich also auch weitergehend daraus ableiten, dass diese Arbeit keine grundsätzliche Kapitalismuskritik beinhaltet und auch die Wohlstandsunterschiede des globalen Nordens im Vergleich zum globalen Süden nicht thematisiert. Ebenfalls liefert diese Arbeit keine erweiterten Überlegungen zum Zusammenhang zwischen dem sozialen Geschlecht und der

²³ Vgl. Jäger, S. (2015). „Kritische Diskursanalyse. Eine Einführung.“ 7., vollst. überarbeitete Auflage. S.10. Münster.

²⁴ Vgl. Waldhäusl (2017), S. 37

Möglichkeit zum Vermögensaufbau innerhalb eines patriarchalen Systems. Auch wenn diese Aspekte nicht Teil dieser Forschungsarbeit sind, ist das Fehlen derselben keine inhaltliche Positionierung oder Wertung, sondern der Notwendigkeit der Einhaltung der Größenordnung einer Masterarbeit geschuldet.

„Critical Policy Discourse Analysis“- Zur Auswahl der kritischen Diskursanalyse

Im Kapitel „Diskurse analysieren“ im bereits zitierten Werk „Qualitative und interpretative Methoden in der Politikwissenschaft“ definieren die Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler Barbara Prainsack, Mirjam Pot und Hendrik Wagenaar die „Critical Policy Discourse Analysis“ wie folgt:

„Viele jener diskursanalytischen Ansätze, die für politikwissenschaftliche Forschung von Bedeutung sind, verstehen einen Diskurs als soziale Praxis, die nicht nur Texte und gesprochene Worte umfasst, sondern auch soziale Strukturen und andere Teile der materiellen Welt. Es ist die Summe dessen, was zu einem bestimmten Thema sinnvoll sag-, denk- und machbar ist.“²⁵

Im Gegensatz zu anderen Definitionen von Diskurs basiert diese Grundannahme auf dem Diskursbegriff von Michel Foucault. Die methodischen Grundzüge der Critical Discourse Analysis sei dabei auf unter anderem Norman Fairclough und Ruth Wodak zurückzuführen, laut Prainsack, Pot und Wagenaar.²⁶

Im 2016 von Ruth Wodak gemeinsam mit Michael Meyer veröffentlichten Buch „Methods of Critical Discourse Studies“ wird der Zusammenhang zwischen den Critical Discourse Studies (CDS) und dem Diskurs wie folgt definiert:

„CDS see discourse – language use in speech and writing – as a form of „social practice“. Describing discourse as social practice implies a dialectical relationship between a particular discursive event and the situation(s), institution(s) and social structure(s), which frame it: The discursive event is shaped by them, but it also shapes them. That is, discourse is socially constitutive as well as socially conditioned – it constitutes situations, object of knowledge, and the social identities of and relationships between people and groups of people. (...) Discursive practices may have major ideological effects – that is, they can help produce and reproduce

²⁵ Prainsack/Pot (2021), S. 192

²⁶ Vgl. ebd.

unequal power relations (...).“²⁷

In dieser Definition wird der wechselseitige Einfluss von Situationen, Institutionen und sozialen Strukturen und dem Diskurs in den Vordergrund gestellt. Diskurs steht also nicht für sich selbst und ist nicht auf (wie im Beispiel dieser Masterarbeit) ein Strukturpapier oder Aussagen innerhalb eines Interviews begrenzt, sondern ist als Teil einer sozialen Welt mit ihrer eigenen, inhärenten Praxis zu betrachten.

Um hier auch klar wissenschaftlich zu arbeiten und nicht in eine bloße Nacherzählung des Geschriebenen bzw. Gesagten abzudriften, ist dieses grundlegende Verständnis dieses Kontexts, durch den die interpretative Auseinandersetzung mit den jeweiligen Unterlagen erst ihren Wert bzw. Sinn für eine politikwissenschaftliche Analyse erlangt, in aller Deutlichkeit hervorzuheben. Gerade auch im Sinne einer kritischen Debatte rund um die Werkzeuge der qualitativen Methoden ist es deshalb hervorstellen, dass Bedeutung nicht subjektiv ist und die Erforschung derselben es ermöglicht, komplexe soziale Strukturen nachzuvollziehen und zu entschlüsseln. Auf die Rolle der Bedeutung wird in weiterer Folge im Rahmen dieser Arbeit noch nähergehend eingegangen.

„Eine Diskursanalyse – sowie jede andere Form interpretativer Analyse – ist nie nur eine Zusammenfassung des Gesagten, Geschriebenen oder Getanen. Die Diskursanalyse zeigt auf, mit welchen Mitteln ein politisches Phänomen diskursiv konstruiert wird und welche Effekte dies hat. (...) Doch mit Rückgriff auf welche Daten, Argumentationsmuster etc. definieren staatliche Akteurinnen „Umsetzbarkeit“ und „Nicht-Umsetzbarkeit“? Und welche Implikationen auf (...) Handeln hat diese spezifische Grenzziehung?“²⁸

Aus diesem Grund gilt es, die beiden Analyseverfahren, die in dieser Arbeit eingesetzt werden (Inhaltsanalyse der verschriftlichten Finanzbildungsstrategie und Diskursanalyse, die auf dieser Inhaltsanalyse sowie den Interviewergebnissen mit den ausgewählten Stakeholdern basiert) regelmäßig zu hinterfragen und miteinander in Kontext zu setzen, um hier auch das „Nicht-Gesagte“ bzw. „Nicht-Geschriebene“ sichtbar zu machen und die unterschiedlichen offenen und verdeckten Interessen der Institutionen und Stakeholder zu begreifen.

Die Grundlagen der „Grounded Theory“

Im Vorfeld zu den Untersuchungen der „Österreichischen Finanzbildungsstrategie“ ist eine Auseinandersetzung mit der Methodologie (also der übergeordneten Theorie und Lehre zu den jeweiligen wissenschaftlichen Methoden) von Nutzen- auch hier geht es um die Einordbarkeit

²⁷ Wodak, R. und Michael Meyer (2016). „Methods of critical discourse studies.“ S.6. Los Angeles.

²⁸ Prainsack/Pot (2021), S. 194

der Ergebnisse der nachfolgenden Untersuchungen und vor allem auch eine grundsätzliche Annäherung an Vorannahmen, was und wie in diesem Sinne erforscht werden kann.

Im Gegensatz zum Abschnitt zur kritischen Diskursanalyse, bei der es sich um eine Analysemethode handelt, die zur Abklärung dessen, was damit erreicht werden kann, näher beschrieben wurde, ist dieser Abschnitt zur „Grounded Theory“ übergeordnet zu betrachten und soll deutlich machen, welche Grundannahmen in einem qualitativen Forschungsprojekt bestehen.

Doch was genau verstehen wir unter „Grounded Theory“? Andreas Böhm, Heiner Legewie und Thomas Muhr erklären den Zugang in ihrem 1992 veröffentlichten Forschungsbericht wie folgt:

„Die Grounded Theory beinhaltet eine umfassende Konzeption des sozialwissenschaftlichen Erkenntnis- bzw. Forschungsprozesses (s. Strauss 1991, Strauss & Corbin 1990). Der Forschungsprozess wird als strukturierter Dialog zwischen dem Forscher(team) und der von ihm untersuchten sozialen Wirklichkeit verstanden. Sprachliche Texte werden dabei als Dokumente analysiert, die auf menschliches Handeln verweisen. Durch Textinterpretation (theoretisches Kodieren) wird ein "Modell" bzw. eine "Theorie" des untersuchten Handlungsfeldes entwickelt. Gleichzeitig werden gezielte Annahmen über zusätzlich erforderliche Informationen zur Vervollständigung der sich entwickelnden Theorie formuliert.“²⁹

Im Sinne der Grounded Theory setzt sich die Forschung systematisch mit dem jeweiligen Forschungsinhalt auseinander und gibt beispielsweise einem Text durch eine entsprechende Kodierung eine nachvollziehbare Struktur, die sich dann in weiterer Folge für eine Analyse eignet. Aus diesen Mustern lassen sich dann interpretativ Ableitungen erstellen, anhand derer Annahmen getroffen werden können, die im Sinne der Beantwortung der Forschungsfrage vor allem soziale Zusammenhänge sichtbar machen können.

Prainsack und Pot definieren dabei die Zielsetzung der Grounded Theory wie folgt:

„Grounded Theory zielt darauf ab, soziale Handlungen und Prozesse, die in den Daten enthalten sind, sichtbar zu machen. Da dies das Ziel der Analyse ist, sollten auch die Codes Handlungen beschreiben. Ihre Codes sollten deshalb nach Möglichkeit immer Verben beinhalten. In dieser Hinsicht unterscheidet sich Grounded Theory von anderen Analysemethoden, die auch mit Codes arbeiten“.³⁰

Für die vorliegende Arbeit ist im Sinne eines zweistufigen Analyseverfahrens (einerseits die

²⁹ Böhm A., H. Legewie und Thomas Muhr (1992). „Kursus Textinterpretation: Grounded Theory.“ S.30 f. Berlin.

³⁰ Prainsack/Pot (2021), S. 147

Inhaltsanalyse der „Österreichischen Finanzbildungsstrategie“ sowie andererseits die Analyse der Stakeholder-Interviews, die dann beide im Rahmen einer Diskursanalyse verschränkt werden) die Kodierung eins der zentralen Arbeitsbehalte, die sich durch den gesamten Prozess ziehen.

Dabei ist zu betonen, dass nicht im Vorfeld auf eine bestimmte Kodierung hingearbeitet wird, sondern dass durch die Auseinandersetzung mit dem Text eine erste Kodierungsgrundlage erkennbar gemacht wird, die sich dann mehr oder weniger (auch das kann zur Beantwortung der Forschungsfrage beitragen) auch auf die nächsten Analysefelder übertragen lässt. Die Grounded Theory funktioniert induktiv (theoretische Annahmen werden aus der empirischen Analyse gezogen), interpretativ (es wird versucht, hinter das rein faktisch Geschriebene zu blicken, um damit auch Hintergründe und Metabotschaften zu verstehen) und iterativ (wiederholend: zwischen Datenerhebung und Datenanalyse wird abgewechselt und reflektiert, so dass es sich hier um einen dynamischen Prozess handelt, der sich damit auch erst im Laufe der Analyse entwickelt und immer wieder hinterfragt.³¹

Zielsetzung dabei ist es, nicht nur deskriptiv zu arbeiten, sondern den Analyseprozess und die Auseinandersetzung mit dem Inhalt und entsprechende Ableitungen nachvollziehbar, transparent und reproduzierbar zu machen. Im Sinne der Wissenschaftlichkeit (und der entsprechenden Kritik, mit der qualitative Forschungsmethoden betrachtet werden) ermöglicht der Zugang der Grounded Theory klare Rahmenbedingungen zu schaffen, was und wie die Erforschung eines Materials erfolgt ist.

„Die Idee ist vielmehr, dass man bei CGT (Anmerkung: Critical Grounded Theory) – und bei (insbesondere induktiver) qualitativer Forschung im Allgemeinen – nicht immer im Vorhinein schon genug über das zu untersuchende Phänomen weiß, um alle wichtigen Fragen bereits zu Beginn formulieren zu können. Sie beginnen daher in der Regel mit einer vorläufigen Frage, die auf etwas basiert, das Sie erlebt, gelesen, gesehen oder gehört haben.“³²

Somit kann im Rahmen einer Forschungsarbeit, die im Rahmen der Grounded Theory Methodologie erarbeitet wird, nicht bereits im Vorfeld feststehen, in welche Richtung ein Forschungsergebnis tendieren wird. Vielmehr handelt es sich bei einer solchen Forschungsunternehmung um eine "Work in progress“, die sich nach und nach selbst erschließt.

Bedeutung und Objektivität

Anschließend an die methodologischen und methodischen Grundlagen und Theorien dieser

³¹ Vgl. ebd, S. 144

³² Ebd. S. 159

Arbeit gilt es nun noch, sich mit der grundsätzlichen Frage auseinanderzusetzen, inwieweit Bedeutung subjektiv oder objektiv betrachtet werden sollte.

Bereits zu Beginn dieses Abschnitts wurde grundsätzlich auf die Notwendigkeit der Bearbeitung der gestellten Forschungsfrage mit qualitativen Forschungsmethoden eingegangen, aufgezeigt, welche Faktoren dabei miteinbezogen werden bzw. durch eben welche es zu wissenschaftlicher Unschärfe kommen kann.

Wenn nun die wissenschaftliche Integrität der vorliegenden Masterarbeit kritisch betrachtet werden soll, stellt sich auf den ersten Blick die Frage, inwieweit mit einer inhaltlichen Analyse ein Strategiepapier bzw. mit einer Diskursanalyse gestellte Interviewfragen ergebnisoffen bearbeitet und kodiert werden und daraus aussagekräftige Ableitungen gezogen werden können, ohne dass dies maßgeblich durch den Blick des Forschenden vorgeformt – und damit nicht objektiv ist.

Grundsätzlich entsteht Bedeutung nicht im „luftleeren Raum“, sondern wird durch soziale Praktiken und Konstruktionen gestützt. Wenn im Rahmen eines Interviews der Gesprächspartner bzw. die Gesprächspartnerin seine Aussage mit einem „Kopfnicken“ begleitet, so hat das beispielsweise im mitteleuropäischen Raum die festgeschriebene Bedeutung von Bejahung. In diesem Fall wäre eine entsprechende Randnotiz bei der Analyse des Gesprächs sinnvoll. Passiert die gleiche Gesprächssituation aber etwa in Bulgarien, in der ein Kopfnicken eine Verneinung bedeutet, würde das – obwohl von außen betrachtet dasselbe passiert ist – den Inhalt und dessen Bedeutung in dieser Interaktion maßgeblich verändern. Genau wie in diesem Beispiel ist es auch allgemein bei der Anwendung interpretativer Methoden: Um Objektivität herzustellen, muss das umliegende „Regelwerk“ einer Gesellschaft verstanden werden, aber auch die eigene Rolle als Forschungsperson miteinbezogen werden. Durch das regelmäßige Abwechseln zwischen Beobachtung und Analyse- wie im Abschnitt „„Critical Policy Discourse Analysis“- Zur Auswahl der kritischen Diskursanalyse““ erläutert wurde- können diese Faktoren regelmäßig neu beobachtet und bewertet werden, so dass subjektive Einflüsse nach und nach ausgemerzt werden sollten.

Auch beziehen wir uns in der grundsätzlichen Begründung auf Prainsack und Pot:

„Neben den persönlichen Gründen, die für jede individuelle Akteurin unterschiedliche sein können, gibt es darüber hinaus eine geteilte, objektive Bedeutung. Einige der „Gründe“ für eine Handlung sind den betroffenen Akteurinnen nämlich nicht bewusst, obwohl sie unbestreitbar ihr Handeln prägen.

(...) Diese Konventionen (...) haben objektive Bedeutungen. Objektive Bedeutungen sind nicht nur in Individuen verortbar, sondern in der Gemeinschaft oder Kultur, in der wir leben. Sie

sind die grundlegenden Annahmen und Konzeptualisierungen, die eine bestimmte Tätigkeit ermöglichen; daher der Begriff „konstitutiv“, der oft mit objektiven Bedeutungen verbunden wird.“³³

Diese Überlegungen sind wichtig, um den Sinn hinter „Bedeutung“ zu verstehen: Als Forschungsaufgabe reicht es nicht aus, einen Interviewpartner oder einer Interviewpartnerin nach den Gründen für das Handeln zu befragen, da das Handeln des Gesprächspartners bzw. die Gesprächspartnerin innerhalb dessen oder deren Gewohnheiten und soziale Gepflogenheiten entsteht, die implizit mitschwingen. Erst durch das Kodieren und die Auseinandersetzung mit dem System an sich (etwa durch die Befragung mehrerer Personen) ergeben sich Überlappungen und Muster, die als objektive Bedeutung erkannt und abgeleitet werden können. Aus diesem Grund ist es von Vorteil, den Forschungsprozess mit verschiedenen Perspektivwechseln zu begleiten. Das, was die Forschungsperson möglicherweise als „normal“ wahrnimmt, ist oftmals nur eine Gewohnheit, die innerhalb eines bestimmten gesellschaftlichen Milieus eine anerkannte soziale Praxis ist- etwas, das sich nun aber dennoch nicht auf die gesamte Bevölkerung übertragen lässt.

„At the same time, practices exist as performances .It is through performance, through the immediacy of doing, that the ‘pattern’ provided by the practice-as-an-entity is filled out and reproduced. It is only through successive moments of performance that the interdependencies between elements which constitute the practice as entity are sustained over time.“³⁴

Die Reproduktion von Praxis erfolgt durch Handlungsmuster, die durch das wiederholte Ausführung von Handlungen entstehen. Demzufolge ist es Aufgabe eines Forschungsprozesses, auch diese wiederholten Handlungsmuster (im Gegensatz zu einzeln gesetzten Handlungen) zu erkennen, um diese in die Analyse von sozialen Dynamiken miteinzubeziehen.

Begriffsdefinitionen

Im Rahmen dieser Arbeit werden Begrifflichkeiten verwendet, die ohne Vorkenntnisse möglicherweise uneindeutig zu verstehen sind bzw. deren Bedeutung an sich erst durch einen theoretischen Grundbau abgegrenzt werden müssen. In diesem Teilabschnitt werden nun einige dieser Begriffe tiefergehend erörtert.

³³ Prainsack/Pot (2021), S. 38

³⁴ Shove, E. et al. (2012). “The Dynamics of Social Practice: Everyday Life and How It Changes.” 24.07.2022, abgerufen unter: <http://ebookcentral.proquest.com/lib/univie/detail.action?docID=880778>

Kapitalmarkt

Unter dem Kapitalmarkt versteht man den Markt für eine mittel- und langfristige Kapitalanlage (wenn die Laufzeit mindestens 1 Jahr beträgt). Dabei unterscheidet man zwischen dem organisierten Kapitalmarkt (darunter verstehen wir etwa die Börse, die einer staatlichen Aufsicht unterliegt) und dem nicht organisierten Kapitalmarkt (das können Kreditverhältnisse zwischen Unternehmen und privaten Haushalten sein).³⁵

Diskurs

Der Diskursbegriff, auf den sich die vorliegende Arbeit bezieht, geht auf Michel Foucault zurück. In seinem Werk „Archäologie des Wissens“ bezeichnet er diesen als ein „sprachlich produzierter Sinnzusammenhang, der eine bestimmte Vorstellung forciert, die wiederum bestimmte Machtstrukturen und Interessen gleichzeitig zur Grundlage hat und erzeugt“.³⁶ Damit schließt diese Definition meint dieser Begriff nicht nur ein einfaches Gespräch oder eine Debatte, sondern sieht den Diskurs als Teil der ihn umliegenden sozialen Welt. Er entsteht aus den bestehenden Strukturen und Hegemonieverhältnissen, reproduziert diese wiederum und schafft so eine Bedeutung, die über einen bloßen Austausch von Ideen und Standpunkten hinausgeht. Er beinhaltet ein vorgegebenes Verständnis davon, wie die Welt zu sein scheint, auch wenn die Teilnehmerinnen und Teilnehmer eines Diskurses per se dieses nicht bewusst wahrnehmen müssen, da dieses Verständnis auf einer Metaebene immer anwesend ist und Überzeugungen und Perspektiven auf beispielsweise das Thema einer Diskussion formt und vorab lenkt. Dadurch, dass der Diskurs an sich selbst Grundlage von Machtstrukturen sein kann – und somit quasi in diesem System wechselwirkt- ist die politikwissenschaftliche Analyse von Diskurs auch gleichzeitig eine von Machtstrukturen und Hegemonieverhältnissen.

Teilhabe

Hier ist im Rahmen dieser Masterarbeit wichtig zwischen dem soziologischen und politikwissenschaftlichen Begriff und dem wirtschaftlichen Begriff zu unterscheiden. Bei ersterem meint Teilhabe die Möglichkeit von Menschen (meist Bürgerinnen und Bürgern) an einem sozialen, politischen (meist: demokratischen) oder kulturellen Prozess teilzunehmen

³⁵ Vgl. Budzinski, O. (2018). „Kapitalmarkt.“

30.07.2022, abgerufen unter <https://wirtschaftslexikon.gabler.de/definition/kapitalmarkt-40664/version-264044>

³⁶ Foucault, M. (1981). „Archäologie des Wissens.“ Frankfurt am Main. Foucault (1981), S. 74

(einerseits etwa die Möglichkeit, an einer Wahl teilzunehmen (sowohl aktiv als auch passiv), aber andererseits auch die Teilnahme an sozialen Interaktionen, wie etwa die Möglichkeit, mit einem Bekannten sich in einem Kaffeehaus zu treffen) .

Wirtschaftlich wird unter dem Begriff der Teilhabe gemeint, dass einem Unternehmen, einer Institution oder auch einer Privatperson ein geldwerter Anteil an einem Vermögenswert gehört (sprich: Beteiligungen- etwa, wenn die Stadt Wien Anteile der Wiener Linien besitzt).³⁷

Macht

Auch bei diesem Begriff stützen wir uns auf die Definition von Michel Foucault. Gerade, da auch die Definition von „Diskurs“ im engen Zusammenhang mit dem Machtbegriff steht, ist eine nähere Auseinandersetzung sinnvoll (wenngleich der Aspekt von Macht in der Analysephase dieses Forschungsunternehmens nur auf einer Metaebene ausgearbeitet wird). Er definiert Macht nicht als allgemeines Herrschaftssystem, sondern als „die Vielfältigkeit von Kräfteverhältnissen, die ein Gebiet bevölkern und organisieren“.³⁸ Er meint damit eine gesamtgesellschaftliche Dynamik und die Beziehungen der Institutionen und Individuen zueinander, aber nicht etwa die Mächtigkeit eines Einzelnen.

Konstruktivismus

Ergänzend zu den bereits vorab thematisierten theoretischen Grundlagen ist es der Vollständigkeit halber notwendig, auch den Konstruktivismus-Begriff, dem der Geist dieser vorangegangenen Überlegungen innewohnt, hier unterzubringen. Dabei stützt sich diese Arbeit auf die Definition von Emanuel Adler, der den Konstruktivismus als „Annahme, dass die Art, in der die materielle Welt menschliches und zwischenmenschliches Handeln prägt und von ihnen geprägt wird, von dynamischen normativen und epistemologischen Interpretationen dieser Welt abhängt“ bezeichnet.³⁹

„Dollar Voting“: Macht und Einfluss innerhalb eines kapitalistischen Systems

Im Sinne einer reflektierten Herangehensweise an die Inhaltsanalyse und in weiterer Folge Diskursanalyse der Österreichischen Finanzbildungsstrategie ist es notwendig, vorab einige

³⁷ Vgl. „Digitales Wörterbuch der deutschen Sprache.“

30.07.2022, abgerufen unter <https://www.dwds.de/wb/Teilhabe>

³⁸ Foucault, M. (1983). „Der Wille zum Wissen. Sexualität und Wahrheit.“ S.93. Frankfurt am Main.

³⁹ Adler, E. (1997). “Seizing the Middle Ground: Constructivism in World Politics.” S.322. In: European Journal of International Relations.

grundlegende Überlegungen zur Rolle von Finanzbildung für die Bürgerinnen und Bürger zu treffen. Wie bereits in einem früheren Kapitel erwähnt treffen wir in dieser Masterarbeit folgende Grundannahme: Wenn die grundlegende Handlung innerhalb eines demokratischen Systems die freie, unbeobachtete Abgabe einer Stimme an der Wahlurne ist, so könnte sich basierend auf der Theorie des „Dollar Voting“ die Art und Weise, wie ein Konsument oder eine Konsumentin sein oder ihr Geld ausgibt, als das entsprechende Äquivalent innerhalb eines vom Kapitalmarkt beherrschten Systems darstellen. Somit lässt sich sagen: Wenn politische Bildung auf die Erziehung zu einem mündigen Wählenden abzielt, zielt Finanzbildung gleichermaßen auf die Erziehung zu einem mündigen Teilnehmenden im kapitalistischen System. Ähnliche Überlegungen hat James M. Buchanan bereits 1954 in seinem Artikel „Individual Choice in Voting and the Market“ angestellt, in der er aber drei grundlegende Unterschiede hervorstellt, die der Vollständigkeit halber auch an dieser Stelle erwähnt werden sollten:⁴⁰

1. Der Konsument bzw. die Konsumentin trifft Entscheidungen, die ihn oder sie in ihren Konsequenzen direkt betreffen, während die Entscheidungen, die der Wähler bzw. die Wählerin treffen, kollektive gesamtgesellschaftliche Auswirkungen haben, die noch dazu von anderen Wählerinnen und Wählern mitbeeinflusst werden. (Die Überlegung zeigt, wie sich das Verständnis von Konsumkonsequenzen seit den 1950er-Jahren gewandelt hat: Heute könnte ein Konsument bzw. eine Konsumentin auch gesamtgesellschaftliche Auswirkungen eines Kaufs in die Entscheidung miteinbeziehen – etwa Klimakonsequenzen oder die Finanzierung menschenfeindlicher Produktionsbedingungen).

2. Der Konsument bzw. die Konsumentin entscheidet nach Geschmack und handelt nicht primär sozial, weil er oder sie sich nicht der sekundären Auswirkungen der Wahl bewusst ist. Der Wähler bzw. die Wählerin entscheidet nach Werten und ist sich bewusst, dass die abgegebene Stimme im Wahllokal das Ergebnis mitentscheidet, welches an sich dann gesamtgesellschaftliche soziale Konsequenzen hat. (Auch hier übersieht das Argument, dass etwa durch bewusste Bildung der Konsumierenden ein Bewusstsein für die Konsequenzen des Einkaufs geschaffen werden kann: z.B. Aufklärung über Steuervermeidungstaktiken großer Online-Konzerne und das Fehlen dieser Einnahmen beim Bau gesamtgesellschaftlich relevanter sozialer Einrichtungen).

3. Der Wähler bzw. die Wählerin ist sich dessen bewusst, dass eine Wahl eine kollektive Entscheidung ist und es auch ein Ergebnis gibt, wenn er oder sie nicht daran teilnimmt. Währenddessen kann eine Teilnahme als Konsumentin oder Konsument am Markt nicht

⁴⁰ Buchanan, J. M. (1954). „Individual Choice in Voting and the Market.“ S.335 ff. In: Journal of Political Economy, 62(4). 30.07.2022, abgerufen unter: <http://www.jstor.org/stable/1827235>

ausgeschlagen werden, weshalb zwingend eine Entscheidung erforderlich ist. (Man kann nicht nicht konsumieren: Eine wesentliche Grundlage, die den Wert und die Sinnhaftigkeit von einer allgemeinen Finanzbildung gut untermauern kann).

Gerade auch durch die Betrachtung der Einwände, die Buchanan hier postuliert, wenn es um die Vergleichbarkeit zwischen der Rolle des Wählenden und des Konsumierenden geht, zeigt sich gerade noch viel mehr, dass in der heutigen globalisierten Weltordnung, in der soziale, politische und klimabezogene Konsequenzen mit den Entscheidungen der Konsumentinnen und Konsumenten verknüpft sind (was in den 1950ern, in denen Buchanan diese Überlegungen verschriftlicht hat, noch nicht der Fall war), einige Parallelen deutlich erkennbar sind. Was ist nun genau mit „Dollar Voting“ gemeint? Das Konzept des „Dollar Voting“ basiert auf der Theorie von „Konsumentensouveränität“ (Definition aus dem Gabler Wirtschaftslexikon: *„Konsumentensouveränität versteht den Konsumenten als vollständig informiertes und rational handelndes Wirtschaftssubjekt.“*⁴¹) Vereinfacht gesagt, geht es darum, dass mit der Auswahl der Betriebe in einem freien Markt, wo ein Konsument oder eine Konsumentin sein oder ihr Geld ausgibt auch eine „Stimme“ abgibt, welche Unternehmen – aber auch in weiterer Folge: welche Geschäftspraktiken – er oder sie unterstützt. Durch diese Unterstützung gewinnt das Unternehmen an Kapital, damit auch an Einfluss und Lenkungs kraft.

Nun ist es notwendig, diese Basisdefinition mit dem Konzept von Finanzbildung zu verknüpfen. Der bestmögliche Output einer funktionierenden Finanzbildungsstrategie muss es sein, dass die Bürgerinnen und Bürger durch bestmögliche Entscheidungen unabhängig ihres ursprünglichen sozioökonomischen Hintergrundes eine größere Liquidität erlangen. Das nunmehr verfügbare Geld erschließt neue Möglichkeiten, wo das Geld entweder ausgegeben oder investiert werden kann. Verknüpft mit den vorangegangenen Überlegungen bedeutet das also: Mehr „Dollar Votes“ bedeuten auch mehr Einfluss und Mitbestimmungsmöglichkeit.

Aus einer politikwissenschaftlichen Betrachtungsweise ergeben sich, wie bereits eingangs erwähnt, Parallelen zur Erforschung von politischer Bildung der Bürgerinnen und Bürger. Darüber hinaus ergeben sich aber auch weitere Fragestellungen politikwissenschaftlicher Relevanz.

Etwa wäre es ein mögliches (fiktives) Szenario zu entdecken, dass beispielsweise private Kleinstinvestoren, die an einem Finanzbildungsprogramm teilgenommen haben, bevorzugt in Produkte investieren, die laut der Europäischen Taxonomieverordnung als "Green Finance"

⁴¹ Mecke, I. (2018): „Konsumentensouveränität.“

01.08.2022, abgerufen unter:

<https://wirtschaftslexikon.gabler.de/definition/konsumentensouveraenitaet-38460/version-261883>

vermarktet werden dürfen.

Wäre dies der Fall könnte hier aus einer politikwissenschaftlichen Herangehensweise, genau wie in er Wahlmotivforschung, eine Auseinandersetzung erfolgen, aus welchem Grund dies geschieht (Eine bestimmte Form der Vermarktung? Ist das möglicherweise eine Metabotschaft des Finanzbildungsprogrammes? Oder aber auch: Der Glaube daran, mit der eigenen „Dollar Vote“ etwas für eine nachhaltigere Zukunft getan zu haben?).

Im Vorfeld zur eigentlichen Analyse der Österreichischen Finanzbildungsstrategie gilt es also festzuhalten, dass die Trennung zwischen politischen Systemen und wirtschaftlichen Systemen oft nur eine gedachte ist. Aus der Sicht der Politikwissenschaft, die sich mit Machtverhältnissen auseinandersetzen möchte, ist es notwendig, klar zu erkennen, dass Macht innerhalb eines kapitalistischen Systems sich nicht nur auf den Rückhalt der eigenen Wählerschaft begründet, sondern auch auf der Verfügbarkeit von Kapital.

„Am Beispiel des Finanzmarktes wird offensichtlich, dass Märkte, um ordnungsgemäß funktionieren zu können, in vielen Fällen staatlicher oder überstaatlicher Regeln bedürfen, durch die dem Freien Spiel der wirtschaftlichen Kräfte ein Rahmen gesetzt wird. Zugleich zeigt sich, dass Staaten ihrerseits auf eine florierende private Wirtschaft angewiesen sind – am Beispiel der Finanzmärkte ganz elementar, um sich notfalls am Kapitalmarkt zu refinanzieren. Dieses Abhängigkeitsverhältnis erfordert eine stetige Ausbalancierung zwischen einem legitimen staatlichen Regelungsanspruch und einer möglichen Überregulierung. (...) Eine bedeutende Rolle kommt dabei in einer Demokratie der öffentlichen Meinung zu, die idealiter das Handeln der politischen Entscheidungsträger (sic!) lenken kann.“⁴²

In einem demokratischen kapitalistischen System sind Politik und Wirtschaft also voneinander abhängig, sind aber dennoch jeweils Systeme der Macht und des Einflusses, die darüber entscheiden, wie eine Gesellschaft aussieht.

Nach dem Konzept des „Dollar Votes“ hat ein Teilnehmer oder eine Teilnehmerin dieses Systems auf zweierlei Arten Einfluss auf dieses verzahnte System: einerseits als Wählerin oder Wähler (die ein Wahlrecht voraussetzt), andererseits als Konsumentin oder Konsument (wobei der Grad des Einflusses von der Höhe des verfügbaren Geldes abhängt – wer kaum Geld hat, hat kaum Auswahlmöglichkeiten, da Konsumententscheidungen mit dem Produktpreis verknüpft sind, nicht nach anderen Kriterien).

⁴² Gehlen, B. und F. Schorkopf (2021). „Demokratie und Wirtschaft: Eine interdisziplinäre Herausforderung.“ S.14 f. Tübingen. Mohr Siebeck.

Finanzbildung und Wohlstand: Zusammenhänge in Bezug auf die generationelle Reproduktion sozioökonomischer Hintergründe

Dieser Abschnitt dient als wirtschaftswissenschaftlicher Exkurs, der die Zusammenhänge zwischen dem sozioökonomischen Hintergrund einer Person und deren Möglichkeit eine ausreichende Finanzbildung zu erhalten thematisiert. Außerdem soll gezeigt werden, dass es einen Zusammenhang zwischen der Teilhabe am Kapitalmarkt und dem wirtschaftlichen Wohlstand einer Einzelperson gibt. Diese Überlegungen sind notwendig, um einen Rahmen zu setzen, der sich deutlich an den Regeln eines kapitalistischen Systems orientiert. Ist es doch so, dass, während etwa bei einem Kapitalismuskritischen Ansatz das gesamte System in Frage gestellt und dessen möglicherweise ausbeuterischen Aspekte, insbesondere die Antagonisten „Arbeit“ und „Kapital“ betrachtet werden und herausgearbeitet wird, warum die Arbeiter- und Arbeiterinnenklasse hierbei am wenigsten profitiert, in der vorliegenden Arbeit eher eine dahingehende Auseinandersetzung vorgenommen wird zu erforschen was passiert, wenn möglichst viele Menschen unabhängig von ihrem sozioökonomischen Hintergrund einen Anteil am Kapital besitzen. Daraus können dann auch in der Betrachtung der Österreichischen Finanzbildungsstrategie Konsequenzen gezogen werden, nämlich in der grundsätzlichen Frage, inwieweit Finanzbildung messbar einen Einfluss auf das finanzielle Wohlbefinden einzelner Personen hat. Das ist deshalb notwendig, da etwa mit einem Blick aus einer Kapitalismuskritischen Perspektive, die in vielen Forschungsrichtungen ein Teil der politikwissenschaftlichen Auseinandersetzung ist, das gesamte System als problematisch und dem bzw. der Einzelnen abträglich betrachtet wird, damit auch die Teilhabe am Kapitalmarkt. Dieses „Unbehagen“, das damit einhergeht, soll durch eine strikt wirtschaftswissenschaftliche Basis einigermaßen entkräftet werden, um zu verhindern, dass die eigentliche Fragestellung dieser Arbeit, nämlich die Auseinandersetzung mit den verschiedenen Finanzbildungsmethoden, die Präferenzen der Stakeholder und den diese umschließenden Diskurs darüber, überschattet wird von der Frage, ob die Teilhabe am Kapitalmarkt, der sich am stetigen Wachstum orientiert ohne Rücksicht auf die Interessen der Produzierenden bzw. der Endlichkeit natürlicher Ressourcen, denn jemals etwas sein kann, das soziale Ungleichheiten zumindest mildert. Wir blicken also nachfolgend auf die Zusammenhänge zwischen Wohlstand und Finanzbildung, um damit auch zu begründen, dass mehr Finanzbildung auch zu mehr Wohlstand in sozioökonomisch schlechter gestellten Gesellschaftsschichten führen kann.

Um sich hier einen ausreichenden Überblick zu verschaffen, ist es notwendig, die Vermögensverteilung in Österreich zu betrachten. Während hier eine eindeutige Datenlage für

den Reichtum der Österreicherinnen und Österreicher fehlt (aufgrund der fehlenden Notwendigkeit, hierzulande die Vermögensverhältnisse beispielsweise in Stiftungen, Immobilien oder Wertanlagen im Ausland offen zu legen bzw. diese nicht immer klar einer Person zuzuordnen sind), sind die Zahlen und Fakten zur Armut gut dokumentiert. Die Erhebung EU-SILC (European Union Statistics on Income and Living Conditions) aus dem Jahr 2021 hat gezeigt, dass 17 Prozent der Österreicherinnen und Österreicher armuts- oder ausgrenzungsgefährdet sind, das sind ca. 1.5 Millionen Menschen.⁴³

Die Armutskonferenz hat aus dieser Statistik herausgearbeitet, welche gesellschaftlichen Gruppen davon insbesondere betroffen sind:

*„Besonders gefährdet sind Kinder, Frauen im Alter, Alleinerzieherinnen, Langzeitarbeitslose und Menschen ohne Staatsbürger*innenschaft. Mit großen Problemen sind Menschen mit chronischer Erkrankung konfrontiert. (...). Fast ein Viertel aller Armuts- und Ausgrenzungsgefährdeten sind Kinder (23%, das entspricht 368.000 Kindern im Alter 0-17 Jahre). Von in Ein-Eltern-Haushalten lebenden Kindern sind sogar fast die Hälfte (47%) armuts- oder ausgrenzungsgefährdet; Familien mit mindestens drei Kindern zu 30%. Unter den Pensionsbeziehenden sind alleinlebende Frauen mit 26% ebenfalls überdurchschnittlich betroffen.“⁴⁴*

Diese Zahlen, die das Ausmaß von Armut in Österreich zeigen, sind vor allem dahingehend notwendig zu verstehen, wenn wir uns damit auseinandersetzen, dass der sozioökonomische Hintergrund ein wesentlicher Faktor ist, ob die kommende Generation die Möglichkeit hat, in der eigenen Familie das notwendige Maß an Finanzwissen zu erlangen. Die Wirtschaftswissenschaftlerin Bettina Fuhrmann hat 2018 in ihrem Vortrag „Ist es (un)möglich, finanziell gebildet zu sein“ ihre Forschungsergebnisse zur intergenerationellen Vererbbarkeit von Finanzbildung präsentiert und festgestellt, dass die primäre Sozialisation für den Umgang mit Geld in der Familie passiert. Dabei unterscheidet sie zwischen der direkten Finanzerziehung (beispielsweise, wenn junge Menschen darauf hingewiesen werden auf ihr Geld zu achten) und der indirekten Finanzerziehung (Verhaltensmuster, die in der Familie beobachtet und als die Norm erlernt werden).⁴⁵

⁴³ Vgl. EU-SILC (2021). 04.08.2022, abgerufen unter:

https://statistik.at/fileadmin/pages/338/Tabellenband_EUSILC_2021.pdf

⁴⁴ Vgl. Armutskonferenz (2022). „Aktuelle Armuts- und Verteilungszahlen.“

04.08.2022, abgerufen unter: <https://www.armutskonferenz.at/armut-in-oesterreich/aktuelle-armuts-und-verteilungszahlen.html>

⁴⁵ Fuhrmann, B. (2018). „Ist es (un)möglich, finanziell gebildet zu sein?“ Vortrag an der

Wirtschaftsuniversität Wien. Folie 18, 04.08.2022, abgerufen unter:

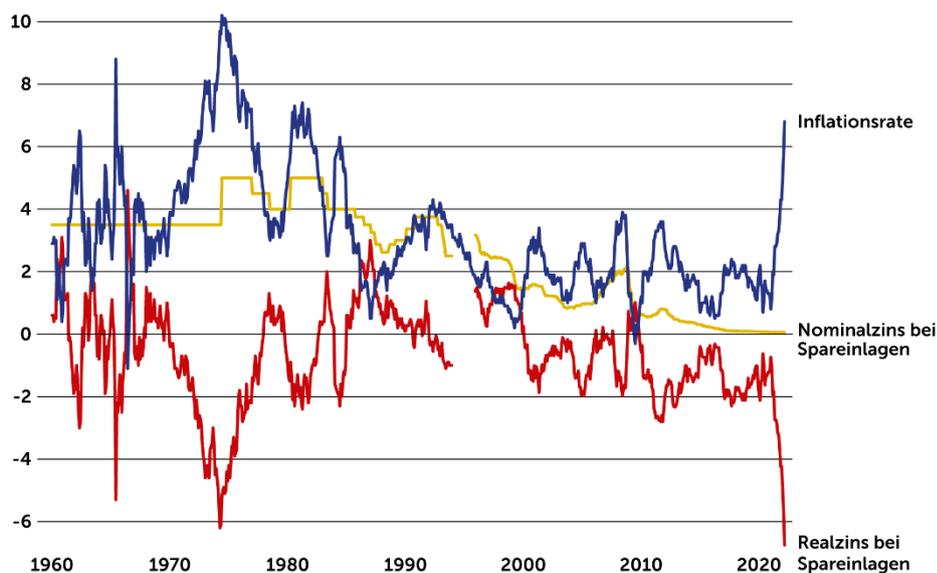
https://www.wu.ac.at/fileadmin/wu/d/i/wipaed/kongresse/wp12/Keynotes/Fuhrmann_Wipaed-Kongress_2018.pdf

Wenn nun das Finanzwissen nicht innerhalb der Familie weitergegeben wird, wird es für die kommende Generation zusätzlich zu einer möglichen Armutsbelastung (etwa die fehlende finanzielle Unterstützung der Eltern bei der Ausbildung etc.) schwer, einen sozialen Aufstieg zu erlangen. Denn selbst mit einem Gehalt, das höher wäre als das der eigenen Eltern und beispielsweise ermöglichen könnte, dieses anzusparen, kann ohne das nötige Wissen kein signifikanter Vermögensaufbau passieren- im Gegenteil, es gibt durchaus Möglichkeiten, wie dadurch wieder Geld verloren geht.

Ein praktisches Beispiel ist dazu der Wertverlust von Vermögen, das in Österreich auf Sparbüchern deponiert ist. Hier gehen pro Jahr (mit Stand Mai 2022) 6,2 Milliarden Euro an Wert verloren. Noch deutlicher ist diese Zahl für jenes Vermögen, das in Österreich auf normalen Konten liegt: Hierbei beläuft sich der Verlust auf 13,6 Milliarden Euro pro Jahr.⁴⁶

Auf den Sparbüchern werden Milliarden vernichtet

– in Prozentpunkten



Quellen: Eigene Berechnungen, OeNB.

Anmerkungen: täglich fällige Spareinlagen. Keine Daten für Jänner 1994 bis November 1995.



Das bedeutet: Geld, das am Sparbuch anlegt wird, verliert aufgrund von Inflation und Niedrigzinspolitik deutlich an realem Wert. Mit fehlender Finanzbildung ist den Nutzerinnen und Nutzern aber dieser Zusammenhang oftmals nicht klar, da der reale Wert nicht anhand der Zahlen abgelesen werden kann. Es erfordert ein komplexeres Verständnis für finanzielle

⁴⁶ Vgl. Agenda Austria (2022). „Sparer verlieren 6,2 Milliarden Euro im Jahr.“ 04.08.2022, abgerufen unter: <https://www.agenda-austria.at/grafiken/die-inflation-vernichtet-das-geld-am-sparbuch/>

Zusammenhänge, um diesen Umstand aus der Sicht eines durchschnittlichen Bankkunden bzw. einer Bankkundin zu erkennen. Bezeichnend ist hierbei, dass trotz dieser negativen Effekte das Sparbuch in Österreich die beliebteste Anlageform ist.⁴⁷ Das bedeutet, dass eben jene 52 Prozent der Österreicherinnen und Österreicher, die über ein Sparbuch verfügen (und damit schon zu eben jener Gruppe an Menschen gehören, die zumindest eine kleine Summe verfügbares Geldvermögen haben), damit keine Möglichkeit haben, vom Wirtschaftswachstum innerhalb des Kapitalmarkts angemessen zu profitieren.

In der Österreichischen Finanzbildungsstrategie wird das Problem wie folgt umrissen: *„Die Österreicherinnen und Österreicher planen nicht langfristig genug. Während 87,8 % aktiv sparen, verfolgen nur 53,1% ein langfristiges finanzielles Ziel. Die Nutzung von Möglichkeiten zur freiwilligen betrieblichen Altersvorsorge ist mit weniger als 15% gering, und weniger als 10% investieren in Kapitalmärkte. Diese Verhaltensweisen gehen mit einem geringen Verständnis von Konzepten einher, die für eine effektive langfristige Verwaltung finanzieller Ressourcen von entscheidender Bedeutung sind.“*⁴⁸

Die Zahlen stützen sich dabei auf Publikationen der OECD und der Österreichischen Nationalbank.⁴⁹

Das zeigt, dass die Österreicherinnen und Österreicher zu einem hohen Prozentsatz zwar Geld zur Seite legen können, dies aber nur selten in Investitionsformen tun, bei denen bei langfristiger Anlage eine Wertsteigerung zu erwarten ist.

Dabei ist es notwendig, hier im allgemeinen Verständnis auch deutlich zu machen, dass es insbesondere um jenes langfristige Investieren geht, das den Anlegerinnen und Anlegern ermöglicht, einen Wohlstandswachstum zu erwarten. Hochrisikoplanlagen sind dabei nicht gemeint. Als Beispiel kann hier der Österreichische Nationalindex ATX herangezogen werden,

⁴⁷ Vgl. Ernst & Young Global Limited (EYG) (2022). „Digitale Anlageprodukte und Metaverse.“ 04.08.2022, abgerufen unter: https://www.ey.com/de_at/forms/download-forms/2022/at-studie-anlageprodukte-metaverse

⁴⁸ OECD (2021), S. 20

⁴⁹ Vgl. OECD (2019a); OECD (2020a); OenB (2019): (ausführliche Quellennachweise siehe Literaturverzeichnis)

der 1991 als Leitindex der Wiener Börse veröffentlicht wurde.



Trotz der Wirtschaftskrise 2008 hat sich der Kurs langfristig wieder erholt. Es zeigt sich hier ein entscheidendes Merkmal zur Frage, ob Investorinnen und Investoren durch die Krise Geld verloren haben oder nicht: Wer im Nachgang zum Börsencrash seine oder ihre Anteile verkauft hat, hat Verluste erlitten. Wer im Nachgang zum Börsencrash weiter investiert hat oder zumindest nicht verkauft hat, hat trotzdem auf lange Sicht Gewinne erzielt. Auch hier ist der entscheidende Unterschied die Finanzbildung: Menschen, die darüber aufgeklärt wurden, dass der Kapitalmarkt insgesamt oft drastischen Schwanken ausgesetzt ist, es aber das Wesen des Kapitalismus ist, immer mehr zu erwirtschaften, der kann in einer solchen Krisensituation die richtige Entscheidung treffen- andernfalls kann dies tragische Konsequenzen haben. Eine weitere Folge des falschen Umgangs mit Geld kann die Privatsolvenz in Folge von Überschuldung sein. Laut einer Publikation der ASB Schuldnerberatungen GmbH sagt jeder und jede Fünfte, der oder die von einer solchen betroffen ist, dass die Kenntnisse über Budgetieren und Geldmanagement nicht ausreichend sind.⁵¹

Insgesamt zeigt die wirtschaftswissenschaftliche Forschungslage deutlich, dass das Wissen über Finanzbildung, das ein Mensch in Österreich erlangt, deutlich von der Herkunftsfamilie abhängig ist. Wenn diese also bereits sozioökonomisch schlechter gestellt ist, wird durch die Reproduktion ungünstiger und unvorteilhafter Verhaltensweisen ein weiterer Nachteil geschaffen. Umgekehrt haben Menschen, die aus sozioökonomisch besser gestellten Herkunftsfamilien stammen, einen weiteren Vorteil. Daraus lässt sich schließen, dass durch eine flächendeckende, staatliche Finanzbildungsinitiative grundsätzlich ein positiver Effekt auf die Chancengleichheit in Österreich erzielt werden könnte, die derzeit nicht gegeben ist.

⁵⁰ Grafik: Wiener Börse, 04.08.2022, abgerufen unter:
<https://www.wienerbourse.at/indizes/aktuelle-indexwerte/chart/?ISIN=AT0000999982>

⁵¹ Vgl. ASB Schuldnerberatungen GmbH (2020). „Schulden Report 2020“.

21.10.2021, abgerufen unter:

www.schuldenberatung.at/downloads/infodatenbank/schuldenreport/asb_Schuldenreport2020.pdf

Inhaltsanalyse der „Nationalen Finanzbildungsstrategie für Österreich“

Im nun folgenden Abschnitt beschäftigt sich diese Arbeit im Rahmen einer Inhaltsanalyse näher mit der konkreten Publikation der „Nationalen Finanzbildungsstrategie für Österreich“. Die „Nationale Finanzbildungsstrategie für Österreich“ beinhaltet auf 76 Seiten die veröffentlichten Pläne und Überlegungen, die das Bundesministerium für Finanzen unter Anleitung der OECD und in Zusammenarbeit mit ausgewählten Stakeholdern umzusetzen gedenkt. Die Publikation ist grafisch ausgestaltet und in einigermaßen leicht verständlicher Sprache formuliert und ist das Endprodukt eines Beteiligungsprozesses mit eben jenen Stakeholdern, die im Bericht gelistet sind.

Die Publikation wurde auch in englischer Sprache veröffentlicht (allerdings basiert die nachfolgende Inhaltsanalyse auf der deutschsprachigen Version, auch aus dem Grund, dass die Expert:inneninterviews ebenfalls in deutscher Sprache geführt werden und nur so wirklich akkurat Parallelen in den Begrifflichkeiten dargestellt werden können). In der Stilistik entspricht das veröffentlichte Papier einer der Öffentlichkeitsarbeit gewidmeten Broschüre, die grob vereinfachend das doch recht komplexe Netzwerk der Finanzbildung und die Umsetzung der Finanzbildungsstrategie darstellen soll. Es ist daher anzunehmen, dass das Thema „Finanzbildung“ auch als präsentierbares „Produkt“ der publizierenden Institutionen (Bundesministerium für Finanzen und OECD) wahrgenommen wird: also ein Thema, bei dem die Beschäftigung mit demselben in der Öffentlichkeit positive Resonanz erzeugen dürfte. Trotz der einfachen Lesbarkeit sind deutliche Quellenangaben geführt und eine strategische Codierung der Zielgruppen wurde angelegt, wodurch ein gewisser wissenschaftlich geleiteter Ansatz im Hintergrund der Entstehung der Finanzbildungsstrategie wahrzunehmen ist. Es werden keine Querverweise zu ähnlichen Projekten innerhalb der europäischen Union hergestellt, was den Annahmestand dieser Masterarbeit verhärtet, dass es in keinem anderen EU-Land ein vergleichbares Modell gibt (in das etwa die OECD in jedem Fall involviert sein sollte und dessen Stand kennen würde).

Um die Forschungsfrage „Inwiefern unterscheiden sich die Methoden und Strategien zur Finanzbildung in Österreich, die in der Nationalen Finanzbildungsstrategie 2021-2026 erläutert werden, von jenen, die von den weiteren Stakeholdern vorgeschlagen werden, und worin unterscheiden sich die unterschiedlichen Positionen im allgemeinen Diskurs?“ dieser Masterarbeit beantworten zu können, ist der Fokus der Inhaltsanalyse auf die verschiedenen thematischen Teilaspekte gelegt, die aus der Fragestellung abgeleitet werden können. Insofern wurde die Vorauswahl der Codes und deren Definitionen deduktiv erarbeitet. Nach

einer mehrmaligen Durchsicht der Publikation und der damit einhergehenden Textarbeit erfolgte eine Kategorienbildung nach thematischen Hauptkategorien, die sich an der Forschungsfrage bzw. der Beantwortung derselben orientieren.

Aus diesen vier deduktiven Hauptkategorien wurden dann induktiv Subkategorien abgeleitet, die sich an den jeweiligen inhaltlichen Thematisierungen orientieren und eine Struktur liefern sollen, inwiefern die jeweiligen übergeordneten Themenfelder dann tatsächlich heruntergebrochen werden und wo die Publikation dabei im Wesentlichen den Schwerpunkt setzt. Die Auswertung dieser Subkategorien erfolgt dann zunächst deskriptiv und dann in weiterer Folge interpretativ im Hinblick auf die Forschungsfrage.⁵² Besonders interessant ist hierbei auch festzustellen, wo und ob sich thematische Überschneidungen zwischen den verschiedenen Themenfeldern ergeben.

Der Zwischenschritt der Paraphrase, der in manchen Inhaltsanalyse-Leitfäden empfohlen wird, wurde bewusst nicht vorgenommen, da dadurch, dass es sich um eine einzelne Publikation handelt, eine Vereinheitlichung der verwendeten Formulierungen nicht notwendig ist. Die konkrete Aufschlüsselung der Codierung erfolgte über die Software MAXQDA und kann im Rahmen einer sinnvollen Diskussion im Anhang dieser Masterarbeit nachvollzogen werden. Diese inhaltlich strukturierende Vorgehensweise soll eine möglichst übersichtliche Aufspaltung der verschiedenen Schwerpunkte innerhalb der „Nationalen Finanzbildungsstrategie für Österreich“ darstellen, auf Basis derer dann entsprechende Expert:inneninterviews geführt werden können, deren Fragen insbesondere auf diesem Analyseergebnis basieren.

Auch die Darstellung der inhaltlich relevanten Analysebereiche des Textes teilt diese Arbeit nach der Logik der thematischen Hauptkategorien auf.

Diese thematischen Hauptkategorien lauten wie folgt:

- Stakeholder-Einbindung (ST)
- Methoden (M)
- Ziele (Z)
- Zielgruppen der Maßnahmen (ZGR)

Durch dieses Codierungsmuster ist es möglich, die gesamte Publikation zu erfassen, ohne dass Bereiche „ungesehen“ bleiben. Dies ergibt sich aus der recht übersichtlichen Strukturierung der

⁵² Vgl. Morgenstern, Andre (2020). „Video: Qualitative Inhaltsanalyse- Umsetzung aller Schritte mit MAXQDA 2020.“ 12.09.2022, abgerufen unter:
<https://www.youtube.com/watch?v=VTZvlh8U78U&list=WL&index=11&t=2432s>

Finanzbildungsstrategie, die auf Wiederholungen setzt und damit Muster hat, die sich damit auch mit einigen wenigen Hauptkategorien zusammenfassen lassen.

Im Bereich der „Stakeholder-Einbindung“ werden jene Abschnitte erfasst, in denen dargestellt wird, wie Stakeholder einerseits im Prozess der Erarbeitung der Finanzbildungsstrategie eingebunden waren, aber andererseits auch, welche Rolle sie im aktiven Finanzbildungsgremium einnehmen sollen. Daneben wird noch erläutert, wie die Koordinierung derselben erfolgt und aus welchen Stakeholdern sich die Gremien jeweils zusammensetzen.

Im Bereich der „Methoden“ werden jene Abschnitte erfasst, in denen gezeigt wird, was konkrete Handlungsschritte sind, die die Publikation vorsieht, um Finanzbildung „umzusetzen“ und in welchem Rahmen dies geschehen soll. Damit ist auch jener Bereich gemeint, der einen Aktionsplan skizziert, der eher thematisch als zeitlich angelegt wird. Somit sind in diesem Bereich eben jene Punkte zusammengefasst, die unter dem Aspekt der Umsetzung zu betrachten sind.

Im Bereich der „Ziele“ werden jene Abschnitte erfasst, in denen erklärt wird, warum eine Finanzbildungsstrategie für Österreich notwendig ist und welche Meilensteine in der Umsetzung erreicht werden sollen. Dieser Teilaspekt soll einen Einblick in die offizielle Positionierung der Publikation bzw. der Institutionen, die die Publikation final freigegeben und veröffentlicht haben, bieten und dient im analytischen Prozess dazu, die offizielle Definition des „Warums“ herauszuarbeiten, welche in weiterer Folge im Rahmen der Expert:inneninterviews zeigen kann, ob sich hier Ähnlichkeiten oder Unterschiede zwischen der offiziellen Veröffentlichung und der Einzelsicht der Stakeholder ausmachen lassen.

Im Bereich „Zielgruppen der Maßnahmen“ sind jene Passagen der „Nationalen Finanzbildungsstrategie für Österreich“ zu finden, die darstellen, wen die verschiedenen Maßnahmen letztendlich erreichen sollen. Hierbei ist eine eigene Codierung in der Publikation zu finden, die so im Rahmen dieser Masterarbeit nicht übernommen wird (um zu vermeiden, dass die grundsätzliche Logik unreflektiert weitergeführt wird). Das heißt, die Codes, die im Text den jeweiligen Zielgruppen zugeordnet sind, entstammen der Vorlage und sind, auch wenn sie in einzelnen Textpassagen der Analyse ebenfalls auch aufscheinen, in der Betrachtung hier zu vernachlässigen.

Mit diesen vier Hauptkategorien lässt sich die gesamte Publikation inhaltlich erfassen. Die in der Fragestellung erfragten Strategien sind der Einfachheit halber in der Hauptkodierung „Methoden“ mitgemeint, auch wenn letztlich in der Ableitung diese Trennung durchaus bewusst wahrgenommen werden sollte.

Stakeholder-Einbindung (ST)

Die Abschnitte, die unter dem Code ST markiert wurden, sind für das Verständnis bzw. Selbstverständnis der Finanzbildungsstrategie insofern vorrangig, weil in diesen Bereichen erklärt wird, welche Institutionen in welchen Gremien vertreten sind und wie sich die Funktionsweisen der unterschiedlichen Ausschüsse differenzieren lassen. Aus diesem Grund ist dieser Code in der analytischen Auseinandersetzung auch erstgereiht, da das Verständnis von Selbigem Fragen für die weiteren Analyse ausräumt.

Unter der Subkategorie „Zusammensetzung“ finden sich an mehreren Abschnitten Erklärungen dahingehend, welche Stakeholder in den Gremien der Finanzbildungsstrategie vertreten sind (vergleiche auch nachfolgende Grafik, die den Steuerungsausschuss und Finanzbildungsrat thematisiert)⁵³.

Rollen	Mitglieder
Steuerungsausschuss	Bundesministerium für Finanzen (BMF)
	Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft und Forschung (BMBWF)
	Finanzbildungsrat
	Bundesministerium für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz (BMSGPK)
	Oesterreichische Nationalbank (OeNB)
	Potenzielle Vertreter des gesamten Privatsektors/NGOs
	Bundesministerium für Digitalisierung und Wirtschaftsstandort (BMDW)
	Bundesministerium für Klimaschutz, Umwelt, Energie, Mobilität, Innovation und Technologie (BMK)
	Bundesministerium für Landwirtschaft, Regionen und Tourismus (BMLRT)
	Österreichische Finanzmarktaufsicht (FMA)
	Umweltbundesamt Österreich
	Bundeskanzleramt – Sektion Frauen und Gleichstellung
	Bundesarbeitskammer Österreich
	Dachverband der Schuldnerberatungen in Österreich (ASB Schuldnerberatungen GmbH)
	Wirtschaftskammer Österreich (WKO)
	Wirtschaftskammer Österreich – Bundessparte Banken & Versicherungen ⁶
	Industriellenvereinigung
	Wirtschaftsuniversität Wien (WU Wien)
	Universität Innsbruck
	Universität Wien
Institut für Höhere Studien	

Hinweis:
Für eine Beschreibung der Aufgaben der öffentlichen Hand im Bereich der Finanzbildung, siehe Mapping-Bericht: OECD (2021), Financial Literacy in Austria: Relevance, Evidence and Provision.

⁶ Die WKO-Bundessparte Banken und Versicherungen umfasst alle Banken, Versicherungen und Pensionskassen in Österreich. Mitglieder sind der Fachverband der Banken und Bankiers, der Fachverband der Sparkassen, der Fachverband der Volksbanken, der Fachverband der Raiffeisenbanken, der Fachverband der Landes-Hypothekenbanken, der Fachverband der Versicherungsunternehmen und der Fachverband der Pensionskassen.

Während die Liste 19 teilnehmende Institutionen listet, sind es laut dem Text an sich 39 Stakeholder, die nicht nur aktiv selbst an der Vermittlung von Finanzwissen beteiligt sind, sondern nun auch im Sinne einer gemeinsamen, bundesweiten Strategie Zeit aufwenden, um

⁵³ OECD (2021), S. 29

Impulse einzubringen und ihren Standpunkt und Erfahrungswerte einbringen. Es wird allerdings nicht thematisiert, ob es sich hier um ausgewählte Stakeholder handelt bzw. falls ja, nach welchen Kriterien diese Auswahl erfolgt ist.

Den Weg zur finalen Strategie hat eine Stakeholder-Konsultation in Form eines Fragebogens gestartet, wobei nicht klar ist, ob auch alle Teilnehmenden ein Teil der finalen Besetzung der Gremien sind.

Ebenfalls ist nicht eindeutig erkennbar, wo die 20 nicht im Finanzbildungsrat bzw. Steuerungsausschuss gelisteten Institutionen jeweils vertreten sind bzw. welche Funktionen diese erfüllen (da es durchaus noch weitere Gremien als die beiden in der Liste angeführten gibt). Da es sich bei den Stakeholdern, die in der Liste zu finden sind, um öffentliche Institutionen, sozialpartnerschaftliche Interessensvertretende und Forschungsinstitutionen (auch hier ist nicht einsehbar, welche Fachabteilungen oder Universitätsinstitute konkret mitarbeiten) handelt, bleibt anzunehmen, dass NGOs, Stiftungen und der private Sektor, im Sinne einer staatlichen bzw. öffentlich finanzierten Publikation bewusst nicht namentlich gelistet sind. Es gibt dazu allerdings auch keine weiterführenden Hinweise, wie ein:e Bürger:in dahingehend Informationen erhalten kann. Es gibt dazu keine klare Definition, inwieweit z.B. eine private Institution (wie etwa eine Bank) die Teilnahme an Maßnahmen der Finanzbildungsstrategie kommunizieren kann oder soll (beispielsweise ein Gütesiegel oder ein ähnliches Erkennungsmerkmal).

Die grobe Zusammensetzung wird in der Finanzbildungsstrategie zwar erläutert, sie bleibt aber bezüglich der konkreten Stakeholder-Liste sehr vage. Durch den dadurch entstehenden Eindruck von Allgemeingültigkeit entsteht der Eindruck eines „grundsätzlichen Manifests“, dass durch die „Work in Progress“-Grundhaltung in den Details (es könnten Institutionen noch dazukommen aber auch das Gremium wieder verlassen) offenbleibt und damit eine gewisse Dynamik postuliert.

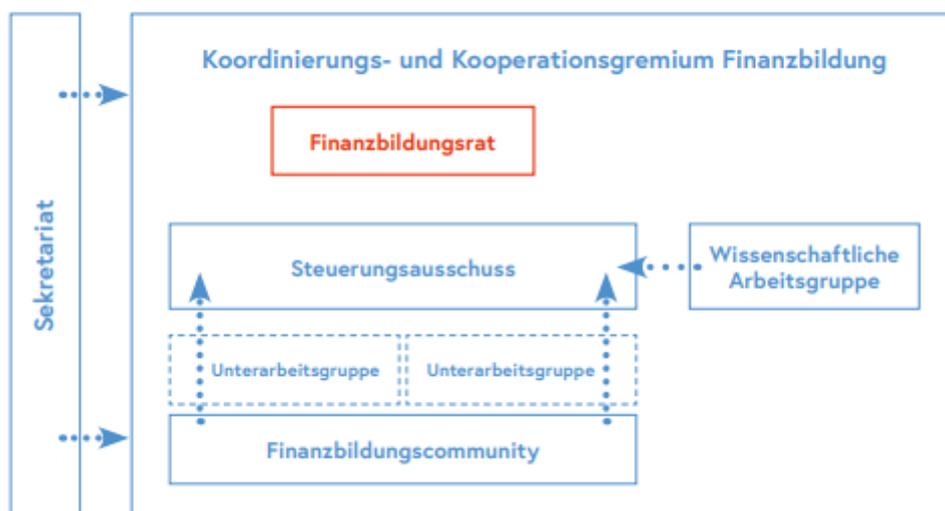
Unter der Subkategorie „Ausschüsse und Arbeitsgruppen“ finden sich einige detaillierte Aufschlüsselungen, was die Aufgabenbereiche der einzelnen Gremien und ihr Wechselwirken betrifft.

Hier gibt es folgende Bausteine, aus denen sich das Koordinierungs- und Kooperationsgremium Finanzbildung zusammensetzt, welches operativ ein Sekretariat erhalten soll, welches im Bundesministerium für Finanzen angesiedelt werden soll:

- Finanzbildungsrat
- Steuerungsausschuss
- Wissenschaftliche Arbeitsgruppe
- Finanzbildungscommunity

Diese Aufteilung wird auch grafisch aufbereitet.⁵⁴

Infografik 3.1. Koordinierungs- und Kooperationsgremium Finanzbildung



Interessant ist dabei, dass die beiden Autor:innen-Institutionen (OECD und BMF) hier ganz unterschiedlich in die Verantwortung gebracht werden. Die OECD wird in keinem der Gremien genannt, während das BMF sich die Zuständigkeit zuschreibt, die „Konzeptionierung der Nationalen Finanzbildungsstrategie für Österreich zu initiieren und das Engagement der Öffentlichkeit am Kapitalmarkt zu fördern“⁵⁵. Es lässt sich daraus ableiten, dass es vor allem das BMF ist, das als wichtigste Institution (durch die Hauptverantwortlichkeit bei der Erstellung, aber auch durch die Koordinierungsverantwortung durch das dort angesiedelte Sekretariat) die Lenkungs Kompetenzen für die Finanzbildungsstrategie innehält.

Es geht aus der allgemeinen Skizzierung der Gremien nicht hervor, welche davon als „politische

⁵⁴ OECD (2021), S.28

⁵⁵ OECD (2021), S.30

Gremien“ (an denen etwa Minister:innen und Führungsverantwortliche teilnehmen) im Sinne der Repräsentanz genutzt werden bzw. welche als tatsächliche „Arbeitsgruppen“ geführt werden (an den Fachpersonal und Beamt:innenebene eingebunden sind).

Das oberste Gremium, der „Finanzbildungsrat“ ist einzig durch Institutionen der öffentlichen Hand vertreten. Dies erscheint nachvollziehbar, da dort die Jahrespläne genehmigt und Prioritäten der Strategie gesetzt werden, die mitunter budgetrelevant sein könnten. Eine andere Interpretationsmöglichkeit wäre es allerdings, dass die Macht in diesem Gremium klar innerhalb der Regierungsvertretenden aufgeteilt werden soll (drei von vier Institutionen sind Ministerien), so dass effektiv die Finanzbildungsstrategie in ihren Letztentscheidungen immer an die Pläne und gewünschte Vorgehensweise der Bundesregierung geknüpft ist. Das gibt auch Aufschluss über die politische Unabhängigkeit der Finanzbildungsstrategie (bei einer Regierungsumbildung könnte sich der Schwerpunkt der Finanzbildungsgremien recht schnell an die Zielsetzungen eines neuen Regierungsprogramms anpassen). Durch diese strukturelle Flexibilität könnte sich auch eine mögliche Langlebigkeit der grundsätzlichen strategischen Ausrichtung ableiten lassen, so dass das Papier unabhängig von Wahlergebnissen weiter seine Gültigkeit behalten kann. Thematisiert wird das in der Publikation allerdings nicht explizit. Unter der Subkategorie „Koordinierung“ finden sich an mehreren Abschnitten Erklärungen dazu, wie nun zwischen den teilnehmenden Stakeholdern vermittelt werden soll und wie sich die Zusammenarbeit der teilnehmenden Institutionen gestaltet. Hier wird die Notwendigkeit für eine Vernetzung vor allem damit begründet, dass ohne eine gemeinsame Finanzbildungsstrategie bestehende Initiativen nicht verknüpft werden und Ressourcen dadurch, dass sie nicht gebündelt sind, weniger effizient eingesetzt werden. Es soll vermieden werden, dass doppelt an denselben Projekten bzw. Zielsetzungen gearbeitet wird. Ein besonderer Aufgabenbereich, der durch die Gremien der Finanzbildungsstrategie übernommen werden soll, ist die Evaluierung und Überwachung der einzelnen Programme, vor allem dahingehend, inwiefern sich diese auf das Erreichen der Ziele der Gesamtstrategie auswirken. Was nicht hervorgeht ist allerdings, welche Konsequenzen es hat, wenn etwa ein Stakeholder, der sich im Rahmen der Gremien der Finanzbildungsstrategie engagiert, ein Finanzbildungsprodukt auf den Markt bringt bzw. Finanzbildungsmaßnahmen bewirbt, die nicht den Zielen der Nationalen Finanzbildungsstrategie entspricht. Durch dieses als eher vage beschriebene Monitoring geht es vor dabei vor allem eher um einheitliche Rahmenbedingungen und Hilfestellungen der Institutionen, die letztlich freiwillig an den Programmen teilnehmen. Bei der Betrachtung der Koordination zwischen den Stakeholdern ist es notwendig hervorzuheben, dass rein formal diese Aufgabe ebenfalls dem im BMF angesiedelten

Sekretariat für die Nationale Finanzbildungsstrategie zugeteilt ist. Dieses wird als „Hauptansprechpartner für die Organmitglieder“ bezeichnet und soll die Koordination zwischen den Stakeholdern unterstützen. Auf welche Art und Weise dies erfolgt, ist nicht festgelegt. Es bleibt anzunehmen, dass das Verständnis von Koordinierung eng mit dem Eigenwillen der teilnehmenden Institutionen verknüpft ist, freiwillig und selbständig etwas zur Verbesserung der Finanzbildung in Österreich beizutragen. Dementsprechend dürfte sich durch die Teilnahme an den verschiedenen Arbeitsgruppen und Gremien ein Diskurs zwischen den Stakeholdern von selbst ergeben und dieser ist nicht per se ein Teil der verschriftlichen Agenda. Eine besondere Rolle bei der Überwachung der Ziele übernimmt dabei die Österreichische Nationalbank, da diese im OECD-INFE-Netzwerk vertreten ist. Diese soll die „Ergebnisse der Überwachungs- und Evaluierungsprozesse auch an die internationale politische und akademische Gemeinschaft weitergeben, um das Verständnis für diese Thematik zu verbessern und den Dialog darüber zu fördern“.⁵⁶ Somit liegt die Koordinierung hinsichtlich der OECD außerhalb des Sekretariats, nämlich bei den zuständigen Stellen der OeNB. Nicht thematisiert wird in den die „Koordinierung“ betreffenden Abschnitten, was passiert, wenn eine Institution sich etwa nicht an die Regeln des „Verhaltenskodex“ hält (eine weitere Subkategorie, mit der wir uns im Rahmen der Betrachtung der „Stakeholder-Einbindung“ beschäftigen müssen). Auch in Bezug darauf bleibt das Strategiepapier sehr vage: Es werden die Ziele des Verhaltenskodex zwar umrissen (etwa die Vereinheitlichung von Standards für die Stakeholder, Objektivität, Qualität und Unparteilichkeit bei der Umsetzung der Finanzbildungsprogramme sowie die Schaffung eines Rahmens für die Mitwirkung der Stakeholder aus dem nichtöffentlichen Bereich an der Erreichung der gemeinsamen Ziele der nationalen Strategie)⁵⁷, aber nicht klar definiert und aufgelistet. Es wird auch hier nicht kommuniziert, wo interessierte Bürger:innen diesen Verhaltenskodex einsehen können. Der Vollständigkeit halber ist zu ergänzen, dass es diesen zum Download über die Webseite des Finanzministeriums abzurufen gibt (was aber nicht Teil des Analysegegenstands ist und gerade im Sinne dessen, das untersuchte Papier als grundlegendes Positionspapier zu betrachten, auch ein Hinweis darauf darstellt, dass der Verhaltenskodex möglicherweise ebenfalls einer der Bestandteile ist, der angepasst werden wird, sofern es die Situation erfordert, und damit seine Kernaussagen nicht in „Stein gemeißelt“ sind).

Letztendlich lässt sich zum Code der „Stakeholder-Einbindung“ zusammenfassend herauslesen, dass die Publikation zur Nationalen Finanzbildungsstrategie sehr vorsichtig und

⁵⁶ OECD (2021), S. 39

⁵⁷ Vgl. OECD (2021), S. 60

allgemein formuliert ist, es kann weder nachvollzogen werden, wer genau diese Stakeholder sind oder zu welchen Zielen sie sich verpflichtet haben. Klar ist, dass die inhaltliche Führung beim Bundesministerium für Finanzen, in weiterer Folge bei Ministerien der Republik Österreich, liegt, weshalb die Regierung hier rein formal die Richtung vorgeben kann. Um die Forschungsfrage dieser Arbeit zu beantworten, wird im Rahmen der nachfolgenden Expert:inneninterviews ein Fokus daraufgelegt, von den verschiedenen Stakeholdern zu erfahren, wie die Zusammenarbeit sich tatsächlich inhaltlich gestaltet bzw. inwieweit hier Diskussionen gelenkt werden; aber auch, welchen Einfluss auf die Debatten einzelne nicht-staatliche Stakeholder haben können. Die Inhaltsanalyse an sich zeigt deutlich, dass diese Fragen nicht beantwortet werden. Im Sinne dessen, was die Publikation aber augenscheinlich darstellen soll (eine allgemeine Information der Bürger:innen über die allgemeine Schlagrichtung der Finanzbildungsstrategie), ist dies nachvollziehbar (vergleichbare Veröffentlichungen des Bundes sind ebenfalls im Sinne ihres Informationscharakters zumeist im Inhalt oberflächlich gehalten).

Methoden (M)

Die Abschnitte, die unter dem Code M markiert wurden, zeigen auf, was die Ersteller:innen der Finanzbildungsstrategie an konkreten Maßnahmen umsetzen wollen, um die Ziele des Plans zu erreichen.

Außerhalb der Strategie gibt es Zwei-Jahres-Arbeitspläne, die über die Webseite des BMF eingesehen werden können, ein Teil der Finanzbildungsstrategie an sich sind diese nicht (was sich daraus ergibt, dass diese Pläne erst in den im Strategiepapier begründeten Gremien festgelegt wurden). Neben der gekürzten Darstellung sollte dieser Arbeitsplan auch als Download verfügbar sein (leider ist dieser mit einem Passwort gesichert und konnte damit zum Stand der Recherche nicht als Vergleichsmaterial herangezogen werden). Die dargestellten Methoden sind insgesamt wenig konkret und eher allgemein richtungsweisend gehalten. Grundsätzlich wird in den Methoden-Abschnitten auf einen Aktionsplan der Nationalen Finanzbildungsstrategie Bezug genommen und dessen Aufgabenfelder erörtert (Subcode: Aktionsplan). Dieser teilt sich in „vier politische Hauptprioritäten“ auf, ergänzt von übergreifenden Prioritäten der Finanzbildung. Jedem dieser Punkte sind eigene Action Tools zugeordnet. Im Zusammenhang mit der Erklärung des Aktionsplans wird auch auf die bereits genannten Jahrespläne referenziert, die operative Verantwortlichkeiten an die Steuerungsausschuss-Mitglieder zuteilen soll. Der Aktionsplan an sich ist so aber nicht als konkrete „Auflistung“ oder Übersicht in der Finanzbildungsstrategie implementiert, sondern schwebt als Verständnis-Klammer über den Erläuterungen aus dem Strategiepapier, die sich in

einer konkreten Art und Weise nur in Action Tools äußert. Ob es einen separat publizierten Aktionsplan an sich gibt (so wie das etwa mit den Jahresplänen der Fall ist) geht nicht eindeutig aus der Strategie hervor. Es wird aber impliziert, indem seine Wirkungsweise aufgelistet wird, dass hier noch anderweitig Informationen vorhanden sein müssten.⁵⁸

Einer der Punkte, der sehr konkret in der Finanzbildungsstrategie hervorgeht, ist die Planung eines Online-Portals (Subcode: Onlineportal). Auch wenn diese nur in einem Abschnitt konkret thematisiert wird, wird einigermaßen klar umrissen, wen diese Maßnahme erreichen soll, wer dafür zuständig ist und welche Inhalte dort aufscheinen sollen. Die Konkretheit der Angaben im Verhältnis zu allen anderen Punkten zur Methodik sind dabei auch nachvollziehbar, da dadurch lediglich die Außenkommunikation geregelt wird, die konkreten Inhalte sich aber aus den verschiedenen (bestehenden) Finanzbildungsprogrammen und aus den Ergebnissen aus den anderen Methodenpunkten speisen.

Ein Teil, der ebenfalls zur Methodik gehört (da es ein konkreter Handlungsauftrag ist), ist der Abschnitt zur „Forschungsförderung“. Es findet sich in einem kleinen Abschnitt grob zusammengefasst das Commitment, im Rahmen der Finanzbildungsstrategie die Forschung an dem Thema zu fördern und die entsprechenden Institutionen bei Fragen je nach Bedarf zu konsultieren. Da die konkrete Zuständigkeit vollumfänglich im Gremium der Wissenschaftlichen Arbeitsgruppe liegt, wird diese Förderung nicht weiter erläutert (oder quantifiziert).

Im Gegensatz dazu wird der Bedeutung von „Evaluierung“ zumindest schriftlich ein wesentlich breiterer Rahmen eingeräumt. So soll es innerhalb der nationalen Gesamtstrategie einerseits Evaluierungsmaßnahmen der verschiedenen Finanzbildungsprogramme geben, die die Stakeholder auf den Markt bringen, aber auch andererseits eine Gesamtevaluierung, wie die gesetzten Ziele der Finanzbildungsstrategie insgesamt (insbesondere darauf fokussiert, welche Zielgruppen konkret erreicht werden) umgesetzt wurden. Genannte Indikatoren sind etwa die „Anzahl der Stakeholder, die den Verhaltenskodex einhalten“ und die „Anzahl der Stakeholder, die den verabschiedeten Kernkompetenzrahmen bei der Konzeptionierung, Umsetzung und Evaluierung ihrer Initiativen nutzen“.⁵⁹ Daneben soll der Finanzbildungs-Status der Bevölkerung insgesamt analysiert werden. Das soll im Rahmen von internationalen Vergleichsstudien der OECD passieren, etwa dahingehend, dass Schülerinnen und Schüler hinkünftig das entsprechende Modul der Schulleistungsstudie der OECD (PISA) absolvieren sollen. Einmal im Jahr soll der Zwischenstand dieser Evaluierungsmaßnahmen an die

⁵⁸ Vgl. OECD (2021), S. 41

⁵⁹ Vgl. OECD (2021), S. 61

Bundesregierung und die Öffentlichkeit kommuniziert werden. Durch die Ausführlichkeit, wie die Evaluierungsmaßnahmen skizziert werden (in mehreren Abschnitten der Nationalen Finanzbildungsstrategie wird auf die Überwachung der Maßnahmen hingewiesen), zeigt sich einer der operativen Schwerpunkte der herausgebenden Institutionen, der sich in der grundsätzlichen Zielsetzung nur indirekt herauslesen lässt: Durch die messbare Wirksamkeit der Finanzbildungsmaßnahmen, auf die hin alle Programme überprüft werden, entsteht eine Art unausgesprochener Rahmenvertrag der teilnehmenden Institutionen, sich an diesen Gesamtplan zu halten (da am Ende durch diese Evaluierung eben jene Institutionen, die sich besonders konform verhalten haben, auch entsprechende Bewertungsergebnisse erhalten). Wie bereits im Abschnitt „Stakeholdereinbindung“ thematisiert, ist es aber auch hier so, dass unklar ist, welche Konsequenzen Stakeholder erwartet, wenn sie sich nicht an den Verhaltenskodex halten. Durch diesen durch die Evaluierung entstehenden kompetitiven Zugang erklärt sich aber auch, warum es im Sinne der Stakeholder ist, sich hier möglich klar an die gemeinsam gesteckten Ziele zu halten. Dadurch, dass rein formal alle Stakeholder freiwillig an dem Programm teilnehmen und das BMF, die OeNB oder andere Institutionen keine Durchgriffsrechte haben (wie ein Qualitätskennzeichen für Finanzbildung, das erreicht werden muss, um auf dem österreichischen Markt Finanzbildungsprogramme anzubieten- wie das etwa der Fall ist, wenn anderweitig Finanzberatungen durchgeführt werden), ist also der Wettbewerb und die Veröffentlichung dieser Ergebnisse das Mittel der Wahl zur Regulierung des Marktes. Als Ergänzung dazu sollte inhaltlich noch erwähnt werden, dass die Evaluierungsergebnisse an sich in weiterer Folge auch noch hinsichtlich der Programminhalte und Vermittlungsmethoden auch zusätzlich qualitativ analysiert werden. Das zeigt, dass es sich hier nicht um reine Kennzahlen handeln soll, die es zu erreichen gilt, sondern der Gesamtaufbau der Finanzbildungsmaßnahmen ganzheitlich betrachtet wird.⁶⁰

Um den Zugang der Österreichischen Finanzbildungsstrategie hinsichtlich ihrer Methoden noch weiter zu beleuchten, ist in diesem Abschnitt auch der Subcode „Stakeholdereinbindung“ notwendig. Dieser unterscheidet sich vom Hauptcode „ST“ dahingehend, dass es sich hier nicht um die allgemeinen Bereiche der Stakeholder-Einbindung handelt, die sich grundsätzlich damit beschäftigen, welche übergeordnete Rolle die Stakeholder im Finanzbildungs-Prozess insgesamt haben, also in welchen Gremien sie vertreten sind und wo sie mitbestimmen können (gerade hinsichtlich der Beantwortung der Forschungsfrage), sondern es bei diesem Subcode

⁶⁰ Anmerkung: Da es sich bei dieser Masterarbeit ebenfalls um ein Produkt qualitativer Forschung handelt, ist die Affinität zu dieser Forschungsmethode in der Grundhaltung der Analyse inhärent und sollte bei der Betrachtung mitbedacht werden.

darum geht, welche Methoden es bereits von Seiten der Stakeholder gibt- es gibt also eine klare Abgrenzung zwischen den beiden Verwendungen des Begriffs in Form der Codierung; zum Verständnis ist dieser Dualismus notwendig.

Grundsätzlich gibt es keine klaren Vorgaben seitens der Finanzbildungsstrategie hinsichtlich der Methodik, die sich auf alle Stakeholder anwenden lässt. Allgemein wird es so formuliert, dass Stakeholder sich bei ihren Methoden in der Wirkkraft an die allgemeinen Zielsetzungen und die einzelnen Schwerpunkte aus Aktionsplan und Action Tools der Finanzbildungsstrategie halten sollten. Konkreter wird es nur in einem Abschnitt des Strategiepapiers zum methodischen Status Quo seitens der Stakeholder: „In Bezug auf die aktuellen Bereitstellungschanäle wenden die Stakeholder in Österreich eine breite Palette von Methoden an, um die einzelnen Zielgruppen so effektiv wie möglich zu erreichen. (...) Von den Stakeholdern wurden innovative Methoden zum Einsatz digitaler Technologien zur Vermittlung von Finanzwissen entwickelt, wie beispielsweise mobile Apps zur Unterstützung bei der Entwicklung eines Budgetierungsverhaltens, interaktive Erlebnisse, die digitale Technologien zur Unterstützung von Lernprozessen nutzen, und die Durchführung von Schulungen über E-Learning-Plattformen. Die persönliche Vermittlung von Finanzbildung ist gut etabliert und findet (...) in Schulen in allen Bundesländern statt.“⁶¹ Interessanterweise wird dieser Abschnitt aber in einer Infobox zum Thema „Auswahl der am besten geeigneten Bereitstellungschanäle und – methoden, Lernen von österreichischen Stakeholdern und internationaler Good Practice“ präsentiert: Hier liegt der Fokus weniger auf einer methodischen Vorgabe für die Stakeholder, sondern darauf, bestmöglich aus den bereits vorhandenen Strategien zu lernen, die ohnehin schon genutzt werden.

Wenn wir uns mit der vorgeschlagenen Methode der Finanzbildungsstrategie auseinandersetzen, ist gleichzeitig auch ein Fokus darauf zu legen, wie diese zusammengetragen wurden. Im Bereich der Abschnitte mit der Subcodierung „Vorbereitungsphase“ wird der Prozess geschildert, der der Publikation der Finanzbildungsstrategie vorangegangen sein soll. So ist herauszulesen, dass dieser zweigeteilt stattgefunden hat: Einerseits in Form eines Fragebogens, der an Finanzbildungs-Stakeholder ausgeschickt wurde und durch den Informationen über mehr als 90 Finanzbildungsinitiativen gesammelt wurden. Andererseits in Form eines nationalen Workshops. Aus diesen beiden Bestandteilen wurde ein Mapping-Bericht erarbeitet, der als Grundlage für die publizierte Finanzbildungsstrategie dient. Um sich hier die methodischen Differenzen zwischen den Stakeholdern aufzuzeigen, wie das zur Beantwortung der Forschungsfrage von Vorteil wäre,

⁶¹ OECD (2021), S. 47

fehlt hier allerdings die inhaltliche Tiefe. Es werden weder konkret die teilnehmenden Organisationen aufgelistet, noch kann herausgelesen werden, welche Fragen diesen gestellt wurden oder wo es während der Workshops möglicherweise Überschneidungen zwischen den Institutionen oder Unstimmigkeiten gab. Dies ist einer der Bereiche, deren Informationsgehalt durch die nachfolgenden Expert:inneninterviews mit beteiligten Institutionen näher beleuchtet werden muss, um hier einen einigermaßen vollständigen Einblick zu bekommen. Dadurch, dass die Fragen nicht im Detail herausgelesen werden können, ist auch unklar, inwieweit es ein Agenda Setting bereits bei der Erstellung der Fragen gegeben haben könnte, oder ob diese objektiv-wissenschaftlich aufgesetzt wurden. Dies ist ein Teilbereich, der für das Verständnis und die Analyse dieses Prozesses hilfreich wäre.

Im inhaltlich ausführlichsten Teil des Methoden-Abschnitts sind die sogenannten „Action Tools“ zu finden. Rein strukturell ist die Nationale Finanzbildungsstrategie so aufgebaut, dass jeweils Zielsetzungen und Zielgruppen dann mit den konkreten Action Tools verknüpft sind, um aufzuzeigen, wie erstere konkret zu erreichen sind (siehe Grafik). Hier wird auch vorrangig die Codierung der Zielgruppen verwendet, die aufzeigen soll, welche Maßnahmenpunkte welche Menschen erreichen werden.

Tabelle 5.2: Überblick Aktionsplan

Politisches Ziel	Untergeordnetes Ziel	Action Tool
Frühzeitige Entwicklung der Grundlagen für solide finanzielle Entscheidungen und die Verhinderung von Überschuldung	Förderung der Finanzbildung in Schulen als fächerübergreifendes Thema	10 Action Tools
	Förderung des sicheren Umgangs mit Krediten und Vermeidung von Überschuldung	4 Action Tools
	Schaffung eines stärkeren Bewusstseins für wirtschaftliche Zusammenhänge und die eigene Rolle im Wirtschaftsgeschehen	5 Action Tools
Förderung einer verantwortungsvollen Finanzplanung für langfristiges finanzielles Wohlergehen	Unterstützung einer sicheren und informierten Beteiligung an den Finanzmärkten	9 Action Tools
	Sensibilisierung für die Merkmale des Pensionssystems, die zu erwartende Höhe des Alterseinkommens und die Notwendigkeit einer vorausschauenden Planung	7 Action Tools
Sensibilisierung für die Bedeutung von Finanzbildung und Sicherstellung des Zugangs zu qualitativ hochwertiger Finanzbildung für alle Bürgerinnen und Bürger	Einrichtung eines zentralen Online-Portals für Finanzbildung	1 Action Tool
	Sensibilisierung für die Notwendigkeit von Finanzbildung: Massenkommunikationskampagnen für die Bevölkerung und gezielte Initiativen für Multiplikatoren	3 Action Tools
Steigerung der Effektivität von Finanzbildungsinitiativen durch Dialog, Koordination und Evaluierung	Festlegung eines Verhaltenskodex für die Einbindung von Stakeholdern	1 Action Tool
	Schaffung eines gemeinsamen Verständnisses für Kernkompetenzen im Bereich der Finanzbildung, die zur Stärkung des finanziellen Wohlergehens beitragen	1 Action Tool
	Förderung der Forschung zum Thema Finanzbildung	
	Eingehende und regelmäßige Überwachung und Evaluierung der einzelnen Initiativen und der nationalen Gesamtstrategie	
		41 Action Tools

62

⁶² OECD (2021), S. 62

Die Punkte, die als Action Tools gelistet sind, vermischen allerdings an mehreren Stellen allgemeine Zielsetzungen und konkrete Aktionen, die umgesetzt werden können. So ist beispielsweise eine allgemeine Zielformulierung wie „Stärkung des Bewusstseins für Finanzbetrug und kriminelle Machenschaften, insbesondere über Online-Kanäle“⁶³ als Aufgabenpunkt gelistet, aber auch das sehr konkrete „Einführung eines bundesweiten Financial Future Day“⁶⁴. Durch diese Vermischung von Zielen und tatsächlichen Methoden, um Finanzbildung an die Bevölkerung zu bringen, die allerdings alle unter dem Titel eines Aktions-Werkzeugs gelistet sind, war hier auch bezüglich der Codierung und Analyse fraglich, ob denn diese Punkte nicht rein inhaltlich eher den „Zielen (Z)“ zuzuordnen sind. Hier ist es allerdings notwendig, die Intention der Herausgeber als entscheidendes Kriterium heranzuziehen. Durch den Eindruck, dass selbst im „Methoden-Teil“ der Finanzbildungsstrategie kaum konkrete Umsetzungspunkte gelistet werden, können sich Schlüsse dahingehend ziehen lassen, was die Intention der gesamten Publikation betrifft. Es bleibt fraglich, ob die Autorinnen und Autoren hier bewusst wagen bleiben, um den Stakeholdern einen möglichst breiten Gestaltungsspielraum einzuräumen, oder ob zum Zeitpunkt der Veröffentlichung (also vor Inkrafttreten der Gremien, in denen solche Dinge geplant und diskutiert werden sollen) keine konkreten Handlungen festgestanden sind. Letztendlich lassen diese Abschnitte die Rezipienten der Nationalen Finanzbildungsstrategie ratlos zurück, da es eine breite inhaltliche Schere zwischen den gewählten Überschriften und den konkret gelisteten Punkten gibt.

Zielgruppen der Maßnahmen (ZGR)

Die Abschnitte, die unter dem Code ZGR markiert wurden, zeigen auf, welche Zielgruppen die Erstellerinnen und Ersteller der Finanzbildungsstrategie konkret erreichen wollen. Hier muss man zwischen drei verschiedenen Auflistungen/Logiken unterscheiden, die in dem Strategiepapier ihren Platz gefunden haben:

- Zielgruppen erster Priorität
- Zielgruppen nachrangiger Priorität
- Lebensphasen, in den Menschen Finanzbildung erhalten sollen

Diese Durchmischung geht erst bei genauerem Studieren des Strategiepapiers im Detail hervor, da hier nicht immer klar getrennt wird und eine Differenzierung zwischen der Zielgruppe an sich und dem Menschen in einer bestimmten Lebensphase (beispielsweise Seniorinnen und Senioren und der Pensionsantritt) auch rein praktisch nicht möglich und vor allem wenig

⁶³ OECD (2021), S. 55

⁶⁴ OECD (2021), S. 56

sinnvoll ist. In der Codierung finden sich nun nur die tatsächlichen Zielgruppen wieder, der Vollständigkeit halber sei hier aber auch eine Grafik zu den Lebensphasen ergänzt.⁶⁵

Infografik 5.1. Unterstützung in wichtigen Lebensphasen



Durch die Art und Weise, wie hier in den Begrifflichkeiten im Verlauf des Fließtextes regelmäßig gewechselt wird, ist eine deutliche Strukturierung der einzelnen Abschnitte notwendig, um eine nachvollziehbare Analyse zu erstellen. Ergänzend ist noch anzumerken, dass neben den aufgeschlüsselten Zielgruppen auch folgende Zielsetzung festgeschrieben wird: „Alle Interventionen sollten eine Gender-Komponente sowie nachhaltige und digitale Aspekte berücksichtigen.“⁶⁶ Ob dies im Sinne der allgemeinen Methodik gemeint ist oder aber als zusätzliche Überlegung zur Frage, welche Menschen erreicht werden sollen (dieser Abschnitt findet sich direkt nach einer Auflistung der festgelegten Zielgruppen) ist unklar. Was genau der Rezipient bzw. die Rezipientin der Finanzbildungsstrategie unter „Gender-Komponente“ oder „nachhaltige bzw. digitale Aspekte“ verstehen soll, wird ebenfalls nicht näher erklärt. Grundsätzlich soll mit der Finanzbildungsstrategie die gesamte österreichische Bevölkerung erreicht werden.

Vorrangige Zielgruppen sind:

- Junge Menschen (aufgeteilt auf „in Schulen“ und „außerschulisch/junge Erwachsene“)
- Frauen
- (potentielle) Privatanlegerinnen und Privatanleger
- Berufstätige Erwachsene und Kleinunternehmerinnen und Kleinunternehmer

⁶⁵ OECD (2021), S. 43

⁶⁶ OECD (2021), S. 48

Als nachrangige Zielgruppen sind gelistet:

- Menschen mit niedrigem Bildungsstatus
- Sozioökonomisch schlechter gestellte Menschen
- Migrantinnen und Migranten
- Seniorinnen und Senioren
- Ländliche Bevölkerung

Der allgemeine Zugang, die gesamte Finanzbildungsniveau der österreichischen Bevölkerung zu erhöhen, findet sich in den Abschnitten des Subcodes „Private Haushalte allgemein“ wieder. Hier wird damit argumentiert, dass grundsätzlich alle Personengruppen davon profitieren, einen Zugang zu Finanzbildungsangeboten zu erhalten. Dies soll dabei helfen, „die Herausforderungen der aktuellen Situation zu meistern und die Basis für eine widerstandsfähige und nachhaltige finanzielle Zukunft zu schaffen“.⁶⁷ Mit der aktuellen Situation sind die Auswirkungen der Corona-Krise in Österreich gemeint (etwa Einbußen bei den Einnahmen durch Kurzarbeit oder weniger Umsatz durch Einschränkungen im Handel, Gastronomie etc.). Der Fokus liegt dabei grundsätzlich mehr auf den langfristigen Vorsorgemöglichkeiten für die Zukunft. Im Gegensatz zu dem, was im Österreichischen Regierungsprogramm steht (wie bereits in früheren Abschnitten thematisiert: Stärkung der Kapitalmärkte) steht hier der persönliche Nutzen für die Menschen an sich im Vordergrund. Der Umstand, dass Menschen, die sich selbst finanziell versorgen können, weniger Leistungen von öffentlicher Hand benötigen, also auch der Staat budgetär profitiert, wird hier nicht thematisiert. Der Fokus auf „Junge Menschen“ wird damit argumentiert, dass Menschen bereits früh erste finanzielle Entscheidungen treffen müssen. Aus diesem Grund soll so bald wie möglich mit einer Finanzbildungsmaßnahme begonnen werden, da das Gelernte dann bis ins spätere Erwachsenenleben nachwirkt. Es wird damit argumentiert, dass jede vierte hilfesuchende Person bei Schuldenberatungsstellen in Österreich unter 30 Jahre alt ist und diese Schuldenprobleme nachhaltig negative Auswirkungen auf das restliche finanzielle Leben einer Person haben.⁶⁸ Es wird erwähnt, dass die meisten bestehenden Finanzbildungsinitiativen in Österreich bereits für junge Menschen im Schulalter konzipiert sind, sich hier aber in den Bereichen Geldanlage, Verbraucherinnen- bzw. Verbraucherrechte – und -pflichten, Sensibilisierung für Betrug und Betrugsmaschen und der sichere Umgang mit Krediten noch

⁶⁷ OECD (2021), S. 7

⁶⁸ Vgl. OECD (2021), S. 19

ein inhaltlicher Aufholbedarf aufzeigt.⁶⁹ Dass es hier grobe Unterschiede gibt, in welchem Umfeld ein junger Mensch aufgewachsen ist, wird nicht thematisiert und dahingehend auch nicht differenziert, welche Jugendliche hier möglicherweise noch vermehrt von Bildungsangeboten profitieren würden.

Der Ansatz, bei Finanzbildungsmaßnahmen insbesondere auch auf „Frauen“ zu fokussieren, ergibt sich argumentativ aus der Tatsache, dass das geschlechtsspezifische Pensionsgefälle in Österreich zu einem der größten in der EU zählen soll (das Pensionseinkommen von Frauen liegt im Durchschnitt um 42 Prozent unter dem von Männern, während die Erwerbsbeteiligung von Frauen über dem EU-Durchschnitt liegt).⁷⁰ Hier beruft sich die Nationale Finanzbildungsstrategie auf Forschungsergebnisse der OECD. Es wird außerdem damit argumentiert, dass Frauen statistisch gesehen weniger häufig in eine zusätzliche Altersvorsorge investieren. Die Intersektionalität zwischen der Zielgruppe „Frauen“ und allen anderen Zielgruppen (z.B. die Hälfte aller jungen Menschen ist weiblich, genauso wie die Hälfte der gesamten Bevölkerung) wird nicht thematisiert. Es ist deutlich, dass Frauen bei der Planung von Finanzbildungsmaßnahmen besonders mitgedacht und erreicht werden sollen, nicht deutlich wird aber, wie/wo dies am besten geschieht (im Bereich der Action Tools gibt es keine deutliche Auflistung, welche Pläne die Finanzbildungsstrategie hegt, um Frauen auch tatsächlich besonders zu erreichen bzw. anzusprechen). (Anmerkung: Dieser Abschnitt dieser wissenschaftlichen Arbeit befasst sich rein mit dem Inhalt der 2021 publizierten Nationalen Finanzbildungsstrategie. Der Vollständigkeit halber muss aber ergänzt werden, dass zum Zeitpunkt der Erstellung dieser Masterarbeit von Seiten der Finanzbildungsgremien eine spezielle Arbeitsgruppe eingerichtet wurde, um sich einzig mit dem Thema Frauen und Finanzen zu beschäftigen. Es bleibt also anzunehmen, dass die Lücken in der Erläuterung in der schriftlichen Publikation den verantwortlichen Institutionen bewusst waren bzw. sind und aus diesem Grund entsprechende weitere Maßnahmen umgesetzt werden).

Die weitere vorrangige Zielgruppe „Privatanlegende“, die potentielle und tatsächliche Privatanlegerinnen und Privatanleger meint, ist erstaunlich knapp zusammengefasst. Hier heißt es: „Die geringe Beteiligung an den Kapitalmärkten kann eher durch mangelnde Finanzbildung als durch Risikoscheu begründet sein, wodurch diesen Menschen Chancen vorenthalten bleiben.“⁷¹

Das ist insofern erstaunlich, da die Österreichische Bundesregierung ihre Bemühungen im

⁶⁹ Vgl. OECD (2021), S. 44

⁷⁰ Vgl. OECD (2021), S. 20

⁷¹ OECD (2021), S. 45

Bereich der Finanzbildung in ihrem Regierungsprogramm dahingehend begründet hat, sich für die Stärkung der Kapitalmärkte einzusetzen. Dass hier die Vorteile der Partizipation am Kapitalmarkt durch Privatpersonen in den Vordergrund gestellt werden, zeigt einen deutlich unterschiedlichen Zugang. Man könnte dies als Indikator lesen, dass die Beteiligungsmaßnahmen für die Stakeholder bei der Erstellung der Finanzbildungsstrategie einigermaßen ernsthaft betrieben wurden und so eine finale Variante vorliegt, die eben nicht nur die reinen Positionen und Vorgaben der herausgebenden Institutionen (insbesondere das BMF, das direkt der Regierung unterstellt ist) widerspiegelt, sondern ein Sammelsurium der unterschiedlichen Zugänge darstellt. Dies ist gerade hinsichtlich der Fragestellung dieser Arbeit bemerkenswert.

Die letzte vorrangige Zielgruppe sind „Berufstätige/Kleinunternehmende“. Auch hier beschränkt sich die weitere Erläuterung auf das Notwendigste. Hier heißt es: „Im Berufsleben stehende Erwachsene müssen wissen, wie eine Steuererklärung bewerkstelligt wird, wann und wie Arbeitslosengeld beantragt werden kann und welche finanziellen Auswirkungen die ihnen zur Verfügung stehenden Berufswahlmöglichkeiten haben. Unternehmerinnen und Unternehmer benötigen gezielte Finanzbildungsressourcen und Unterstützungsangebote sowie angemessene Kenntnisse über die Finanzierung ihres Unternehmens.“⁷² Diese Zielgruppe ist argumentativ anders als die anderen, da die Zielsetzung, die beschrieben werden, nur teilweise in das allgemeine Verständnis von klassischer Finanzbildung fallen. Eher geht es darum, Leistungen der öffentlichen Hand nutzen zu können bzw. den eigenen Bürgerpflichten und Bürgerinnenpflichten nachzukommen, die finanzielle Auswirkungen auf den einzelnen Menschen haben. Ob dies mit der gewählten Definition von Finanzbildung zusammenpasst (siehe S.7) sei dahingestellt. Durch die knappe Ausformulierung dieser Zielgruppe ist insgesamt schwer zu erkennen, wo sich die Schwerpunkte für diese Gruppe von jenen unterscheiden, die die gesamte Bevölkerung ansprechen sollen.

Zu den nachrangigen Zielgruppen (Subcodes „Niedriger Bildungsstatus“, „Sozioökonomisch schlechter gestellte Menschen“, „Migrantinnen und Migranten“, „Seniorinnen und Senioren“ und „Ländliche Bevölkerung“) lässt sich ein Gesamtfazit erstellen. Hier wird in allen betreffenden Abschnitten dargelegt, warum eben jene Gruppen in Österreich finanziell schwächer gestellt sind. Weshalb diese aber nicht zur vorrangigen Zielgruppe gehören, wird nicht deutlich, ebenso wenig, inwiefern die Finanzbildungsgremien in ihrem Tun letztendlich unterscheiden, wieviel Fokus auf quasi „Zielgruppen 1. Klasse“ und „Zielgruppen 2. Klasse“ gelegt werden soll. Genauso wenig wird klar, wenn doch Evaluierungen eine so zentrale Rolle

⁷² Vgl. OECD (2021), S. 42

in der Aufsichtsfunktion der Finanzbildungsstrategie darstellen sollen, inwiefern es für Maßnahmen in ihrer Bewertung einen Unterschied macht, ob vorrangige oder nachrangige Zielgruppen damit erreicht werden.

Letztendlich entsteht in diesen Abschnitten der Finanzbildungsstrategie der Eindruck, dass es eine so ausgeprägte Pluralität an Menschen gibt, die von Finanzbildung profitieren würden (verknappt gesagt könnte man behaupten: eigentlich jeder Mensch in Österreich), dass es für die zuständigen Institutionen eine Herausforderung zu sein scheint, hier Prioritäten zu setzen, ohne eine Bevölkerungsgruppe unter den Tisch fallen zu lassen. Da unser Forschungsinteresse sich vor allem auf die „Strategien und Methoden“ richtet, wird im Rahmen der Expert:inneninterviews für diese Abschnitte vorrangig relevant sein, ob es hier Konflikte im Entstehungsprozess gegeben hat, bei der Frage, welche Zielgruppen die Stakeholder für relevant erachtet haben im Gegensatz zu dem, was letztlich in dem veröffentlichten Positionspapier untergebracht wurde.

Ziele (Z)

Die Abschnitte, die unter dem Code Z markiert wurden, zeigen auf, welche Zielsetzungen die Umsetzung der Nationalen Finanzbildungsstrategie verfolgt. Hierbei ist vor allem die große Pluralität an Subcodes auffällig, wodurch sich die „Ziele“-Abschnitte deutlich von den anderen drei Haupt-Codierungen unterscheiden. Diese Vielfalt an Zielsetzungen eröffnet einen Interpretationsspielraum dahingehend, wo denn tatsächlich die Schwerpunkte in der Arbeit liegen sollten.

Welche Ziele rein zeitlich als prioritär zu betrachten sind, sind eben jene, die sich unter dem Subcode „Arbeitsgruppen“ wiederfinden.

Hier sind folgende Arbeitsgruppen festgelegt:

- Arbeitsgruppe Basisfinanzbildung
- Arbeitsgruppe Kapitalmarktwissen
- Arbeitsgruppe Zukunftsvorsorge
- Arbeitsgruppe Bewusstseinsbildung

Dies ist für die analytische Betrachtung der österreichischen Finanzbildungsstrategie insofern erwähnenswert, da dies eine der wenigen konkret ausgereiften Arbeitsschritte darstellt, die in dem ansonsten doch sehr allgemein gehaltenen Positionspapier zu finden sind. Es wird dahingehend argumentiert, dass die Entstehung der konkreten Arbeitsgruppen-Themen bereits ein Teil der ersten Stakeholder-Konsultationen darstellen. So heißt es: „Aufbauend auf den Empfehlungen des Mapping-Berichts arbeiteten OECD und BMF Entwürfe für die Ziele aus,

die in der nationalen Strategie verankert werden sollten. Diese Ziele wurden im Rahmen von vier Workshops, die im April und Mai 2021 unter dem Vorsitz des BMF stattfanden, mit den Stakeholdern diskutiert.⁷³ Dieser Umstand sollte im Rahmen der nachfolgenden Expert:inneninterviews noch weiter vertieft werden, da dies eine der rein auf der inhaltsanalytischen Ebene am deutlichsten erkennbaren Inhaltspunkte darstellt, bei denen der Einfluss der Stakeholder-Interessen auch klar gekennzeichnet und thematisiert wird. Der genaue Aufbau und Themenschwerpunkt der Arbeitsgruppen wird allerdings nicht separat erklärt.

Im Gegensatz dazu findet sich im Subcode „Politische Hauptprioritäten“ eine genaue Auflistung der Zielsetzung, die sich durch die gesamte Strategie zielen soll. Obwohl es sich dabei um Leitideen handeln sollte, sind diese aber nur konkret an einer Stelle aufgelistet und werden dann mit den weiteren Zielen kaum in Kontext gestellt bzw. verknüpft. „Die vier Hauptprioritäten sind:

- Frühzeitig die Grundlagen entwickeln, um solide finanzielle Entscheidungen treffen zu können und eine Überschuldung zu verhindern
- Förderung einer verantwortungsvollen Finanzplanung für langfristiges finanzielles Wohlergehen
- Sensibilisierung für die Bedeutung von Finanzbildung und Sicherstellung des Zugangs zu qualitativ hochwertiger Finanzbildung für alle Bürgerinnen und Bürger
- Steigerung der Effektivität von Finanzbildungsinitiativen durch Dialog, Koordinierung und Evaluierung⁷⁴

Welche Frage bei der Erklärung allerdings nicht beantwortet wird, ist jene, von welcher Institution konkret dieser politische Wille kommt und wie sich eben jener begründet. Weiterführend werde dann dazu noch drei übergreifende Prioritäten gelistet:

- „(1) Förderung der Gleichstellung der Geschlechter und Berücksichtigung des Gleichstellungsaspekts in allen Initiativen der Strategie
- (2) Vermittlung der Kenntnisse und Fähigkeiten, die für die Nutzung der sich aus der Digitalisierung von Finanzdienstleistungen für Privatkundinnen und Privatkunden ergebenden Vorteile notwendig sind, an die österreichische Bevölkerung, und

⁷³ OECD (2021), S. 15

⁷⁴ OECD (2021), S. 18

- (3) Unterstützung der Konsumentinnen und Konsumenten bei nachhaltigen Finanzentscheidungen.⁷⁵

Auch diese Prioritäten werden nicht genauer definiert oder thematisiert. Daneben wird allerdings noch an früherer Stelle der Finanzbildungsstrategie von sogenannten „umfassenderen politischen Zielen“ gesprochen, die zwar auf den ersten Blick den übergreifenden Prioritäten ähnlich scheinen, allerdings im Detail durchaus Unterschiede aufweisen:

- „Einbindung des Instrumentariums für lebenslanges Lernen, um insbesondere Erwachsene anzusprechen und Finanzbildungsangebote für die erwerbstätige Bevölkerung bereitzustellen, sowie mit besonderem Fokus auf Unternehmerinnen und Unternehmer, insbesondere Gründerinnen und Gründer sowie Kleinst-, Klein- und mittelständische Betriebe, die eine tragende Säule der österreichischen Wirtschaft sind.
- Beitrag zu einem erfolgreichen umweltpolitischen Wandel und zu Österreichs Green Finance Agenda, indem Bürgerinnen und Bürger dabei unterstützt werden, ESG-Risiken (d.h. die Bereiche Umwelt, Soziales und Governance betreffende Risiken) zu bewerten, die EU-Taxonomie für Finanzprodukte zu verstehen und die Auswirkungen individueller Finanzentscheidungen auf die Umwelt sowie die Regierungspolitik in diesem Bereich zu beurteilen. Damit können private Ersparnisse und Kapitalmarktinvestitionen mobilisiert werden (...)
- Ergänzung von Maßnahmen im Rahmen der Gleichstellungspolitik, indem Frauen unterstützt werden, ihre Finanzsituation und die Auswirkungen fragmentierter Erwerbsbiografien auf ihre finanziellen Ressourcen und ihr Alterseinkommen besser zu kontrollieren. (...)⁷⁶

An dieser Stelle der inhaltsanalytischen Auseinandersetzung ist eine Art Zwischenfazit notwendig. In der österreichischen Finanzbildungsstrategie finden sich nun drei verschiedene Auflistungen an prioritären Zielsetzungen, die alle als wichtig und unumgänglich dargestellt werden. Es ist dabei nicht klar, welche der drei nun „tatsächlich“ die Vorrangigste ist- etwa in der konkreten Umsetzungsreihenfolge. Da sich diese Inhalte auch nicht mit den Titeln der Arbeitsgruppen decken, lassen sich auch hier keine Rückschlüsse ziehen. Ohne weitere Informationen entstehen für den/die Rezipient:in dieser Publikation zwei verschiedene Lesarten bzw. Interpretationsmöglichkeiten: Entweder wurde hier bei der Einbindung der Ideen und

⁷⁵ Ebd.

⁷⁶ OECD (2021), S. 12

Ansätze der Stakeholder versucht, möglichst alle genannten Anliegen und Punkte unterzubringen, um eine Art Gesamtdokumentation zu erstellen, in der sich jeder Stakeholder wiederfindet (Die Theorie wird auch davon gestützt, dass unter dem Subcode „Orientierungsrahmen“ ein Abschnitt zu finden ist, in dem beschrieben wird, dass die Finanzbildungsstrategie auch als Orientierungsrahmen für die Maßnahmen in dem Bereich betrachtet werden kann). Oder aber es gab hier keine klaren eigenen Zielsetzungen oder eine Linienfindung seitens der herausgebenden Institutionen, weshalb alle Punkte, die im Sinne der Ziele von Finanzbildung generell fungieren, miteingebaut wurden, um sozusagen die „Universalwichtigkeit“ des Themas zu thematisieren. Um dies zu beantworten sind auch hier wieder weitere Eindrücke in Form von Expert:inneninterviews sinnvoll und erforderlich. Im Nachgang zu dieser Zwischenanalyse ist es aber zur vollständigen Bearbeitung des Codes Ziele (Z) notwendig, auch die nicht konkret als übergeordnet und prioritär gelisteten Ziele oder Singular-Ziele zu thematisieren.

Ein Themenschwerpunkt, der nur sehr knapp ausfällt, ist das Ziel, den Menschen zu ermöglichen, ihre eigene Rolle im Finanzsystem zu verstehen und Chancen und Risiken einer Teilnahme am Kapitalmarkt bewerten zu können.⁷⁷ Gerade im Hinblick darauf, dass das Regierungsprogramm der Österreichischen Bundesregierung hier einen inhaltlichen Zusammenhang hergestellt hat, ist dies umso erstaunlicher. Im Gegensatz dazu nimmt der Bereich, in dem „höheres finanzielles Wohlergehen für die Menschen“ und seine Subkategorien angesprochen werden, einen wesentlich größeren Raum ein. „Die ultimative Zielsetzung besteht darin, das finanzielle Wohlergehen der in Österreich lebenden Menschen langfristig zu steigern. (...) Die Nationale Finanzbildungsstrategie wird dazu beitragen, das Bewusstsein, die Fähigkeiten und das Verständnis der Bürgerinnen und Bürger im Bereich Finanzbildung zu stärken, um fundierte Entscheidungen über die breite Palette der auf dem Markt angebotenen Finanzprodukte und – dienstleistungen sowie nachhaltige finanzielle Entscheidungen in Bezug auf das persönlich verfügbare Einkommen zu treffen.“⁷⁸ Dabei werden weitere Unterkategorien erwähnt, etwa die durch Finanzbildung erzielte bessere Vorbereitung der Bürgerinnen und Bürger auf ihre finanzielle Situation im Alter (nach Pensionsantritt) bzw. allgemein die Bewusstseinsbildung zur Vermeidung von Schulden (wobei hier immer wieder explizit auf Konsumschulden referenziert wird – das Problem der Überschuldung steht im Vordergrund). Erst im Nachgang und fast schon als Randbemerkung wird die „Stärkung der Wirtschaft“ als weitere Zielsetzung angesprochen (dies ist rein formal als unterschiedlich zur „Stärkung des

⁷⁷ Vgl. OECD (2021), S. 11 und S. 53

⁷⁸ OECD (2021), S. 7

Kapitalmarktes“ zu betrachten, wengleich selbstverständlich große Parallelen zwischen den Überlegungen hinter den beiden Subcodes stehen).

Ein weiteres kaum erwähntes Ziel (aber immerhin aus den übergreifenden Prioritäten abzuleiten) ist jenes, die „Bürgerinnen und Bürger auf die zunehmende Prävalenz digitaler Technologien im Finanzdienstleistungssektor, die Nutzung digitaler Kommunikationskanäle durch etablierte, ihnen vertraute Anbieter und auf den Markteintritt neuer Fintech-Unternehmen“⁷⁹ vorzubereiten. Es wird dabei nicht ganz klar, welchen Bereich im „Finanzalltags“ eines Menschen dies konkret betreffen sollte: Die Digitalisierung des alltäglichen Bankgeschäfts? Verifizierungsprozesse? Der Schutz vor Phishing-Attacken? Oder aber auch der Zugriff auf Blockchain-Technologien und Kryptowährungen? Auch hier wird die Nationale Finanzbildungsstrategie wenig konkret.

Eine weitere nachgelagerte Zielsetzung ist die „Bewusstseinsbildung“. Konkret beschreiben die herausgebenden Institutionen dies wie folgt: „Mit der Formulierung einer Nationalen Finanzbildungsstrategie für Österreich wird offiziell anerkannt, dass finanzielle Bildung eine langfristige politische Priorität darstellt und eine Kernkompetenz für das Leben darstellt, die zum finanziellen Wohlbefinden von Personen und Haushalten beiträgt. (...) Mit der Verabschiedung der Strategie durch den österreichischen Ministerrat wird ein regierungsweiter Ansatz zu ihrer Umsetzung etabliert und die Integration von Finanzbildung in das politische Instrumentarium gefördert, um so die Österreicherinnen und Österreicher bei der Bewältigung der Folgen der COVID-19-Krise und beim Aufbau einer widerstandsfähigen finanziellen Zukunft zu unterstützen. Die Anerkennung auf höchster Regierungsebene wird außerdem dazu beitragen, dass die Öffentlichkeit auf die Existenz der Strategie aufmerksam wird und das Bewusstsein für die Bedeutung von Finanzbildung in der Bevölkerung wächst.“⁸⁰ Durch diese Zielsetzung wird deutlich, dass hinter dem final publizierten Papier die Bundesregierung mit ihrem Ministerratsbeschluss steht- ein Aspekt, der so ansonsten in der Publikation nicht thematisiert wurde. Davon abgeleitet lässt sich also feststellen, dass das Ziel der Strategie an sich (also nicht der Umsetzungsmaßnahmen) den repräsentativen Rahmen für das Thema und die damit verbundenen (mehr oder weniger) verbindlichen Unterstützungszusagen der Regierung darstellt. Zu beachten bei der zitierten Zielsetzung ist allerdings, dass das Argument, die Finanzbildungsstrategie möge durch die Corona-Pandemie helfen, erst im Laufe des Entstehungsprozesses entstanden sein dürfte. Der Start der Arbeit an der Strategie dürfte ungefähr gleichzeitig mit den ersten Pandemie-Maßnahmen der Republik Österreich

⁷⁹ OECD (2021), S. 12

⁸⁰ OECD (2021), S. 65

stattgefunden haben. Deshalb darf nicht fälschlicherweise der Schluss gezogen werden, dass die Pandemie und die damit verbundenen gesamtwirtschaftlichen Verschlechterungen Auslöser für die Arbeit am Thema gewesen sein dürften.

Die Abschnitte der „Ziele“ sind also durchaus vielfältig, ungegliedert und stehen auch inhaltlich nicht durchgehend im Einklang mit den vorgeschlagenen „Methoden“. Es bleibt der Eindruck, dass die Ziele vor allem so zu verstehen sind, dass alle positiven Auswirkungen, die von einer erfolgreich umgesetzten Finanzbildungsstrategie ausgehen könnten, untergebracht hat. Für die Bewertung des Inhalts zeigt sich hier vor allem durch die fehlende Strukturierung, dass keine klare Positionierung der herausgebenden Institutionen erfolgt ist. In diesem Ansinnen für eine neutrale Grundhaltung bleiben allerdings zahlreiche Fragen offen, denn gerade durch eine deutliche Angabe der Zielsetzung einer Maßnahme ließe sich der ursprüngliche Motivationspfad wesentlich eindeutiger zuordnen.

Zum Abschluss des inhaltsanalytischen Teils dieser Masterarbeit ist nun ein Zwischenfazit sinnvoll.

Grundsätzlich lässt sich sagen, dass durch die strukturierte Analyse der österreichischen Finanzbildungsstrategie deutlich aufgezeigt werden kann, dass eine eindeutige Prioritätensetzung in den Bereichen der Ziele, Zielgruppen und Methoden nicht darstellbar ist. Die herausgebenden Institutionen scheinen hier den Arbeitsfokus darauf gelegt zu haben, möglichst viele Ideen, Arbeitsweisen und Überlegungen in der Nationalen Finanzbildungsstrategie festzuhalten. Es ist nicht erkennbar, welche Schwerpunkte in der Arbeit der verschiedenen Gremien zu erwarten sind.

Die Darstellungen der Stakeholder-Einbindung liefern zumindest eine allgemeine Strukturierung, wie eine Institution, die sich im Rahmen der Finanzbildungsstrategie in Österreich in diesem Gebiet engagieren möchte, sich einbringen kann und wo die entsprechenden Entscheidungen gefällt werden.

Um die Forschungsfrage umfassend zu beantworten, sind die nachfolgenden Expert:inneninterviews insofern notwendig, als es klare Ergänzungen nicht nur dahingehend braucht, wie die verschiedenen Stakeholder ihre Einbindung in den Prozess selbst erlebt haben und beschreiben würden, sondern auch wie das Bundesministerium für Finanzen den Entstehungsprozess der publizierten Nationalen Finanzbildungsstrategie bewertet. Es bleibt in der Zwischenzeit das Resümee, dass das Strategiepapier wohl eine Art „allumfassendes Grundsatzpositionspapier“ darstellen soll, welches möglichst viele Blickwinkel auf das einigende Thema festhalten soll und in seiner Allgemeinheit so vage gehalten ist, dass sie kaum Flächen für inhaltliche Konflikte bietet (da die verschiedenen Perspektiven ihren Platz

gefunden haben und keine Priorisierung erfolgt ist).

Dass es sich bei dem Papier um einen echten Fahrplan mit klar gesetzten Zwischenzielen und einer konkreten Herangehensweise handelt ist nicht der Fall.

Noch einmal hervorzuheben ist an dieser Stelle aber, dass zumindest die finalen Entscheidungswege (etwa, wenn eine budgetär relevante Maßnahme von öffentlicher Hand umgesetzt werden sollte) klar in den Händen der Vertreter:innen der Regierungsinstitutionen liegen.

Ansonsten scheinen alle Maßnahmen für die teilnehmenden Institutionen in ihren Regelungen auf Freiwilligkeit und „gutem Willen“ zu beruhen. Auch wenn es vereinbarte Arbeitsweisen gibt, wurden keine Konsequenzen festgehalten, die eine Institution zu erwarten hat, sollte sie sich an erstere letztendlich doch nicht halten.

Basierend auf diesen Zwischenerkenntnissen werden nun im nächsten Arbeitsschritt die unterschiedlichen Positionierungen im Bereich der Stakeholder-Einbindung mittels Expert:innen-Interviews näher betrachtet.

Expert:innen-Interviews und Diskursanalyse

Im nachfolgenden Teil dieser Arbeit werden nun die Ansätze und Analyseergebnisse der vorangegangenen Inhaltsanalyse der Nationalen Finanzbildungsstrategie mit Expert:innen-Interviews ergänzt und im Rahmen einer Diskursanalyse entsprechend aufgearbeitet. Bei der Auswahl der befragten Institutionen war es ausschlaggebend, ein ausgewogenes Verhältnis zwischen Vertreterinnen des Finanzbildungsrats und zwischen Vertreterinnen des Steuerungsausschusses darzustellen, um hier eine breite inhaltliche Perspektive aus primär entscheidungsbefugten und sekundär entscheidungsbefugten Institutionen wiedergeben zu können.

Folgende Institutionen wurden befragt:

- Bundesministerium für Finanzen
- Wirtschaftskammer Österreich (ein:e Vertreter:in der teilnehmenden Fachsparte)
- Bundesarbeiterkammer Österreich (ein:e Vertreter:in der Wiener Organisation, der/die auch im Prozess involviert war)
- Österreichische Nationalbank

Im Vorfeld der Auswahl der konkreten Gesprächspartner:innen erfolgte eine Nachfrage beim Bundesministerium für Finanzen dahingehend, welche Expert:innen der ausgewählten Institutionen in den jeweiligen Gremien tatsächlich vertreten sind. Es lässt sich aber sagen, dass

(auch im Sinne der Anonymität) diese Liste nur als Recherchestartpunkt betrachtet werden kann, da die Auswahl der Interviewpartner:innen sich letztendlich mehr oder weniger stark von dieser unterscheidet. Bei der Auswahl war die tatsächliche Nähe zum Prozess (sei es aus erster oder zweiter Hand) das ausschlaggebende Kriterium. Die Namen der Interviewpartner:innen wurden gezielt aus der Dokumentation entfernt und auch eine inhaltliche Zuordenbarkeit durch eine entsprechende Selektion der verwendeten Abschnitte verhindert. Das wurde den Gesprächspartner:innen auch vor dem Interview zugesagt, um den Personen einen Rahmen zu bieten, in dem sie sich möglichst frei zum Prozess äußern konnten.

In der grundsätzlichen Strukturierung wurden allen Interviewpartner:innen dieselben Fragen gestellt. Je nachdem, welche inhaltliche Richtung diese dann einschlugen, wurden mit den Nachfragen noch aufkommende Lücken geschlossen, so dass diese nicht bei allen vier Gesprächen gleich lauteten. Das hat den Vorteil, dass der Diskurs den Interviewpartner:innen folgte- nicht umgekehrt.

Es handelt sich dabei um folgende Grundfragen:

- Können Sie kurz umreißen, wie Ihre Rolle als *Institution* beim Entstehungsprozess der Finanzbildungsstrategie war?
- Sie haben davor selbst schon Finanzbildungsprogramme gehabt? Welche Zielsetzung geht für *Institution* mit dem Betreiben der Förderung von Finanzbildung einher?
- Welche Zielgruppen sind für *Institution* relevant?
- „Methoden und Strategien“: Sie sind ja Teil des *(Finanzbildungsrats und Steuerungsausschusses*): Inwieweit werden konkrete Umsetzungspunkte besprochen? Wie oft tagt der Finanzbildungsrat/Steuerungsausschuss?
- Welche Methoden und Strategien sind von *Institution* besonders gewünscht und bevorzugt?
- Gibt es hier Ideen, die für *Institution* nicht „gehen“? Wie wird so etwas eingebracht?
- Gab es da im Entstehungsprozess Punkte, wo sich Unterschiede im Verständnis von Finanzbildung gezeigt haben gegenüber den anderen Stakeholdern?
- Gab es bei der Erstellung der Finanzbildungsstrategie Themenfelder, wo Sie Einspruch einlegen konnten bzw. wo das notwendig war?
- Würden Sie sagen, dass sie durch die Finanzbildungsstrategie in ihrer Institution etwas an der Arbeit an dem Thema verändert hat?
- Abschließende Frage: Gibt es noch etwas, was ich nicht gefragt habe, von dem Sie der Meinung sind, dass es noch angesprochen werden sollte?

Bei der nachfolgenden Analyse der transkribierten Gespräche⁸¹ werden nun die Hauptkategorien aus der Inhaltsanalyse weiterverwendet und die jeweiligen Abschnitte aus den vier Gesprächen gegenübergestellt. Es werden die Aussagen der Vertreterinnen und Vertreter der unterschiedlichen Institutionen direkt miteinander verglichen und gegenübergestellt. Die Anwendung weiterer Subkategorien ist bei dieser Methodik nicht vorgesehen (und aufgrund des wesentlich geringeren Textumfangs – auch im Vergleich zur vorangegangenen Inhaltsanalyse der Österreichischen Finanzbildungsstrategie – zur korrekten Auseinandersetzung mit dem Material nicht notwendig). Im Anschluss an jeden Codierungsabschnitt wird das Gesagte mit den offenen Punkten aus der Inhaltsanalyse in Kontext gesetzt, so dass sich eine direkte Schnittmenge aus Textanalyse und Interviewanalyse ergibt. Daraus wird dann die Forschungsfrage beantwortet.

Die Interviews wurden digital per Videocall geführt und aufgezeichnet. Um die Rolle der Interviewenden möglichst neutral zu gestalten, wurde vermieden, bereits gewonnene Erkenntnisse aus der Inhaltsanalyse bzw. den zu dem Zeitpunkt dann bereits vorangegangenen Interviews einfließen zu lassen, aus dem Grund das Gespräch nicht unbewusst in eine entsprechende Richtung zu lenken.

In der grundsätzlichen Erwartungshaltung an die Interviews hält sich diese Arbeit an folgende Definition von Barbara Prainsack und Mirjam Pot:

„Qualitative Forschungsinterviews zeichnen sich durch drei Merkmale aus. Erstens dienen sie dazu, wissenschaftliche Daten zu generieren, die in weiterer Folge zu neuen wissenschaftlichen Erkenntnissen führen sollen. In dieser Hinsicht unterscheiden sie sich von Interviews und Gesprächen in anderen Kontexten wie im Journalismus oder privaten Beziehungen. Zweitens geht es bei qualitativen Interviews in der Politikwissenschaft darum, Praktiken und Perspektiven der Forschungsteilnehmerinnen zu verstehen. Bei Interviews geht es nicht nur darum, faktische Informationen abzufragen, die man auch anderswo bekommen könnte. (...) Drittens sind qualitative Interviews eine Form der Datenerhebung, in die Interviewerin und Forschungsteilnehmerin gemeinsam involviert sind. Mit Interviews wird das Wissen des Gegenübers nicht einfach „angezapft“ oder werden Daten nur „gesammelt“. Vielmehr bestimmt die Art der Fragen und des Fragens, was und wie Ihr Gegenüber berichten wird – und folglich auch die Qualität der Daten. Interviewdaten werden also gemeinsam generiert.“⁸²

Aus dieser Grundhaltung heraus ist es notwendig, an dieser Stelle noch einmal auf den

⁸¹ Der Vollständigkeit und Transparenz halber sei ergänzt, dass die Transkription zum Teil computerbasiert durch die Software „Happyscribe“ erfolgte.

⁸² Prainsack/Pot (2021), S. 101

Abschnitt „Bedeutung und Objektivität“ zu verweisen, der hier schon Grundsätzliches zusammengefasst hat.

Durch die Durchführung der Interviews via Videocall erfolgte eine automatische Neutralisierung der Rolle der unterbewussten körpersprachlichen Resonanz der Interviewenden und beschränkte sich lediglich auf Mimik. Es ergaben sich in der Transkription keine problematischen Passagen, in denen das Gesagte im Widerspruch zu einer non-verbale Äußerung stand, so dass im Sinne der besseren Lesbarkeit auf entsprechende Randbemerkungen (wie etwa: „der Interviewpartner lacht“) verzichtet wurde. Außerdem wurde der Text von Fülllauten bereinigt, da hier keine sozialen/sprachlichen Milieus abgefragt worden sind, sondern eine reine institutionell basierte Diskursanalyse. Zur besseren Lesbarkeit und Analysemöglichkeit wurden Aussagen in stärkeren Dialektvarianten der österreichischen Sprache in österreichisches Hochdeutsch umgewandelt, um den Fokus der Auseinandersetzung auf das tatsächlich Gesagte zu legen und etwaige Assoziationen zum Zusammenhang zwischen sozialen Hintergrund der Sprecherinnen und Sprecher, der Ernsthaftigkeit der Aussage und der verwendeten Sprache gleich vorweg auszuschließen.

Stakeholder-Einbindung (ST)

Um die Reihenfolge aus der vorangegangenen Inhaltsanalyse zu übernehmen, wird an dieser Stelle nun auch zu allererst die Auseinandersetzung mit dem Thema der Stakeholder-Einbindung (ST) analysiert. Hierunter fallen bei den Interviews alle Aussagen, bei denen es um den Prozess rund um die österreichische Finanzbildungsstrategie geht, aber auch jene, die das Miteinander und das konkrete Arbeiten in den verschiedenen Gremien beschreibt. Auf den ersten Blick wird deutlich, dass hier das BMF am meisten dazu geäußert hat. Das liegt vor allem daran, dass (auch im Sinne der Interviewführung begünstigt) hier eine konkrete Darstellung der Abläufe erfolgte, wie das Finanzbildungs-Papier zustande gekommen ist. Am kürzesten waren hierbei die Abschnitte der Wirtschaftskammer. Alle vier der Gesprächspartner:innen waren bereits in den verschiedenen Finanzbildungs-Gremien vertreten auf die sie sich bei ihren Überlegungen beziehen.

Die Arbeiterkammer hat ihren Fokus im Gespräch dort, die Genese der Finanzbildungs-Strategie zu erläutern und erwähnt dabei mehrmals auch den Finanzbildungs-Führerschein im Bundesland Wien, der ein länderspezifisches Projekt darstellt, welches nicht von denselben Gremien betreut wird, die im Finanzbildungs-Papier festgeschrieben sind. Hierbei ist anzumerken, dass es auch die Arbeiterkammer Wien ist, die die Vertreter:in für die nationalen Ausschüsse schickt, weshalb in der Person des/der Gesprächspartner:in eine inhaltliche Überschneidung besteht.

Die Arbeiterkammer sieht den Ursprung der europäischen Auseinandersetzung mit dem Thema Finanzbildung als Reaktion auf die Finanzkrise 2008.

Seit 2016 sei das Thema Finanzbildung auf nationaler Ebene vorrangig von der OeNB betrieben worden, den Grund, weshalb das BMF nun mit 2020 hier den Lead übernommen hat, sieht der/die Gesprächspartner:in wie folgt:

„Und man wollte offenbar eine aktivere Rolle spielen als dieser Finanzbildungs Round Table in der OeNB, der praktisch immer nur eine halbjährliche Bestandsaufnahme war, was Bildungseinrichtungen und nichtkommerzielle Stakeholder so tun in diesem Bereich.“

Eine Angabe zu den Gründen, warum angenommen wird, dass es zu einer solchen Verschiebung gekommen ist, erfolgt nicht.

Im Verlaufe des Gesprächs äußert sich aber der/die Vertreter:in als einzige Person unter allen Befragten dahingehend, dass es innerhalb der Gremien zwischen den Institutionen durchaus sehr stark divergierende Ansichten zum Thema Finanzbildung gibt, was darin resultiert, dass es auch zu entsprechenden Auseinandersetzungen kommen würde:

„Es gibt sehr heftige Diskussionen im Einzelfall, das heißt, es entzünden sich immer wieder die Positionen an den unterschiedlichen Ansätzen. Und ich sage mal, Konsumentenschutz, Schuldnerberatung haben einfach andere Ansätze wie jetzt die Wirtschaft oder auch die Banken und die dritte Sphäre, die natürlich auch vertreten ist, das sind einfach Bildungsministerium/Unterrichtsministerium, die dort auch vertreten sind und was bei der ganzen Geschichte natürlich ein bisschen, wie soll ich sagen, irritierend ist bei der Nationalen Finanzbildungsstrategie“.

Die Unterschiedlichkeit der verschiedenen Zugänge der befragten Institutionen zeigt sich auch in den Interviews, wenn es etwa um die Frage nach der Zielgruppe für solche Maßnahmen geht (was an späterer Stelle unter dem zutreffenden Code behandelt wird). Interessant ist hierbei, dass diese Kritik, die in dem gerade thematisierten Abschnitt wahrzunehmen ist, beim BMF, welches den Prozess selber leitet und aufgesetzt hat, deutlich bewusst ist und – ohne eine entsprechende einleitende Frage- von dem/der Interviewpartner:in aktiv angesprochen wurde.

„Ich kann mir schon vorstellen, was andere Stakeholder kritisieren. Da waren sie auch uns anfangs gegenüber sehr offen. (...) Weil die sind mit vielen Teilen der Strategie nicht einverstanden, vom Thema, also inhaltlich. Die haben ein sehr enges Verständnis von Finanzbildung. Also, Sie werden es eh sehen, höchstwahrscheinlich“.

Hier zeigt sich, dass das Finanzministerium sich dahingehend sehr bewusst ist, mit einem offenen Prozess auch sehr unterschiedliche Meinungen zuzulassen. Gleichzeitig wird das aber

nicht unterbunden oder entsprechend gelenkt, sondern als Teil des Beteiligungsprozesses verstanden.

Im Zuge dessen zeigt sich auch recht schnell die Grundhaltung des BMF hinsichtlich der Stakeholder-Einbindung. Es scheint tatsächlich so zu sein, dass das Finanzministerium mit der Veröffentlichung der Finanzbildungsstrategie und der Schaffung der entsprechenden Gremien versucht, möglichst viele verschiedene Perspektiven und Interessen unter einen Hut zu bringen, um ein Grundsatzwerk geschaffen zu haben, in dem sich möglichst alle Stakeholder repräsentiert fühlen. Diese Überlegung lässt sich in der genaueren Betrachtung des Entstehungsprozesses untermauern, den der/die Gesprächspartner:in des BMF aus interner Sicht im Interview erläutert.

Zunächst habe es einen Online-Fragebogen gegeben, mit dem eine Bestandsaufnahme gemacht wurde, welche Maßnahmen zur Finanzbildung es in Österreich bereits gibt und an wen diese gerichtet sind. Außerdem sollte bei den Stakeholdern erfragt werden, welche Erwartungen diese an eine nationale Strategie hätten. Der/die Gesprächspartner:in des Finanzministeriums spricht hier von etwa 84 Rückmeldungen, die dann gemeinsam mit der OECD analysiert worden seien. Im Anschluss darauf habe es Workshop-Sessions gegeben, bei denen die Teilnehmer:innen vorab zwei Sessions aussuchen konnten. Durch die Teilnahme und die Beteiligung entstand schließlich ein erster Mapping Bericht, aus dem heraus dann schließlich (mit verschiedenen Feedback-Schleifen) der Aktionsplan und letztlich das Finanzbildungsstrategie-Papier entstanden sein soll.

Das Finanzministerium beschreibt die Umsetzung der Impulse aus den Workshop-Sessions wie folgt:

„Und das Ziel war dort: Wir haben eben dort schon ziemlich konkret präsentiert: Was sind unsere Ziele, die wir in diesem Bereich vorlegen würden? Was sind Unterziele, die wir dort vorlegen würden? Und was wären konkrete Maßnahmen, die jetzt halt Action Tools heißen, die wir in diesen Bereichen vorlegen würden? Und das haben wir in einem vierstündigen Workshop mit diesen Personen noch einmal wirklich im Detail diskutiert. Und ich muss ehrlich sagen, da sind sehr viele Dinge dann rausgefallen. Vor allem von diesen konkreten Maßnahmen haben wir da einige Dinge noch mal komplett gestrichen oder überarbeitet und haben andere Dinge aufgenommen. Also wir haben da wirklich noch mal eine Schleife gezogen, wo wir wirklich konkrete Inhalte, die wir zu diesem Zeitpunkt eigentlich schon für uns eigentlich gesetzt hatten, haben wir noch mal komplett überarbeitet durch das, was wir von diesen Sessions bekommen haben (...).“

Aus diesen Aussagen lässt sich ableiten, dass das vorrangige Bestreben des Finanzministeriums

in dieser Angelegenheit war, möglichst konsensual mit dem fertigen Papier zu arbeiten zu beginnen bzw. damit an die Öffentlichkeit zu gehen. Das wäre auch insofern als glaubwürdige Motivation zu betrachten, da das fertige Strategiepapier wenig eindeutige Prioritäten setzt dahingehend, was es umzusetzen gilt, oder eine entsprechende Reihung vornimmt (wie die Inhaltsanalyse bereits gezeigt hat).

Im Kontrast dazu haben weder die Interviewpartner:innen der Wirtschaftskammer noch der Österreichischen Nationalbank etwas hinsichtlich etwaiger Konflikte innerhalb des Entstehungsprozesses oder innerhalb der Gremiums-Sitzungen zu berichten.

Im Gespräch mit der Wirtschaftskammer steht hinsichtlich der Stakeholder-Beteiligung die gute Zusammenarbeit stark im Vordergrund. Der/die Gesprächspartner:in betont hier die vielfältigen Möglichkeiten für die Stakeholder zu vorgeschlagenen Entwürfen und Themen Stellung zu beziehen und sich zu Maßnahmen einzubringen.

Die Reibungspunkte würden hier generell eher in den grundsätzlich unterschiedlichen Positionen liegen, was aber unproblematisch sei.

„Es gibt halt immer Unterschiede, also faktisch, das ist eine offene gute Diskussionsrunde. Also wirklich, da sehe ich viel Gutes. Das passt schon und jeder soll auch seine Meinung sagen das sind ja Expert:innen und jeder hat halt seine Meinung. (...) Konflikt, also ja, das würde ich jetzt gar nicht zu sehr... Das sind ja keine neuen Konfliktlinien. Das sind einfach Positionen, zum Beispiel Wirtschaftskammer. Mich könnten Sie zigfach austauschen. (...) Ich find's gut, das gemeinsame Ziel und dass es klar ist, Finanzbildung in Österreich zu stärken und es da zu systematisieren.“

Der/die Sprecher:in bezieht sich dazu auf bereits bekannte antizipatorische Systeme, wie etwa bei klassischen Lohnverhandlungen, wenn etwa Arbeitnehmer:innen und Arbeitgeber:innen gegensätzlich verhandeln, letzten Endes aber auf beiden Seiten das Ziel einer Einigung verfolgen. Im Gespräch mit der/dem Vertreter:in der Wirtschaftskammer wird zudem deutlich, wie wichtig es der Person ist, dass im Rahmen des Interviews deutlich wird, dass es sich hier um eine gute Sache handelt. Bei kritischeren (und trotzdem objektiv formulierten) Fragen empfiehlt diese mehrmals, etwas „nicht aufzubauschen“ oder „nicht allzu sehr aufzudröseln“. Das unterscheidet auch die Wirtschaftskammer von den anderen befragten Institutionen: Der Wert der österreichischen Finanzbildungsstrategie und die Wertigkeit der guten Zusammenarbeit wird wiederholt und ungefragt betont, um zu verhindern, dass in der wissenschaftlichen Auseinandersetzung etwas aus deren Sicht falsch kontextualisiert werden könnte. Es lässt sich daraus der Schluss ziehen, dass die Wirtschaftskammer ein hohes Interesse daran hat, hier Konflikte zu vermeiden und die Zusammenarbeit in der bisher gewohnten Art

und Weise beizubehalten. Weitere, möglicherweise tiefergehende Gründe lassen sich hier allerdings nicht ableiten.

Auch die Österreichische Nationalbank zeigt sich im Gespräch dem Stakeholder-Beteiligungsprozess gegenüber durchaus positiv. Interessant ist hier jener Aspekt, den der/die Sprecher:in der Arbeiterkammer aufgebracht hat: Hier wurde ja bereits betont, dass das Finanzbildungsthema eigentlich in der Hand der Nationalbank gewesen war, ehe es vom Finanzministerium im Lead übernommen wurde. Dabei könnte man annehmen, dass es zu Konflikten kommen könnte. Das scheint nicht der Fall zu sein (wenngleich erwähnt werden muss, dass die OeNB durchaus weiterhin im Finanzbildungsrat als oberstes und entscheidendes Gremium vertreten ist und damit auch eine gewichtige Rolle innehält), denn selbst auf Konflikte angesprochen hat der/die Gesprächspartner:in dazu keine entsprechenden Erfahrungen gemacht, über die er berichten wollte. Im Gegenteil, der/die Interviewpartner:in betont die neue gemeinsame Finanzbildungsstrategie als positiver Wandel für ein wichtiges Thema: *„Das heißt, hier gab es auf Basis einer Einladung der OeNB auch schon vor der nationalen Strategie einen tourlichen Austausch. Aber ich denke, der große Vorteil einer nationalen Strategie ist es, dass dieser Austausch noch einmal eine Spur intensiviert wird, dass es eine formale Basis gibt, um eben die Synergien, die es hoffentlich jeweils hoffentlich (sic!) gibt, sozusagen auch in Zukunft besser zu nutzen. Das heißt, die Österreichische Nationalbank war diesem Bestreben, eine nationale Strategie für Österreich zu generieren, sehr, sehr positiv eingestellt und hat, glaube ich, wirklich auch intensiv daran gearbeitet, sozusagen hier auch die Vorbereitungen zu unterstützen.“*

In diesem Abschnitt wird auch deutlich, dass die OeNB sich als aktiver Partner im Entstehungsprozess der Strategie sieht und positioniert. Aufgrund dieser Betonung wurde im Interview auch explizit nachgefragt, ob der Institution im Vergleich zu anderen ein größerer Einfluss zugestanden wird.

„Ob wir eine größere Rolle haben? Dazu möchte ich mich jetzt nur sehr vorsichtig äußern, weil ich mir nicht sicher bin. Ich war bei einigen Gesprächen schon dabei. Das waren gemeinsame Calls mit dem BMF und der OECD. Wo wir zum Beispiel zum Thema Evaluierung der nationalen Strategie und Messung des Finanzwissens der Bevölkerung und des Financial Wellbeings der Bevölkerung unsere Positionen darstellen konnten. Und die wurden dann in den Bericht auch aus meiner Sicht nahezu identisch sozusagen eingewoben.“

So sehr diese Wortmeldung darauf schließen lässt, dass auch die Nationalbank hier auf Diplomatie bedacht ist, um nicht den Eindruck einer bevorzugten Behandlung aufkommen zu lassen, zeigt sie gleichzeitig auch auf, dass das Know-How eben jener Institution, die vor dem

BMF hier federführend tätig gewesen sein dürfte, nach wie vor gut eingebunden ist. Als Zwischenfazit für den Bereich der Stakeholder-Einbindung lässt sich also feststellen, dass der allgemeine Tenor der Stakeholder ein positiver ist. Konfliktlinien ergeben sich vorrangig aus inhaltlich unterschiedlichen Grundhaltungen hinsichtlich der Finanzbildung an sich, jedoch nicht bezüglich des Prozesses per se. Vielmehr scheint in allen Gesprächen durch (erkennbar an Körperhaltung und Tonalität), dass es den Befragten ein Anliegen ist, festzuhalten, dass trotz möglicher unterschiedlicher Ansätze die Zusammenarbeit und die gemeinsame Erarbeitung eines Ziels im Sinne der Sache vorrangig sei.

Es zeigen sich auch keine Unterschiede dahingehend, ob die Befragten nur im Steuerungsausschuss vertreten sind oder auch im Finanzbildungsrat. Daher lässt sich ableiten, dass die Einbindung der Stakeholder, zumindest aus der Sicht der Beteiligten, eine erfolgreiche sein dürfte.

Methoden (M)

Die genauere Beleuchtung der verschiedenen Zugänge der Stakeholder in Bezug auf die Methoden, mit denen Finanzbildung umgesetzt werden sollte, ist insofern von besonders großer Bedeutung, als dass in der bereits erfolgten Inhaltsanalyse der Finanzbildungsstrategie hier wenig Konkretes ausgehoben werden konnte.

So ist es umso erstaunlicher, dass im gesamten Interview mit dem Bundesministerium für Finanzen keine Abschnitte codiert werden konnten, die konkrete methodische Ideen zum Inhalt hatten. Wenngleich der/die Interviewpartner:in sich hinsichtlich der Methoden zur Stakeholder-Einbindung sehr ausführlich geäußert hat, entsteht der Eindruck, dass das BMF hier keine besonderen Präferenzen hegt, auf welchem Weg das Level an Finanzbildung in Österreich erhöht werden sollte. Das würde auch erklären, warum im fertig veröffentlichten Papier (das schließlich vom Ministerium mitveröffentlicht wurde) auch so wenig konkrete Vorgaben diesbezüglich gemacht werden. Diese Zugangsinterpretation wird auch durch diesen Interviewabschnitt untermauert:

„(...) Wir haben aus unserer Sicht eine Definition gewählt, die sehr breit ist. Wir haben eine Strategie, die alles abdeckt. Uns war es wichtig, dass wir, wenn wir als allererstes Mal so eine Strategie auf den Tisch legen, dass es wirklich eine breite Strategie ist, die einfach zeigt: Das alles ist Finanzbildung. Wir verstehen, dass für manche Stakeholder Teile davon vielleicht in ihrer Definition eigentlich nichts mit Finanzbildung zu tun haben (...). Aber ich muss ehrlich sagen, wir haben hier im BMF einen sehr ganzheitlichen Ansatz gewählt aus unserer Sicht.“

Auch die Beiträge im Gespräch mit der Österreichischen Nationalbank dazu sind stark begrenzt. Tatsächlich findet sich im Interview nur ein einzelner Abschnitt, bei dem es sich um das

Methodenthema dreht.

„Im Bereich der digitalen Vermittlung wollen wir expandieren. Wir wollen im Bereich der Erwachsenenbildung expandieren, vor allem eben auf diese Multiplikatorinnen, Eltern und Lehrkräfte im ersten Schritt und jetzt eben durch die Gremien der Nationalen Finanzbildungsstrategie, durch die Zusammenarbeit mit dem BMF hat sich die Arbeit in der Gruppe, in der Abteilung sicherlich verändert (...)“

Konkreter wird es auch hier nicht. Die Antwort bezieht sich auf eine Frage, die abklären wollte, ob sich die Positionierung des Hauses gegenüber dem Finanzbildungsthema durch die nationale Strategie verändert habe.

Im Gespräch mit der/dem Interviewpartner:in der Arbeiterkammer zeigt sich, dass die Auseinandersetzung mit dem Methodenthema auch mit einer Grundsatzhaltung zum Sinn und Stellenwert der Finanzbildung an sich im Zusammenhang steht.

„Und wir haben keine sehr aktive Rolle in der Finanzbildung. Wir sind da auch nicht wirklich kompetent, weil wir meinen, dass Finanzbildung immer zu einer didaktischen Herausforderung wird. Ich habe selbst 2005 Finanzbildungsworkshops abgehalten, in der Berufsschule. Habe damals ein Finanzquiz entwickelt, den (sic!) ich mit den Schülern durchgegangen bin etc.. Ich habe damals – und das ist meine persönliche Zwischenbemerkung- bemerkt, wie schwierig didaktisches Herangehen ist. Und deswegen meinen wir auch, dass Finanzbildung ganz stark in die Hände der Didaktik-Expertinnen gehört und vor allem in die Schulen gehört.“

Was der/die Sprecher:in hierbei unterschwellig kritisiert, ist Finanzbildung im Auftrag kommerzieller Dienstleister, etwa von Banken, die damit einen Gewinn erzielen könnten, indem sie die Kundschaft an Produkte heranführt, die an sich eher der Bank nutzen als den Endkonsumierenden.

„Also wir werden im Rahmen des Forums von den Stakeholdern gehört und wir können dann letztendlich Entscheidungen, die getroffen werden mitbeeinflussen oder mitbestimmen, wobei wir- und das ist eben so der Vorbehalt, den ich bereits erwähnt habe: Ich habe da immer ein bisschen Bauchweh (...) weil natürlich Finanzbildung als Begrifflichkeit und als didaktisches Konzept viel weiter geht als das, was die Wirtschaftsseite immer wieder strapaziert an Argumenten. Nämlich den Leuten muss man sagen, dass Sparbücher Enteignung sind, man muss ja Aktien kaufen, weil die bringen eine Dividende, die, die über die Inflation hinausgeht. Und das ist sozusagen für uns schon ein Missbrauch vom Finanzbildungskonzept. Weil Finanzbildung ist schon etwas breiter, ist nicht unbedingt zweckgebunden, genauso wie Bildung auch einen Selbstzweck hat.“

Dieser Abschnitt ist insofern bemerkenswert, da er die Hauptkritiklinie der Arbeiterkammer

gegenüber der Nationalen Finanzbildungsstrategie gut herausarbeitet. Die Kritik ist keine grundsätzliche, etwa gegenüber den teilnehmenden Institutionen, den Prozessen gegenüber oder gegen das Leitungsteam: Vielmehr wird hier ein inhaltlicher Interessenskonflikt verortet. Die Kritik lässt sich wie folgt herunterbrechen: Wenn am Tisch der Finanzbildungsgremien grundsätzlich alle Stakeholder teilnehmen können, unabhängig davon, ob sie eigene oder öffentliche Interessen verfolgen, besteht die Möglichkeit, dass privatwirtschaftliche Positionierungen ebenfalls Einfluss in das Papier finden und das öffentliche Interesse überschatten.

Die Wirtschaftskammer zeigt sich im Gespräch dahingehend wesentlich aufgeschlossener und sieht es etwa kritisch, Vertreter:innen von Banken komplett für Finanzbildungsmaßnahmen an Schulen auszuschließen.

„Banken machen laufend Finanzbildung, was schwieriger geworden ist mit der Schulspaarverordnung. Also da gibt es eine Schulverordnung, dass Banken jetzt nicht mehr in die Schulen gehen dürfen, hat auch einen ideologischen Hintergrund und ja. Ich glaube, da könnte man ruhig ein bisschen mehr erlauben. Mit gewissen Schranken natürlich. (...) Aber ein Banker, der Kredite vergibt, der kann halt über Kredite auch was erzählen, Hands on.“

Bei dieser Argumentationslinie steht vor allem der praktische Aspekt im Vordergrund: Anstatt Finanzbildung über Lehrkräfte zu vermitteln, könnten über den direkten Zugang zu Personen, die in diesem Bereich arbeiten, die Informationen direkter vermittelt werden. Wenngleich auch in diesem Gespräch der wirtschaftliche Aspekt von kommerziellen Finanzdienstleistungsprogrammen thematisiert wird.

„Alle machen auch Maßnahmen. Es kostet ja Geld, aber man macht das, weil man weiß, das hat eine Umwegrentabilität. Oder die Erste-Stiftung mit dem Flip-Financial Life Park. Kostet auch Geld und wird gemacht. Ich glaube, dort ist das Sparkasse-Logo oder das Erste-Bank-Logo oben auf dem ganzen Ding. Das ist natürlich nicht purer Altruismus, aber. Aber ja. Doch für die Gesellschaft.“

Hier zeigt sich der inhaltliche Widerspruch etwa im Vergleich zur Position der Arbeiterkammer. Die Wirtschaftskammer unterstützt Methoden zur Vermittlung von Finanzbildung, die etwa von privatwirtschaftlichen Institutionen durchgeführt werden, was diametral zur Meinung der Arbeiterkammer zu betrachten ist. Es lässt sich bei einer ersten Zwischenanalyse zu den Punkten der Methodik ableiten, dass möglicherweise auch aus diesem Grund das Bundesministerium für Finanzen, das durch seinen Vorsitz in den Gremien und die organisatorische Hauptverantwortung bei der Koordinierung der unterschiedlichen Interessen zu versuchen scheint, möglichst alle Interessensvertreter:innen

an Bord zu halten, vielmehr keine eigene tiefergehende inhaltliche Positionierung einnimmt und in der Nationalen Finanzbildungsstrategie einfach eine Vielzahl an unterschiedlichen Zugängen zu dem Thema wiedergibt, als dass es eine Reihung vornimmt. Als Zwischenfazit für die codierten Abschnitte zu Methoden der Finanzbildung lässt sich also feststellen, dass zwar nicht alle Gesprächspartner:innen dazu eine klare Positionierung einnehmen (bzw. im Gespräch über Finanzbildung dort ihren Schwerpunkt sehen), aber anhand der geäußerten Themenfelder deutlicher wird, inwieweit sich zwischen den verschiedenen Stakeholdern Konfliktlinien ergeben. Da sich durch die vier verschiedenen Einzelgespräche keine direkten Auseinandersetzungen und Konfrontationen zwischen den Vertreter:innen der Institutionen ergeben können, ist dieser Umstand umso wertvoller, um hier als Fazit der Analyse ein Gefühl dafür zu bekommen, inwiefern die kritische Auseinandersetzung vorrangig inhaltlicher Natur ist, oder ob es sich um grundsatzpolitische Differenzen handelt. Wenngleich hier im „Methoden“-Teil klar ersteres der Fall ist, darf auch nicht übersehen werden, dass diese inhaltlichen Differenzen durchaus auch mit der ideologischen Grundhaltung (die dann gemeinhin auch zu einer politischen Orientierung genutzt werden könnten) resoniert. Ganz einfach gesagt: Wenn die Aufgabe der Arbeiterkammer ist, die Interessen der Arbeitnehmenden zu vertreten, und wenn es die Aufgabe der Wirtschaftskammer ist, die Interessen der Wirtschaftstreibenden zu vertreten, stehen unterschiedliche Dinge im Fokus der gewünschten Methodiken und Maßnahmen, wenn es um den Umgang mit Geld und Finanzbildung ganz allgemein geht. Dieses Verhältnis näher zu beleuchten wäre aber Aufgabenfeld einer wissenschaftlichen Arbeit mit anderer Fragestellung, weshalb dies hier in diesem Rahmen nicht weiter beleuchtet wird (allerdings sollte diese Ebene in der Auseinandersetzung mit dem vorliegenden Gesprächsmaterial unbedingt mitgedacht werden, um ein möglichst vollumfängliches Bild darzustellen). Es bleibt für diesen Zwischenabschnitt noch die abschließende Bemerkung offen, dass selbst nach ausführlicher Analyse der veröffentlichten Finanzbildungsstrategie als auch nach Gespräch mit vier verschiedenen Institutionen nicht deutlich wird, welche „Methoden“ in Österreich für die Finanzbildung der Bevölkerung herangezogen werden oder herangezogen werden sollten. Es findet sich hier also eine inhaltliche Lücke, die durch das „Nichtvorhandensein“ von inhaltlichem Material schnell bei einem Analyseprozess übersehen werden könnte. Umso wichtiger ist es deshalb an dieser Stelle festzuhalten, dass diese Lücke existiert und auch entsprechende Rückschlüsse über die Debatten innerhalb der Finanzbildungs-Gremien dazu (weniger über das praktische „Wie“ als das inhaltliche „Wie“) gezogen werden können.

Ziele (Z)

In den unter dem Code „Ziele“ zusammengefassten Abschnitten zeigt sich ein recht ausgewogenes Verhältnis zwischen den vier Interviewpartner:innen, wenn es um den Umfang des Gesagten geht. Inhaltlich zeigen sich hier erwartungsgemäß wieder durchaus unterschiedliche Zugänge.

Gerade die Äußerungen des/der Vertreter:in des Bundesministeriums für Finanzen ist dahingehend aufschlussreich, als sich Fragen, die im inhaltsanalytischen Teil dieser Arbeit noch offen geblieben sind, damit beantworten lassen.

So etwa der Punkt, dass einerseits das Thema Finanzbildung im Regierungsprogramm der österreichischen Bundesregierung unter der Überschrift „Kapitalmarkt“ geführt wird, aber andererseits dieser klare Fokus in der veröffentlichten nationalen Strategie nicht zu finden ist. *„Stimmt, es steht beim Regierungsprogramm, sage ich mal unter dem Reiter eher in Richtung Kapitalmarkt. Aber wenn man sich aus unserer Sicht durchliest, was dann dort genau steht, steht dort schon, Finanzbildung für jung bis alt. Es werden auch in der Schule Themen angesprochen, im Finanzbildungsbereich, die durchgeführt werden sollen, mit dieser Strategie. Und das war für uns, sage ich mal, auf der einen Seite auch, dass wir gesagt haben, wir müssen da breiter hineingehen. Und zweitens ist unsere Position: Das Finanzwissen, was man für den Kapitalmarkt braucht, ist so ein bisschen, sage ich mal, die oberste Stufe, oder das Highest-Level an Finanzbildung, was man erreichen sollte. Das heißt aber ich kann jetzt nicht starten in Österreich, dass ich sage, ich mache jetzt eine Finanzbildungsstrategie nur auf den Kapitalmarkt gerichtet. Das hätten wir machen können, wenn wir davor schon viele Jahre eine allgemeinere Strategie gefahren wären.“*

Aus dieser Aussage lässt sich ableiten, dass das österreichische Regierungsprogramm sozusagen zwar als Anstoß für die Beschäftigung mit dem Thema bewertet werden kann, allerdings durchaus eine inhaltliche Weiterentwicklung im Ministerium selbst erfolgt ist. Deshalb ist auch die Zielsetzung des Finanzministeriums so zu verstehen, dass mit einer Nationalen Finanzbildungsstrategie alle Bevölkerungsgruppen erreicht werden sollen. *„Das heißt, uns war es wichtig, dass wir auch genau diesen Bürgern, die sage ich mal, mit weniger leben müssen, dass die auch Instrumente und Rüstzeug bekommen durch Finanzbildung, dass sie vielleicht ihr Leben besser meistern können, dass sie besser wissen: Was sind meine Einnahmen und Ausgaben? Was bedeuten Schulden? Wie kann ich das vermeiden? Also wirklich, diese komplette Basis, die sag ich mal für uns, die lange genug in die Schule gegangen sind, die studiert haben, vielleicht eher näher bei uns sind, aber für jemanden, der nicht wirklich einen Abschluss hat, vielleicht oder einfach generell in prekären*

Situationen ist, sind das oft Dinge, die fehlen. Aber man muss auch sagen, der Umgang mit Geld ist auch bei Leuten, die gute Bildung haben, leider nicht immer vorhanden. Auch die bräuchten oft mehr von der Basis-Finanzbildung, weil die werden oft gleich irgendwo einsteigen beim Kapitalmarkt und sich nicht auskennen.“

Diese Aussage ist insofern interessant, weil hier auch der Aspekt eines Zusammenhangs zwischen sozialen Status und bereits vorhandener Finanzbildung angedeutet wird, wobei aber die BMF-Position dahin geht, dass alle österreichischen Bürgerinnen und Bürger an ihrem jeweiligen Bildungs-Status-Quo abgeholt werden und weitergebracht werden sollen. Die Österreichische Nationalbank sieht in der Bildung des Einzelnen einen Beitrag zum allgemeinen finanziellen Wohlbefinden einer Gesellschaft.

„Also wir versuchen die Finanzbildung der Bevölkerung zu heben, weil wir davon überzeugt sind, dass wir, wenn wir Menschen ermächtigen, Entscheidungen auf einer soliden Grundlage auch in Abstimmung mit ihren individuellen Präferenzen zu treffen, dass wir damit das finanzielle Wohlbefinden der Bevölkerung erhöhen können. Das heißt, das Finanzwissen ist nicht ein Selbstzweck sozusagen, sondern wir wollen das finanzielle Wohlbefinden der Bevölkerung damit unterstützen, sind aber gleichzeitig davon überzeugt, dass das auch einen Beitrag zur Stabilität des Finanzmarktes in Österreich leisten kann. Das heißt, wenn Menschen bewusst sich für die Aufnahme von Krediten entscheiden und sich auf Basis ihrer Einnahmen-Ausgaben-Relation vielleicht in Zukunft weniger verschulden, wenn sie bewusste Investitionsentscheidungen treffen, wenn sie durch einen sorgsamen Umgang mit Informationen zu ihrem Geld, wenn sie auch weniger Fraud und Scams quasi zum Opfer fallen, sind wir davon überzeugt, dass es der Finanzmarktstabilität in Österreich zuträglich ist.“

Dieser Zugang ist insofern interessant, als dass die Nationalbank hier den stabilisierenden Aspekt für eine funktionierende Gesellschaft aufbringt, wenn Finanzbildung einer breiten Bevölkerungsgruppe zugänglich ist. Gleichzeitig verspricht sie sich aber auch, dass ihre eigene Arbeit damit erleichtert wird:

„Ein zweiter wichtiger Aspekt ist aus unserer Sicht, dass wenn wir finanzielle Bildung nicht nur als Umgang mit Geld begreifen, sondern darüber hinaus auch ein grundsätzliches Verständnis über wirtschaftliche Zusammenhänge, natürlich in dem (...) finanziellen Kontext. Dann würde eine höhere finanzielle Allgemeinbildung in der Bevölkerung uns auch helfen, unsere geldpolitischen Instrumente effektiver einzusetzen. Das heißt, wenn wir zum Beispiel den Zinskanal oder überhaupt die Tätigkeiten der Nationalbank, wenn zum Beispiel gewisse Zinsentscheidungen getroffen werden, welche Ziele die Nationalbank damit versucht zu erreichen. Wenn wir das in der Bevölkerung intensiver verankern können, glauben wir, dass

wir auch quasi die geldpolitischen Ziele effektiver und schneller erreichen können.“ Dieser Teilaspekt der geldpolitischen Lenkungsziele ist insofern spannend, als dass dieser bislang in keinem Bereich der bereits analysierten Textbausteine oder Interviewteile erwähnenswert gewesen wäre. Somit kommt an dieser Stelle bei der Betrachtung der Ziele der Finanzbildungsstrategie nun noch ein neuer Grundgedanke hinzu. Nach den bisherigen Aktivitäten der Nationalbank im Bereich der Finanzbildung gefragt, zeigt sich, dass für die Nationalbank auch die Aufklärung der Bevölkerung über den Euro als Währung an sich stark im Fokus steht. Aufgrund der in dieser Arbeit gewählten Definition von Finanzbildung fällt allerdings diese Art der Währungsbildung nicht in den untersuchten Bereich. Die Arbeiterkammer artikuliert weniger ein konkretes Ziel, sondern äußert sich gezielt zu einem Nicht-Ziel: Sie sieht es als notwendige nationale bzw. europäische Aufgabe, die Komplexität von Finanzprodukten zu minimieren.

„Also Finanzbildung ist kein Allheilmittel für den ganzen Unsinn, den es auch gibt in der Finanzdienstleistungsindustrie. Überspitzt formuliert: Man kann nicht die Menschen ausbilden zu Finanzexperten, nur damit sie jedes toxische Produkt erkennen können, das an sie herangetragen wird. Also da müssen andere Mechanismen greifen. Es sollten schädliche Finanzprodukte erst gar nicht auf den Markt kommen, sprich da gehören Aufsichtsregeln her und Beaufsichtigung etc.“

Der Fokus liegt hier also darauf, die Verantwortung für „ungerechte“ Finanzprodukte nicht auf die Konsumierenden abzuwälzen, sondern diese durch eine strengere Regulierung z.B. der Banken und Finanzdienstleister zu entschärfen.

Gleichzeitig zeigt sich auch bei der Debatte um die Zielsetzung der Finanzbildungsstrategie der größte kritische Punkt, den die Arbeiterkammer in dem Gespräch eingebracht hat: *„Ob die nationale Strategie jetzt wirklich so zielführend ist, wie in Aussicht gestellt, bleibt wirklich abzuwarten. Weil- und das ist ein Kritikpunkt von meiner Seite: In diesen ganzen Jahresplänen, die da vorgestellt wurden, werden Ziele mit einzelnen Maßnahmen zum Teil sehr vermischt. Und die Fachdidaktiker, wenn sie da drauf schauen, was das Finanzministerium da tut, beanstanden immer wieder oder haben höchste Zweifel an der Didaktik der Inhalte. Also. Es ist vielleicht noch etwas zu früh, dazu etwas zu sagen, aber ich würde es so positiv und konstruktiv formulieren: Es ist gut, dass über Finanzbildung gesprochen wird, dass sehr viel diskutiert wird, dass da leider halt auch viele Ideologien aufeinanderprallen und dass man abwarten muss, was da genau rauskommt.“*

Diese Kritik ist zum Teil sachorientiert, zum Teil entsteht der Eindruck, dass hier tieferliegende Differenzen zwischen der Arbeiterkammer und dem Finanzministerium zum Ausdruck

kommen: Einerseits ist der Kritikpunkt der Vermischung von Zielen und Maßnahmen insofern berechtigt, da dies auch eines der Ergebnisse der Inhaltsanalyse in dieser Arbeit darstellt. Andererseits ist der wage Vorwurf, man müsse er sehen, ob die Strategie wirklich sinnvoll ist, inhaltlich redundant, wenn der/die Gesprächspartner:in an anderer Stelle (siehe Stakeholder-Einbindung) nicht in Frage stellt, gut in die Entwicklungen eingebunden zu sein (und damit wäre abzuleiten, dass alle Institutionen zum guten oder schlechten Gelingen der Umsetzung der Strategie beitragen könnten). Da hier widersprüchliche Aussagen einer Person das Kernargument wären, wird dieses im Sinne der Objektivität dieser Masterarbeit hiermit auch entsprechend gekennzeichnet. Im Umkehrschluss bedeutet das aber auch, die harmonische Zusammenarbeit zwischen den Stakeholdern insgesamt in Frage zu stellen: Da hier aber auch die Bewertungen der anderen Gesprächspartner:innen ein recht eindeutiges Bild geben, bleibt das Analysefazit im Abschnitt Stakeholder-Einbindung (ST) bestehen.

Die Wirtschaftskammer sieht als Ziel der Finanzbildungsstrategie vor allem ein grundsätzliches Umdenken der Österreicher:innen in Bezug auf den Umgang mit Geld und dem Kapitalmarkt. *„Amerika ist Unternehmertum und Europa ist sozial. Und man glaubt immer: entweder/oder. Aber man könnte auch beides machen. Das ist so eigentlich ein Irrglaube. Warum können wir nicht unser Sozialsystem so hochhalten, wie es ist? Und gleichzeitig mehr Unternehmertum? Das Scheitern-Dürfen. (...) Dass sich die Leute auch trauen, Unternehmer zu sein. (...) Wir sind super unterwegs Österreich als Volkswirtschaft. Aber einfach mehr trauen und vielleicht mehr Mut und Selbstbewusstsein vermitteln bei dem Ding, dass das Inhaltliche wichtig ist, dass man es eben nicht ideologisch verblendet.“*

Neben dieser allgemeinen Zielsetzung wird an mehreren Stellen des Gesprächs auch der Fokus auf das Ziel gelenkt, mehr Sicherheit für die Bürger:innen zu schaffen, um nicht auf unseriöse Finanzangebote hereinzufallen bzw. das Geld vor Dieben zu schützen. Als Zwischenfazit für die codierten Abschnitte zu Zielen der Finanzbildung lässt sich also feststellen, dass hier eine große Pluralität an Zugängen zum Zweck der Maßnahmen vorliegt. Darin zeigt sich auch die tatsächliche Herausforderung bei der Erstellung von funktionierenden Gremien, die Finanzbildungsmaßnahmen incentivieren sollen, die sich einigermaßen innerhalb der strategischen Rahmenbedingungen bewegen sollten: Wenn bereits in Einzelgesprächen so deutlich wird, wie unterschiedlich die Sicht auf die Materie an sich ist, ist es damit auch notwendig, all diese unterschiedlichen Perspektiven in einem Strategiepapier unterzubringen, ohne dass diese sich widersprechen.

Zielgruppen der Maßnahme (ZGR)

In den unter dem Code „Zielgruppen der Maßnahme“ zusammengefassten Abschnitten finden sich wieder keine entsprechenden Aussagen aus dem Gespräch mit dem Bundesministerium für Finanzen. Auch die anderen Gesprächspartner:innen haben sich hier wie bereits im Abschnitt der „Methoden“ recht kompakt ausgedrückt.

Die Österreichische Nationalbank sieht hier vor allem zwei verschiedene Zielgruppen im Fokus, die sie mit ihrer Arbeit ansprechen will.

Einerseits sind das Lehrer:innen, damit diese die Inhalte gut an die Schüler:innen weiter vermitteln können, andererseits auch direkt die Schüler:innen selbst.

„Also zum jetzigen Zeitpunkt ist unsere Stärke sicher der direkte Kontakt mit Schülerinnen und Schülern von der Volksschule bis Sekundarstufe eins und zwei, zum Teil auch in die Universitäten hinein, in der in Seminaren für wirtschaftspädagogische Studienrichtungen, aber auch für die Lehramtsausbildung im Fach „Geografie und Wirtschaftsbildung“ und aber auch die Lehrkräfte von diesen Schülerinnen und Schülern. (...) Wir glauben, dass wir gerade bei den Lehrkräften in Zukunft noch einen größeren Beitrag leisten können. Sie wissen wahrscheinlich, es sind aktuell gerade neue Lehrpläne in Begutachtung, das heißt „Geografie und Wirtschaftsbildung“ bekommt einen Lehrplan.“

Andererseits sollen auch generell Erwachsene angesprochen werden.

„Und wir wollen uns in Zukunft aber auch im Rahmen eines digitalen Angebots auch für Erwachsene generell ein wenig öffnen. Das heißt, von dieser Zielgruppe Kinder, Jugendliche und ihren Lehrkräften wollen wir im ersten Schritt auch die Eltern dieser Schüler und Jugendlichen erreichen und dann darüber hinaus auch andere Erwachsene mit unseren Inhalten erreichen.“

Hier zeigt sich eine klare Überschneidung mit den Aussagen der Arbeiterkammer, die sich ebenfalls stark auf die Bildung von Kindern und Jugendlichen fokussiert, ihre allgemeine Vertretungsaufgabe aber insgesamt auf die arbeitende Bevölkerung bezieht.

„Und wir sagen, die Finanzbildung gehört am besten in die Schulen, weil Finanzbildung, das sagen alle Experten, ist auch eine- oder man muss es so formulieren: Schlechter Umgang mit Geld ist oft biografisch bedingt. Mit anderen Worten: Gehen die Eltern jemandes mit Finanzen schlecht um, dann ist es leider ziemlich wahrscheinlich, dass die Kinder auch keinen guten Umgang mit Geld haben. Auf diesen Umstand weisen immer die Schuldnerberater:innen hin, dass Finanzbildung oder mangelhafte Finanzbildung, mangelhafter Umgang mit Geld leider oft weitergegeben wird. Und Finanzbildung in Schulen ist deswegen so wichtig, weil man damit auch ein Muster durchbrechen kann. Und weil Schüler, Schülerinnen, die ein bisschen quick

sind und wiff, als Multiplikatoren fungieren können. Auch innerhalb der Familie, wo Finanzbildung vielleicht überhaupt keinen Stellenwert hat.“

Hier wird auch ein spannender weiterer Wirkungseffekt zum ersten Mal thematisiert: Kinder und Jugendliche könnten auch durch ihre eigene Ausbildung den Finanzbildungsgrad innerhalb der eigenen Familie verbessern, so dass etwa Erwachsene, im Speziellen die Eltern dieser Kinder und Jugendlichen, nicht direkt von einer Maßnahme angesprochen werden müssten. Spannenderweise betont hier der/die Gesprächspartner:in die Notwendigkeit, auf Kapitalmarktthemen vorbereitet zu sein (auch wenn der Fokus auf Kapitalmarktthemen kaum in den anderen Abschnitten des Gesprächs erkennbar ist).

„Und ich möchte Ihre Frage so beantworten, dass wir immer wieder auf die Wichtigkeit von Basiskompetenzen hinweisen und dass es weniger wichtig ist, dass Menschen und vor allem Schülerinnen die Funktionsweisen des Kapitalmarktes verstehen. Das ist schon auch wichtig, aber das ist dann schon ein Advanced Level.“

Hier ist es insofern wichtig, Zielgruppen und Ziele nicht zu vermischen, allerdings ist der explizite Bezug auf die Schüler:innen hier ausschlaggebend für die Codierung, wenngleich dieser Abschnitt eigentlich auf beide Themenfelder einzahlt.

Im Gespräch mit dem/der Vertreter:in der Wirtschaftskammer wird in Bezug auf die Zielgruppen von Maßnahmen vor allem auf die Banken-Projekte referenziert.

„Aber Kundinnen und Kunden sind quasi eh alle. Unterschiedliche Lebensphasen: Es geht von Verstehen, dass wenn ich Geld am Konto liegen haben. Inflation gibt's. Oder überhaupt der Sparstrumpf zu Hause: Oh Gott. 100% vom Vermögen sollte man halt auch nicht auf das Sparbuch legen. Also wenn Sie jetzt zur Bank gehen, da kriegen Sie ungefähr 200 Seiten Informationsblätter, alles gesetzlich vorgeschrieben. ICH kenne mich damit nicht aus und ich hab damit zu tun und war auf der WU. Das schaue ich mir nicht an. Das versteh ich nicht. Ich denk mir, da fühlt man sich auch- das ist auch bewiesen- überfordert von der Informationsflut und dass man sich eben nicht mehr so überfordert fühlt, um dass man Kleiner gegen Großen, dass also die Bank nicht der Große ist, der mich jetzt irgendwo übervorteilen möchte (...), sondern dass wenn ich zu einem Kreditgespräch gehe, dass ich schon gewisse Basisdinge verstehe.“

Hier wird nun auch von Seiten der Wirtschaftskammer indirekt angesprochen, wie dringend Finanzbildung für alle Bevölkerungsgruppen notwendig ist, auch für vermeintlich gut ausgebildete Menschen. Gleichzeitig liegt in den Aussagen auch eine Kritik an der Art und Weise inne, wie Banken Informationen an ihre Kund:innen weitergeben müssen. Interessanterweise überschneidet sich diese Betrachtung auch mit der Grundhaltung der

Arbeiterkammer, wenn gleich auch die Begründung dafür anders fundiert wird. Als Zwischenfazit für diesen Abschnitt „Zielgruppen der Maßnahmen“ lässt sich sagen, dass hier vergleichsweise wenig Material von Seiten der Gesprächspartner:innen geliefert wurde. Das kann selbstverständlich auch an der Gestaltung der Interviewfragen liegen. Allerdings zeigt sich deutlich, dass hier auch keine größeren Widersprüche zwischen den Aussagen der einzelnen Interviews bestehen. Es bleibt aber gerade auch im Vergleich mit dem Ergebnis der Inhaltsanalyse insofern spannend, da in der veröffentlichten österreichischen Finanzbildungsstrategie eine schier unübersichtliche Pluralität an möglichen Zielgruppen aufzufinden war. Das dies nun in den Gesprächen mit den einzelnen Interessensvertreter:innen gar kein so großes Thema zu sein scheint, wirft die Frage auf, worauf sich diese zahlreichen aufgelisteten Zielgruppen begründen. Hier scheinen mehrere Begründungen möglich: Einerseits könnten hier seitens der OECD/INFE Vorgaben bestehen, die eingearbeitet werden sollten. Andererseits könnte es auch einzelne Stakeholder geben, die hier entsprechende Wünsche platziert haben könnten, aber nicht Teil der Befragungen dieser Arbeit waren.

Kritisch anzumerken ist hierbei, dass im Sinne einer ordentlichen Analyse teilweise die Grenzen zwischen dem Gesagtem zum Thema Zielgruppen und zum Thema Ziele verschwimmen, was bei der inhaltsanalytischen Auseinandersetzung mit der österreichischen Finanzbildungsstrategie leichter zu trennen war (wenngleich es auch hier Überschneidungen gibt).

Insgesamt zeigt sich bei allen Institutionen, die sich zu dem Thema geäußert haben, ein eher oberflächlicher Fokus darauf, wer denn erreicht werden soll bzw. wird dieses Bildungsthema vorrangig im Zuständigkeitsbereich des Schulsystems verortet, alternativ werden noch bereits bestehende Kampagnen thematisiert. Indirekt ist dieser Fokus auf junge Menschen seit Entstehung der Finanzbildungsgremien auch von Seiten des BMF mitgetragen worden. So ist in der Zwischenzeit auch das Jugend-Staatssekretariat, welches dem Bundeskanzleramt organisatorisch zugeordnet wird, ein Mitglied des Finanzbildungsrates. Diese Entscheidung wurde per Umlaufbeschluss gefällt, wie aus dem Gespräch mit dem Finanzministerium hervorgegangen ist.

Nach der nun durchgeführten Inhaltsanalyse und Diskursanalyse der Expert:inneninterviews lassen sich einige Rückschlüsse ziehen, wie sich die Arbeit rund um die Erstellung der österreichischen Finanzbildungsstrategie gestaltet hat bzw. wie diese nun innerhalb der Gremien fortgesetzt wird.

Grundsätzlich lässt sich sagen, dass bei der Zusammensetzung der Gremien und bei der Beteiligung der Stakeholder ein sehr offener Zugang gewählt worden zu sein scheint. So

berichten alle befragten Interviewpartner:innen über die Prozesse rund um die Entstehung der Strategie und ihre Einbindung viel Positives. Die Konfliktlinien und hitzigen Debatten, zu denen es laut mancher Beobachter:innen kommen soll, sind hierbei vorrangig inhaltlich begründet. In der Art und Weise scheint es aber keine Ressentiments zu geben, Kritik auch tatsächlich innerhalb der Gremien anzubringen. Die Gesprächspartner:innen zeigten sich durchweg bemüht, möglichst optimistisch über die Vorgänge rund um die Finanzbildungsstrategie zu berichten (teilweise ging es sogar so weit, dass sie sich selbst korrigierten, um zu verhindern, dass das Fazit in dieser Arbeit ein negatives sein könnte). Alle befragten Personen betonten die Wichtigkeit einer gemeinsamen Finanzbildungsstrategie, wengleich die Art und Weise, wie aus deren Sicht Finanzbildung betrachtet werden muss, sich doch zum Teil ganz wesentlich unterscheidet.

Die Fragen zum Entstehungsprozess, die nach der Inhaltsanalyse noch offengeblieben waren, lassen sich vor allem durch die Berichte des Bundesministerium für Finanzen nun einigermaßen gut beantworten, was die Bewertung der Zusammensetzung aufgrund dieser Transparenz nun deutlich erleichtert. So ist es bis dahin nicht klar gewesen, welche Institutionen warum befragt wurden, sich am Stakeholder-Prozess zu beteiligen. Nun ist es aber so, dass wir wissen, dass sehr breit eingeladen wurde, was auch durch die Interviewpartner:innen bestätigt werden konnte, die an den Round-Table-Gesprächen teilgenommen haben. Es wird außerdem immer wieder davon berichtet, dass es für die Stakeholder die Möglichkeit gab, in der Vorbereitung der Finanzbildungsstrategie ihre eigenen Impulse und Schwerpunkte miteinfließen zu lassen und den ersten Entwurf, den das BMF an die Stakeholder ausgeschickt hat, zu kommentieren und zu überarbeiten. Keiner der befragten Gesprächspartner:innen hat daran Kritik geübt oder sich dahingehend kritisch geäußert, dass seine oder ihre Ideen keinen Platz im publizierten Papier gefunden hätten.

Somit lässt sich ableiten, dass zwar aus der Sicht der Stakeholder-Einbindung in der finalen Strategie möglichst viele Impulse miteingebaut wurden. Allerdings resultiert aus dieser Meinungsvielfalt, die ohne bzw. mit kaum vorhandener Priorisierung übernommen wurde, auch eine gewisse Unübersichtlichkeit, die bereits im Fazit der Inhaltsanalyse festgehalten werden konnte.

Es bleibt bei dieser Beobachtung: Dass es sich bei dem Papier um einen echten Fahrplan, mit klar gesetzten Zwischenzielen und einer konkreten Herangehensweise handelt, ist nicht der Fall.

Die weitere offene Frage, ob es denn Konsequenzen gibt, wenn eine teilnehmende Institution sich nicht an die Vorgaben der Finanzbildungsstrategie hält, lässt sich nicht klären. Es scheint

aber so, dass die grundsätzliche Idee der Strategie ist, möglichst all jene Institutionen und Stakeholder, die ohnehin schon in diesem Bereich aktiv sind, zusammen zu holen, unabhängig davon, welche Methoden, Zielgruppen oder Zielsetzungen die von diesen gesetzten Maßnahmen beinhalten. Insgesamt scheinen hierbei keine Lenkungseffekte gewünscht, da sie von keinen der befragten Personen aktiv angesprochen wurden. Zielsetzung von Seiten des Finanzministeriums ist es vielmehr, durch freiwilliges Engagement und durch öffentliche Stimulanz die Lücken zu schließen, die derzeit im österreichischen „Finanzbildungsnetz“ noch vorhanden sind.

Inhaltliche Konfliktlinien zwischen den Stakeholdern dürften sich vorrangig an der Trennachse dessen ergeben, was die beteiligten Institutionen als „richtige“ Finanzbildung empfinden, wobei sich diese Bewertung oftmals an der grundsätzlichen Bewertung unseres Wirtschafts- und Finanzsystems orientiert. So steht die zentrale Frage im Raum, ob man etwa kommerziellen Banken soweit trauen kann, dass sie Finanzbildungsmaßnahmen an der Bevölkerung durchführen können, ohne Gefahr zu laufen, dass dies nur aus Gründen des eigenen Profitinteresses erfolgt.

Letztendlich sind kommerzielle Banken in den Gremien der Finanzbildungsstrategie vertreten, so dass diese Frage von den organisierenden Institutionen vorweggenommen wurde. Im Endeffekt scheint es im Interesse der Öffentlichkeit zu sein, möglichst akkordiert in Sachen „Finanzbildung“ vorzugehen: Auch wenn das Stakeholder miteinschließt, die sich mit der Thematik aus anderen Gründen als einem allgemeinen öffentlichen Interesse beschäftigen.

Es zeigt sich in der Diskursanalyse auch, dass die verwendeten Begrifflichkeiten der vier Interviewpartner:innen fast deckungsgleich sind. Hier lassen sich keine erheblichen Unterschiede feststellen (was nicht weiter verwunderlich ist, da ebene jene Institutionen bereits mehrere Runden in den diversen Finanzbildungsgremien verbracht haben dürften und deshalb ein ähnliches Vorwissen mitbringen sollten). Daraus lässt sich dennoch ableiten, dass, wenn auch der Begriff der „Finanzbildung“ an sich immer wieder debattiert wird, die grundsätzliche Auseinandersetzung mit Themen (Zugang zum Kapitalmarkt, Schuldenfallen etc.) nicht auf grundlegend unterschiedlichen Wirtschaftskonzepten basiert. Es bleibt als finales Fazit dabei den Eindruck festzuhalten, dass grundsätzlich alle befragten Institutionen die Auseinandersetzung mit der österreichischen Finanzbildungsstrategie als aktuelles und wichtiges Thema unserer Gesellschaft empfinden. Dazu sei noch ergänzend anzumerken, dass die Terminfindung mit allen vier Interviewpartner:innen erstaunlich schnell vonstattenging, so

dass sich auch hier eine gewisse Wichtigkeit des Themas ableiten lässt.

Abschließende Betrachtung und Beantwortung der Forschungsfrage

Im Rahmen dieser Masterarbeit wurde die im Herbst 2021 publizierte Nationale Finanzbildungsstrategie eingehend analysiert. Einerseits wurde das veröffentlichte Papier auf dessen Inhalt geprüft, es wurden aber auch andererseits vier Expert:innengespräche mit Vertreter:innen von vier Institutionen geführt, von denen zwei im Steuerungsausschuss und zwei im Steuerungsausschuss und im Finanzbildungsrat vertreten sind. All das dient dem Zweck folgende Forschungsfrage zu beantworten:

„Inwiefern unterscheiden sich die Methoden und Strategien zur Finanzbildung in Österreich, die in der Nationalen Finanzbildungsstrategie 2021-2026 erläutert werden, von jenen, die von den weiteren Stakeholdern vorgeschlagen werden, und worin unterscheiden sich die unterschiedlichen Positionen im allgemeinen Diskurs?“

Grundsätzlich lässt sich bei der Beantwortung der Forschungsfrage sagen, dass es hier keine größeren Unterscheidungen gibt, an denen sich etwa Differenzen zwischen den Herausgebern der Finanzbildungsstrategie und den teilnehmenden Institutionen festmachen lassen würden. Allerdings liegt das auch daran, dass das Bundesministerium für Finanzen und die OECD bei der Erstellung des Papiers einen Weg gewählt haben, möglichst alle eingebrachten Ideen und Vorschläge auch zum Teil der Strategie zu machen. Da hier nur in geringstem Ausmaß eine Wertung vorgenommen wurde, welche Ziele vorrangig bewertet werden sollen bzw. welche Zielgruppen im Zentrum der Bemühungen rund um die Finanzbildungsstrategie stehen, ist hier ein gestalterischer Zugang ersichtlich, der weniger auf klare Vorgaben fokussiert ist, sondern darauf, möglichst alle Institutionen zusammenzubringen, die in Österreich derzeit an Finanzbildung arbeiten. Auch im allgemeinen Diskurs lassen sich bezüglich der Einbringung der unterschiedlichen Standpunkte in den Entstehungsprozess der Finanzbildungsstrategie keine Konflikte erkennen. Im Gegenteil: Selbst Institutionen, die sich an anderer Stelle kritisch geäußert haben, erkennen an, dass ihre Kritik in die Bearbeitung des Themas aufgenommen wurde und ihnen ausreichend Platz und Raum gegeben wurde und nun in den Gremien gegeben wird, um diese anzubringen.

Spannender ist hierbei der zweite Teil der Forschungsfrage, die sich mit den allgemeinen Positionen im Diskurs und deren Unterscheidungen beschäftigt. Hierbei ist neben einer mehrheitlichen harmonischen Grundhaltung zwischen den Institutionen und den Fokus auf der allgemeinen Wichtigkeit des Themas doch auch einiges an Konfliktpotential vorhanden. So ist

es vor allem die Frage, wo Finanzbildung ansetzen und wen es erreichen muss, was die unterschiedlichen Positionen begründet. Sind es nicht unbedingt klar definierte Zielgruppen, die aus den Interviews hervorgehen (im Gegensatz zur tatsächlich publizierten Finanzbildungsstrategie, die eine Vielzahl an potentiellen Zielgruppen in Österreich ausmacht), so wird doch deutlich, dass der allgemeine Blick auf die Gesellschaft auch den Blick auf die Wirkungsweise von Finanzbildung lenkt. Das Bundesministerium für Finanzen hat hier einen allgemeinen Zugang, der darauf basiert, alle Österreicher:innen genau dort abzuholen, wo sie in ihrer Finanzbildung gerade stehen und sie mit den vorgeschlagenen Maßnahmen auf die nächste Ebene zu heben. Für die Österreichische Nationalbank stehen ebenfalls alle Österreicher:innen im Fokus, für sie ist aber insbesondere der Aspekt von besserer Steuerbarkeit des Finanzmarktes im Land im Vordergrund, die sie durch ein allgemein höheres Level an Finanzbildung erreichen will. Auch die Wirtschaftskammer erhofft sich durch bessere Finanzbildungsmaßnahmen, die aus ihrer Sicht auch von privaten Institutionen und kommerziellen Finanzdienstleistern angeboten werden können, eine Stärkung der allgemeinen Wirtschaft in Österreich. Hierbei ist anzumerken, dass ihrerseits auch eine Förderung von Unternehmertum gewünscht ist. Die Arbeiterkammer unterscheidet sich hierbei am Stärksten: In ihrer Rolle als Vertreterin der Arbeitnehmer:innen in Österreich möchte sie durch bessere Finanzbildung vor allem die Menschen vor unlauteren Geschäftspraktiken schützen und diesen so die Möglichkeit geben, sich selbst vor Schulden und wirtschaftlichen Fehlentscheidungen zu bewahren. Die Rollen von Banken bei der Finanzbildung sieht sie kritisch, da sie hier Eigeninteressen verortet, die dem Wohl der Konsument:innen schaden könnten. Letzten Endes sollen laut der Österreichischen Finanzbildungsstrategie alle diese Ziele verfolgt werden: Es gibt hier kein „Richtig“ oder „Falsch“, welches das BMF und die OECD darin vorgegeben hätten. Alle Maßnahmen, die im Sinne der echten Finanzbildung (also innerhalb der vorgegebenen Zielsetzungen und mit einem öffentlichen, nicht primär kommerziellen Grundzug) ablaufen, seien hier zu begrüßen.

Im Rahmen der Sitzungen der Gremien werden dabei momentan zwei Dinge in den Vordergrund gestellt.

Einerseits wird durch die nationalen Gremien die Öffentlichkeit für das Thema sensibilisiert. So treten die hochrangigen Entscheidungsträger:innen des Finanzbildungsrates nach ihren Sitzungen auch an die Medien heran und legen hier einen besonderen Schwerpunkt auf eine Bewusstseinsbildung für das Thema ganz allgemein.

Andererseits wird innerhalb der Arbeitsgruppen auch auf spezifische Themenfelder eingegangen und ein entsprechender Fahrplan erstellt (der im Laufe der Zeit auch auf der

dazugehörigen Webseite des Finanzministeriums veröffentlicht worden sein sollte). So stehen etwa die Themen „Finanzbildung für Frauen“ und „Green Finance“ im Fokus. Im größeren Kontext der aktuellen Gesetzgebungsprozesse (gerade auf europäischer Ebene) ist es erstaunlich und daher auch für das Gesamtverständnis der Strategie erwähnenswert, dass in dem publizierten Strategiepapier der Aspekt der nachhaltigen Finanzen nur am Rande thematisiert wird. Gerade hinsichtlich dessen, dass auf Ebene der Europäischen Union zur Finanzierung des Green Deals mit der erst kürzlich veröffentlichten Taxonomie-Verordnung⁸³ und den entsprechenden delegierten Rechtsakten, die nun (Stand: Dezember 2022) laufend veröffentlicht werden, eine gesetzliche Vorgabe geschaffen wurde, die den Aspekt der ökologischen und sozialen Nachhaltigkeit nun auch auf die Mechanismen des Kapitalmarkts übertragen soll, ist es erstaunlich, dass hier nicht schon im Grundsatzpapier ein größerer Fokus darauf gelegt wird. Es scheint sich so zu entwickeln, dass eben diese europäische Maßnahmen die Teilnehmer:innen am Kapitalmarkt (auch kleinere Investor:innen, die für die eigene Zukunft vorsorgen möchten) vor ein komplett neues Bewertungssystem stellen dürften. Dies ist auch der erste Kritikpunkt, der sich rein aus dem inhaltlichen Kontext ableiten lässt und in der vollumfänglichen Betrachtung der Finanzbildungsstrategie seinen Platz finden sollte. In Bezug auf den Umgang der herausgebenden Institutionen mit den Stakeholdern zeigt sich ein spannender Widerspruch auf: Auf der einen Seite ist es höchst erstaunlich, dass der glaubhafte Versuch vermittelt wird, tatsächliche alle Interessen in einem nationalen Strategiepapier unterzubringen- was nicht nur die dafür verantwortlichen Gesprächspartner:innen, sondern auch jene der externen Stakeholder bestätigt haben. Es besteht nach der ausführlichen Untersuchung des Datenmaterials kein Zweifel daran, dass die Einbindung der unterschiedlichsten Interessensvertreter:innen mit größtmöglicher Sorgfalt vonstattengegangen ist. Hier zeigt sich aber auf der anderen Seite die damit verbundene Problematik: In der Praxis bei der Umsetzung von Finanzbildung wird unvermeidbar sein, eine gewisse Priorisierung hinsichtlich der Zielsetzung, der Zielgruppen und der Methoden vorzunehmen. Das ist allein schon aufgrund des begrenzten Budgets für solche Maßnahmen ein grundsätzlich gegebener Fakt. Somit ist der Anschein der Hierarchielosigkeit der vorgeschlagenen Umsetzungsmöglichkeiten in der Nationalen Finanzbildungsstrategie insofern trügerisch, als dass es eine solche nicht geben kann. Dadurch, dass dieses Ausverhandeln erst in den Gremien oder auf Vorschlag des Finanzministeriums erfolgt, fehlt hier die Einblicksmöglichkeit von außen, wie diese Schwerpunktsetzung erfolgt. Spätestens hier ergibt

⁸³ Vgl. Verordnung (EU) 2020/852 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 18. Juni 2020 über die Einrichtung eines Rahmens zur Erleichterung nachhaltiger Investitionen und zur Änderung der Verordnung (EU) 2019/2088

sich schon aufgrund der Verschiedenartigkeit der Zugänge der Stakeholder zum Thema „Finanzbildung“ ein gewisses Konfliktpotential. Es wäre von Vorteil, eine weitere Fragerunde zeitversetzt mit denselben Gesprächspartner:innen durchzuführen, um zu überprüfen, wie dieses Konfliktpotential aufgelöst werden wird.

Hierbei ist eines wichtig zu betonen: Dass unterschiedliche Betrachtungsweisen zu Konflikten führen ist in einem solchen Stakeholder-Prozess inhärent. Somit ist es auch vertretbar, dass die organisatorisch verantwortlichen Institutionen hier Prioritäten setzen müssen, um handlungsfähig zu bleiben. Alles auf einmal umzusetzen ist nicht möglich. Was lässt sich aus dieser Arbeitsweise vom Bundesministerium für Finanzen bzw. der OECD ableiten? Ein „friedliches Übereinkommen“ aller Finanzbildungs-Vertreter:innen in Österreich scheint hierbei das oberste Ziel des BMF zu sein. Aus der Art und Weise, wie das Finanzbildungspapier formuliert ist, aber auch, wie sich der/die Gesprächspartner:in im Interview geäußert hat, hat das Finanzministerium selbst hinsichtlich der Umsetzungsmethoden und Zielsetzungen wenig eigene Befindlichkeiten: Hierbei dürfte es vor allem darum gehen, rein operativ das Lenkungsgremium für Finanzbildung klar in der Hand des Ministeriums zu wissen. So ist auch die rein funktionale Ausgestaltung des Finanzbildungsrats so besetzt, dass er von den Regierungsinstitutionen gelenkt wird. Somit hat die Nationale Finanzbildungsstrategie hier die Macht in diesem Themenbereich von der Österreichischen Nationalbank auf das Bundesministerium für Finanzen umgeleitet. Damit ergibt sich auch, warum es im Interesse des BMF ist, möglichst alle Vertreter:innen „bei Laune“ zu halten: Nur wenn es allgemeiner Konsens in den entsprechenden Fachkreisen ist, dass dieses Gremium funktioniert, bleibt auch diese Lenkungsobrigkeit und damit verbundene Machtposition erhalten.

Rein politisch kommt natürlich noch dazu, dass es die Österreichische Bundesregierung war, die das Thema „Finanzbildung“ in ihrem Regierungsprogramm festgehalten hat. Abschließend lässt sich sagen, dass der Umstand, dass Österreich eine Nationale Finanzbildungsstrategie mit dazugehörigen funktionierenden Gremien hat, ein äußerst begrüßenswerter ist. Wenn auch in dieser Masterarbeit die Stakeholder-Debatten und deren Konfliktlinien im Vordergrund stehen, so ist es grundsätzlich schon einmal bemerkenswert, dass das Thema „Finanzbildung“ hierzulande eine doch nicht zu vernachlässigende Rolle einnimmt und dass hier so viele entscheidende Institutionen, insbesondere Ministerien, an deren Erarbeitung und Umsetzung mitarbeiten.

Letztlich liegt in der Art und Weise, wie die Gremien der Nationalen Finanzbildungsstrategie strukturiert sind, ein großes Potential, die Arbeit an dem Thema auch langfristig und nachhaltig

zu gestalten- unabhängig davon, welche politischen Parteien die Regierung stellen. Das Thema „Finanzbildung“ bietet eine große Chance für alle Österreicher:innen, die nicht bereits im familiären Umfeld einen guten Umgang mit Geld gelernt haben, unabhängig von ihrem sozialen Status. Wenn die Schere zwischen Arm und Reich immer weiter aufgeht, so ist es doch auch so, dass der richtige Umgang mit Investitionen der Bürger:innen eines von vielen möglichen Schraubchen sein kann, an dem gedreht werden sollte, so dass Österreich eine Gesellschaft bleibt, in der Chancen gerecht verteilt werden können. Dies kann aber nur gelingen, wenn der Plan der aktiven Auseinandersetzung mit möglichst vielen Stakeholdern, wenn diese auch unterschiedliche Meinungen haben, und die gepflegte laufende Debatte und das Einarbeiten von Impulsen in die Umsetzungsstrategie auch weiterhin so verfolgt wird, wie es derzeit den Anschein macht.

Danksagung

Mein außerordentlicher Dank gilt meinem Masterarbeitsbetreuer HR Doz. Dr. Johann Dvořák, der mich mit größter Gelassenheit und den nötigen inhaltlichen Ratschlägen begleitet und mich gelehrt hat, wieder Freude am wissenschaftlichen Arbeiten zu haben.

Ich bedanke mich bei meinen Interviewpartner:innen für die Zeit, die sie sich genommen, und die Einblicke, die sie mir gegeben haben: Ohne sie wäre diese Arbeit wertlos.

All jenen Menschen, die in den letzten Wochen und Monaten mit freundlicher Strenge dafür gesorgt haben, dass ich mein Ziel nicht aus den Augen verliere und dieses Projekt zu Ende bringe: Ihr wisst, wer ihr seid. DANKE!

Mein größter Dank gilt meinen Eltern, die nie auch nur eine Sekunde an meinem Können gezweifelt haben und deren harte Arbeit es mir ermöglicht hat, nun als erste unserer Linie einen akademischen Abschluss zu erreichen. *Nanos gigantum humeris insidentes.*

Literaturverzeichnis

- Adler, E. (1997): Seizing the Middle Ground: Constructivism in World Politics, in: European Journal of International Relations.
- Agenda Austria (2022): Sparer verlieren 6,2 Milliarden Euro im Jahr. Abgerufen am 04.08.2022 unter <https://www.agenda-austria.at/grafiken/die-inflation-vernichtet-das-geld-am-sparbuch/>
- Armutskonferenz (2022): Aktuelle Armut- und Verteilungszahlen. Abgerufen am 04.08.2022 unter <https://www.armutskonferenz.at/armut-in-oesterreich/aktuelle-armuts-und-verteilungszahlen.html>
- ASB Schuldnerberatungen GmbH (2020): Schulden Report 2020, abgerufen am 21.10.2021 unter www.schuldenberatung.at/downloads/infodatenbank/schuldenreport/asb_Schuldenreport2020.pdf
- Atkinson, A. (2017): Financial Education for MSMEs and Potential Entrepreneurs, abgerufen am 04.12.2022 unter https://www.oecd-ilibrary.org/economics/financial-education-for-msmes-and-potential-entrepreneurs_bb2cd70c-en
- Atkinson, A., & Messy, F. (2013): Promoting Financial Inclusion through Financial Education. OECD/INFE Evidence, Policies and Practice.
- Böhm A., H. Legewie und Thomas Muhr (1992): Kursus Textinterpretation: Grounded Theory. Berlin.
- Blaikie, N. (2009): Designing social research: the logic of anticipation. Cambridge, Polity.
- Buchanan, J. M. (1954): Individual Choice in Voting and the Market. Journal of Political Economy, 62(4), 334–343, abgerufen am 30.07.2022 unter <http://www.jstor.org/stable/1827235>
- Budzinski, O. (2018): Kapitalmarkt, abgerufen am 30.07.2022 unter <https://wirtschaftslexikon.gabler.de/definition/kapitalmarkt-40664/version-264044>
- Buschmann, D. (2019): Financial literacy as a remedy to gender inequality? Framing gender equality in the OECD financial literacy education policy. Wien.
- Digitales Wörterbuch der deutschen Sprache, abgerufen am 30.07.2022 unter <https://www.dwds.de/wb/Teilhabe>
- Ernst & Young Global Limited (EYG) (2022): Digitale Anlageprodukte und Metaverse, abgerufen am 04.08.2022 unter https://www.ey.com/de_at/forms/download-forms/2022/at-studie-anlageprodukte-metaverse

- EU-SILC (2021), abgerufen am 04.08.2022 unter https://statistik.at/fileadmin/pages/338/Tabellenband_EUSILC_2021.pdf
- Foucault, M. (1981): Archäologie des Wissens. Frankfurt am Main.
- Foucault, M. (1983): Der Wille zum Wissen. Sexualität und Wahrheit. Frankfurt am Main.
- Foucault, M. und R. Konersmann (2007): Die Ordnung des Diskurses. Frankfurt am Main, Fischer-Taschenbuch-Verl.
- Fuhrmann, B. (2018): Ist es (un)möglich, finanziell gebildet zu sein? Vortrag an der Wirtschaftsuniversität Wien, abgerufen am 04.08.2022 unter https://www.wu.ac.at/fileadmin/wu/d/i/wipaed/kongresse/wp12/Keynotes/Fuhrmann_Wipaed-Kongress_2018.pdf
- Gehlen, B. und F. Schorkopf (2021): Demokratie und Wirtschaft: Eine interdisziplinäre Herausforderung. Tübingen, Mohr Siebeck.
- Grohmann, A., et al. (2018): Does financial literacy improve financial inclusion? Cross country evidence. World development 111: 96.
- Jäger, S. (2015): Kritische Diskursanalyse. Eine Einführung. 7., vollst. Überarbeitete Auflage. Münster.
- Keller, R. (2011): Diskursforschung: Eine Einführung für SozialwissenschaftlerInnen. Wiesbaden, VS Verlag für Sozialwissenschaften / Springer Fachmedien Wiesbaden
- Krammer, R. (2008): Kompetenzen durch politische Bildung. In: Forum Politische Bildung (Vol. 29, pp. 5-14). Innsbruck-Bozen-Wien.
- Lusardi, A., et al. (2010): Financial literacy among the young. Journal of Consumer Affairs 44: 380.
- Mayring, P. (2015): Qualitative Inhaltsanalyse, Beltz Verlagsgruppe.
- Mecke, I. (2018): Konsumentensouveränität. Abgerufen am 01.08.2022 unter <https://wirtschaftslexikon.gabler.de/definition/konsumentensouveraenitaet-38460/version-261883>
- Morgenstern, Andre (2020): Video: Qualitative Inhaltsanalyse- Umsetzung aller Schritte mit MAXQDA 2020, abgerufen am 12.09.2022 unter <https://www.youtube.com/watch?v=VTZvlh8U78U&list=WL&index=11&t=2432s>
- OECD (2019a): OECD Economic Surveys: Austria 2019, abgerufen am 04.08.2022 unter <https://www.oecd-ilibrary.org/economics/oecd-economic-surveys-austria->

2019_22f8383a-en

- OECD (2020a): OECD/INFE 2020 International Survey of Adult Financial Literacy.
- OECD (2021): A national financial literacy strategy for Austria.
- OeNB (2019): Household income, consumption and wealth – Austrian sector accounts 1998–2017, abgerufen am 04.08.2022 unter:
<https://www.oenb.at/en/Publications/Statistics/Special-Issues/2019/sector-accounts-2019.html>
- Österreichische Bundesregierung (2017): Zusammen. Für unser Österreich. Regierungsprogramm 2017-2022, abgerufen am 19.07.2022 unter:
https://www.oeh.ac.at/sites/default/files/files/pages/regierungsprogramm_2017-2022.pdf
- Österreichische Bundesregierung (2020): Aus Verantwortung für Österreich. Regierungsprogramm 2020-2024, abgerufen am 19.07.2022 unter:
https://www.dievolkspartei.at/Download/Regierungsprogramm_2020.pdf
- Prainsack, B. und Mirjam Pot (2021): Qualitative und interpretative Methoden in der Politikwissenschaft. Wien-Stuttgart.
- Shove, E. et al. (2012): The Dynamics of Social Practice: Everyday Life and How It Changes, abgerufen am 24.07.2022 unter:
<http://ebookcentral.proquest.com/lib/univie/detail.action?docID=880778>
- Świecka, B., et al. (2019): Financial Literacy and Financial Education: Theory and Survey. München.
- Verordnung (EU) 2020/852 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 18. Juni 2020 (2020): Über die Einrichtung eines Rahmens zur Erleichterung nachhaltiger Investitionen und zur Änderung der Verordnung (EU) 2019/2088, abgerufen am 05.12.2022 unter: <https://eur-lex.europa.eu/eli/reg/2020/852/oj?locale=de>
- Waldhäusl, V. (2017): Wie „Politisch“ ist Politische Bildung? Zur Thematisierung sozialer Ungleichheit in der schulischen Politischen Bildung. Wien.
- Wodak, R. und Michael Meyer (2016): Methods of critical discourse studies. Los Angeles.
- Yanow, D. (1996): How does a policy mean? Interpreting policy and organizational actions. Washington (DC).

Anhang 1: Textcodierung Nationale Finanzbildungsstrategie

Die in diesem Dokument beschriebene nationale Finanzbildungsstrategie für Österreich schafft einen Orientierungsrahmen für Maßnahmen, die von österreichischen Stakeholdern in den nächsten fünf Jahren umgesetzt werden. Im Rahmen der Strategie werden eine übergeordnete Governance-Struktur und klare Entscheidungsprozesse festgelegt, auf Fakten und Konsultationen basierende politische Prioritäten gesetzt und ein Rahmen für die Evaluierung der spezifischen Maßnahmen definiert.

Code: ● Z_Ziele > Orientierungsrahmen Gewicht: 0
Bericht Nationale Finanzbildungsstrategie (5), S. 7

Die ultimative Zielsetzung besteht darin, das finanzielle Wohlergehen der in Österreich lebenden Menschen lang-fristig zu steigern. Die Konzeption der Strategie steht im Einklang mit der Empfehlung des OECD-Rats zur Finanzbildung, die von den OECD-Regierungen auf dem Minister-treffen im Oktober 2020 zusammen mit Maßnahmen zur Unterstützung einer starken, widerstandsfähigen, integrativen und nachhaltigen Erholung von der COVID-19-Pandemie beschlossen wurde.

Code: ● Z_Ziele > Höheres finanzielles Wohlergehen für die Menschen (+) Gewicht: 0
Bericht Nationale Finanzbildungsstrategie (5), S. 7

Die Umsetzung dieses wichtigen politischen Ziels erfolgt zum richtigen Zeitpunkt. Gerade jetzt benötigen Privatpersonen und Haushalte Zugang zu qualitativ hochwertiger Finanzbildung, um die Herausforderungen der aktuellen Situation zu meistern und die Basis für eine widerstandsfähige und nachhaltige finanzielle Zukunft zu schaffen. Die Umsetzung der Strategie wird den Menschen helfen, von Grund auf nachhaltige finanzielle Gewohnheiten zu entwickeln, ihr Einkommen und ihr Vermögen effektiv zu verwalten, Kreditinstrumente achtsam zu nutzen und angemessen für ihre Zukunft vorzusorgen.

Code: ● ZGR_Zielgruppen der Maßnahmen > Private Haushalte allgemein Gewicht: 0
Bericht Nationale Finanzbildungsstrategie (5), S. 7

Das vorliegende Strategiedokument ist das Ergebnis der Zusammenarbeit zwischen dem österreichischen Bundesministerium für Finanzen (BMF), das die Europäische Kommission im Rahmen des Structural Reform Support Programme (SRSP) 2017–2020 um Unterstützung bei der Erarbeitung einer nationalen Finanzbildungsstrategie ersucht hat, der Europäischen Kommission und der OECD, die als Durchführungspartner des Projekts ernannt wurde. Die Aktivitäten im Rahmen des Projekts umfassen eine Bestandsaufnahme bestehender Initiativen im Bereich Finanzbildung in Österreich und die Entwicklung einer nationalen Finanzbildungsstrategie.

Code: ● ST_Stakeholder-Einbindung > Zusammensetzung Gewicht: 0
Bericht Nationale Finanzbildungsstrategie (5), S. 7

Die nationale Finanzbildungsstrategie wird dazu beitragen, das Bewusstsein, die Fähigkeiten und das Verständnis der Bürgerinnen und Bürger im Bereich Finanzbildung zu stärken, um fundierte Entscheidungen über die breite Palette der auf dem Markt angebotenen Finanzprodukte und -dienstleistungen sowie nachhaltige finanzielle Entscheidungen in Bezug auf das persönlich verfügbare Einkommen zu treffen. Darüber hinaus wird die Strategie auch eine bessere Ressourcennutzung fördern, den Anleger- und Verbraucherschutz unterstützen, die Zusammenarbeit zwischen den österreichischen Institutionen und den Stakeholdern im Bereich Finanzbildung erleichtern und zur Wirksamkeit von Finanzbildungsinitiativen in Österreich beitragen.

Code: ● Höheres finanzielles Wohlergehen für die Menschen (+) > Bessere Finanzentscheidungen/Finanzielle Stellung Gewicht: 0
Bericht Nationale Finanzbildungsstrategie (5), S. 7

Maßnahmen zur Förderung der Finanzbildung können dazu beitragen, die Kenntnisse, Fähigkeiten und Einstellungen der österreichischen Bevölkerung in Finanzfragen zu verbessern und sich positiv auf ihr Finanzverhalten auswirken. Finanzbildungsinitiativen können insbesondere:

Code: ● Höheres finanzielles Wohlergehen für die Menschen (+) > Bessere Finanzentscheidungen/Finanzielle Stellung Gewicht: 0
Bericht Nationale Finanzbildungsstrategie (5), S. 11

Privatpersonen und Haushalte dabei unterstützen, ihre Finanzen besser zu verwalten, solide finanzielle Entscheidungen in Bezug auf das ihnen zur Verfügung stehende Einkommen zu treffen und das Bewusstsein für die Bedeutung von Sparen als Mittel zur Vorsorge für unerwartete Ereignisse steigern;

Code: ● Höheres finanzielles Wohlergehen für die Menschen (+) > Bessere Finanzentscheidungen/Finanzielle Stellung Gewicht: 0
Bericht Nationale Finanzbildungsstrategie (5), S. 11

ein besseres Verständnis für die Risiken und Chancen der Kapitalmärkte schaffen und die Menschen dabei unterstützen, besser informierte Entscheidungen über langfristige Investitionen zu treffen;

Code: ● Z_Ziele > Bewertung Risiken/Chancen Kapitalmarkt Gewicht: 0
Bericht Nationale Finanzbildungsstrategie (5), S. 11

das Bewusstsein für die Bedeutung einer angemessenen langfristigen Zukunftsvorsorge steigern, ein besseres Verständnis für Veränderungen im öffentlichen Pensionssystem schaffen und Informationen und Fähigkeiten vermitteln, um Bürgerinnen und Bürger in die Lage zu versetzen, angemessene Entscheidungen über individuelle Pensionspläne zu treffen;

Code: ● Z_Ziele > Bewusstseinsbildung Gewicht: 0
Bericht Nationale Finanzbildungsstrategie (5), S. 11

Einzelpersonen und Haushalte dabei unterstützen, Kredite achtsam zu nutzen und ihre Verschuldung sowohl kurz- als auch langfristig zu steuern (OECD, 2019c), um ihre finanzielle Widerstandsfähigkeit gegenüber externen Schocks zu erhöhen;

Code: • Höheres finanzielles Wohlergehen für die Menschen (+) > Bessere Finanzentscheidungen/Finanzielle Stellung Gewicht: 0
Bericht Nationale Finanzbildungsstrategie (5), S. 12

Bürgerinnen und Bürger auf die zunehmende Prävalenz digitaler Technologien im Finanzdienstleistungssektor, die Nutzung digitaler Kommunikationskanäle durch etablierte, ihnen vertraute Anbieter und auf den Markteintritt neuer Fintech-Unternehmen vorbereiten (FMA, 2020).

Code: • Z-Ziele > Vorbereitung auf neue Fin-Technologien Gewicht: 0
Bericht Nationale Finanzbildungsstrategie (5), S. 12

Maßnahmen und Initiativen zur Förderung der Finanzbildung unterstützen nicht nur Bürgerinnen und Bürger dabei, ihr Finanzleben erfolgreich zu gestalten und ihr finanzielles Wohlergehen langfristig zu steigern, sondern sie dienen auch der Wirtschaft.

Code: • Z-Ziele > Höheres finanzielles Wohlergehen für die Menschen (+) Gewicht: 0
Bericht Nationale Finanzbildungsstrategie (5), S. 12

Maßnahmen und Initiativen zur Förderung der Finanzbildung unterstützen nicht nur Bürgerinnen und Bürger dabei, ihr Finanzleben erfolgreich zu gestalten und ihr finanzielles Wohlergehen langfristig zu steigern, sondern sie dienen auch der Wirtschaft.

Code: • Stärkung Wirtschaft Gewicht: 0
Bericht Nationale Finanzbildungsstrategie (5), S. 12

Ein allgemein höheres finanzielles Bildungsniveau fördert die Entwicklung gesunder, offener und wettbewerbsfähiger Finanzmärkte, unterstützt die finanzielle Stabilität und kann Maßnahmen zur Stärkung des finanziellen Verbraucherschutzes effektiv ergänzen.

Code: • Stärkung Wirtschaft Gewicht: 0
Bericht Nationale Finanzbildungsstrategie (5), S. 12

Maßnahmen und Initiativen zur Förderung der Finanzbildung können auch in Verbindung mit umfassenderen politischen Zielen bzw. als flankierende Maßnahmen solcher Ziele konzipiert werden (OECD, 2021a). Insbesondere kann damit Folgendes erreicht werden:

Code: • Politische Hauptprioritäten > Umfassendere politische Ziele Gewicht: 0
Bericht Nationale Finanzbildungsstrategie (5), S. 12

Einbindung des Instrumentariums für lebenslanges Lernen, um insbesondere Erwachsene anzusprechen und Finanzbildungsangebote für die erwerbstätige Bevölkerung bereitzustellen, sowie mit besonderem Fokus auf Unternehmerinnen und Unternehmer, insbesondere Gründerinnen und Gründer sowie Kleinst-, Klein- und mittelständische Betriebe, die eine tragende Säule der österreichischen Wirtschaft sind

Code: • Umfassendere politische Ziele > Instrumentarium Lebenslanges Lernen Gewicht: 0
Bericht Nationale Finanzbildungsstrategie (5), S. 12

Beitrag zu einem erfolgreichen umweltpolitischen Wandel und zu Österreichs Green Finance Agenda, indem Bürgerinnen und Bürger dabei unterstützt werden, ESG-Risiken (d. h. die Bereiche Umwelt, Soziales und Governance betreffende Risiken) zu bewerten, die EU-Taxonomie für Finanzprodukte zu verstehen und die Auswirkungen individueller Finanzentscheidungen auf die Umwelt sowie die Regierungspolitik in diesem Bereich zu beurteilen. Damit können private Ersparnisse und Kapitalmarktinvestitionen mobilisiert werden und ein Beitrag zum Ziel einer klimaneutralen Zukunft, das sich die österreichische Bundesregierung gesetzt hat, geleistet werden (BMK, 2019)

Code: • Umfassendere politische Ziele > Green Finance Agenda Gewicht: 0
Bericht Nationale Finanzbildungsstrategie (5), S. 12

Ergänzung von Maßnahmen im Rahmen der Gleichstellungspolitik, indem Frauen unterstützt werden, ihre Finanzsituation und die Auswirkungen fragmentierter Nationale Finanzbildungsstrategie für Österreich 13 Erwerbsbiografien auf ihre finanziellen Ressourcen und ihr Alterseinkommen besser zu kontrollieren (Mairhuber und Mayrhuber, 2020; OECD 2021b)

Code: • Umfassendere politische Ziele > Gleichstellungspolitik Gewicht: 0
Bericht Nationale Finanzbildungsstrategie (5), S. 12

Ein koordinierter, evidenzbasierter Ansatz unter Einbindung aller Stakeholder als Grundlage für die nationale Finanzbildungsstrategie Eine nationale Finanzbildungsstrategie ist das effizienteste Mittel, um das finanzielle Bildungsniveau in der Bevölkerung langfristig zu verbessern und Österreich einen strategischen, evidenzbasierten Ansatz zur Finanzbildung in die Hand zu geben, der alle relevanten Stakeholder einbezieht (OECD, 2020c).

Durch die Entwicklung und Umsetzung einer nationalen Finanzbildungsstrategie, die den Empfehlungen der OECD entspricht und Erfahrungswerte von mehr als 75 Ländern weltweit beinhaltet, verfolgt Österreich einen nachhaltigen, koordinierten Ansatz zur Finanzbildung, der:

- die Bedeutung von finanzieller Bildung durch die Verabschiedung der Strategie durch den Ministerrat anerkennt und auf den in der Vorbereitungsphase der Strategie ermittelten Bedürfnissen und Schwachstellen aufbaut (siehe Infobox 1.1);
- mit anderen Strategien zur Förderung des wirtschaftlichen und sozialen Wohlstands kohärent ist;
- eine Zusammenarbeit mit allen relevanten Stakeholdern sowie die Einrichtung des Koordinierungs- und Kooperationsgremiums Finanzbildung mit Weisungs-, Aufsichts- und Beratungsbefugnissen vorsieht;
- die Erstellung eines Aktionsplans (Roadmap) beinhaltet, mit dem die Realisierung der in der Strategie festgelegten Ziele unterstützt wird;
- Leitlinien vorgibt, die von den einzelnen Initiativen zur Förderung der Finanzbildung anzuwenden sind, um einen effizienten und

angemessenen Beitrag zur Gesamtstrategie zu gewährleisten; und • Überwachungs- und Evaluierungsmechanismen beinhaltet, um den Fortschritt der Strategie zu beurteilen und entsprechende Optimierungsmaßnahmen vorzuschlagen.

Code: • M_Methoden > Stakeholdereinbindung Gewicht: 0
Bericht Nationale Finanzbildungsstrategie (5), S. 13

eine Zusammenarbeit mit allen relevanten Stakeholdern sowie die Einrichtung des Koordinierungs- und Kooperationsgremiums Finanzbildung mit Weisungs-, Aufsichts- und Beratungsbefugnissen vorsieht;

Code: • ST_Stakeholder-Einbindung > Koordinierung Gewicht: 0
Bericht Nationale Finanzbildungsstrategie (5), S. 13

In der Vorbereitungsphase der nationalen Finanzbildungsstrategie kamen Mechanismen für die Konsultation, Koordination und den Informationsaustausch zwischen den verschiedenen Stakeholdern zur Anwendung. Dadurch wurde sichergestellt, dass die Erfahrungen der österreichischen Stakeholder aus dem öffentlichen, privaten und gemeinnützigen Sektor in die Strategie Einfluss finden und die österreichspezifischen Bedürfnisse bei der Erarbeitung der Ziele und des Aktionsplans der Strategie berücksichtigt wurden.

Code: • M_Methoden > Vorbereitungsphase Gewicht: 0
Bericht Nationale Finanzbildungsstrategie (5), S. 14

Die Bestandsaufnahme des bestehenden Finanzbildungsangebots in Österreich erfolgte durch eine nationale Konsultation unter Stakeholdern aus den für Finanzbildung relevanten Bereichen. Diese wurden anhand von Kriterien wie ihrem öffentlichen oder regulatorischen Charakter, ihrer nachweislichen Erfahrung, Kompetenz und ihrem Engagement im Umgang mit Finanzbildungsthemen oder der Bedeutung ihrer Aktivitäten für Konsumentinnen und Konsumenten ermittelt. Der Fragebogen wurde im Juli 2020 ausgesendet; Antworten konnten bis September 2020 eingebracht werden. Neununddreißig Stakeholder aus dem öffentlichen, privaten und gemeinnützigen Sektor nahmen an der Konsultation teil und lieferten Informationen über mehr als 90 Finanzbildungsinitiativen. Im Anschluss an die Konsultation wurden diese Stakeholder zur Teilnahme und Mitwirkung an einem nationalen Workshop eingeladen.

Code: • M_Methoden > Vorbereitungsphase Gewicht: 0
Bericht Nationale Finanzbildungsstrategie (5), S. 14

Der Workshop, der aufgrund der COVID-19-Pandemie virtuell abgehalten wurde, setzte sich aus Vertreterinnen und Vertretern der Stakeholder, die an der Stakeholder-Konsultation teilgenommen hatten, Fachleuten des OECD-Sekretariats und der Europäischen Kommission sowie internationalen Delegierten des internationalen Netzwerks für Finanzbildung der OECD (OECD/INFE1) zusammen, die ihre Erfahrungen – insbesondere in Bezug auf die Rolle von Stakeholdern bei der Umsetzung nationaler Strategien – präsentierten.

Code: • ST_Stakeholder-Einbindung > Zusammensetzung Gewicht: 0
Bericht Nationale Finanzbildungsstrategie (5), S. 14

Ausgehend von den im Rahmen der Stakeholder-Konsultation und des Workshops von den Stakeholdern gelieferten Inputs, Sekundärerhebungen und den verfügbaren Finanzbildungsdaten (OECD, 2020a) wurde ein Mapping-Bericht (OECD, 2021a) erarbeitet. Im Einklang mit der Empfehlung des OECD-Rats zur Finanzbildung (OECD, 2020c), die sich für eine aktive Berichterstattung und Veröffentlichung der Ergebnisse der Vorbereitungsphase einer nationalen Strategie Nationale Finanzbildungsstrategie für Österreich 15 ausspricht, wurde der Mapping-Bericht im Rahmen einer Pressekonferenz des Bundesministeriums für Finanzen (BMF) vorgestellt² und auf den Internetseiten von BMF und OECD veröffentlicht.

Code: • M_Methoden > Vorbereitungsphase Gewicht: 0
Bericht Nationale Finanzbildungsstrategie (5), S. 14

Auch bei der Ausarbeitung des endgültigen nationalen Strategiedokuments wurden die Stakeholder im Bereich Finanzbildung konsultiert. Aufbauend auf den Empfehlungen des Mapping-Berichts arbeiteten OECD und BMF Entwürfe für die Ziele aus, die in der nationalen Strategie verankert werden sollten. Diese Ziele wurden im Rahmen von vier Workshops, die im April und Mai 2021 unter dem Vorsitz des BMF stattfanden, mit den Stakeholdern diskutiert:

• Arbeitsgruppe Basisfinanzbildung • Arbeitsgruppe Kapitalmarktwissen • Arbeitsgruppe Zukunftsvorsorge • Arbeitsgruppe Bewusstseinsbildung

Code: • Z_Ziele > Arbeitsgruppen Gewicht: 0
Bericht Nationale Finanzbildungsstrategie (5), S. 15

Arbeitsgruppe Basisfinanzbildung

Code: • Arbeitsgruppen > Basisfinanzbildung Gewicht: 0
Bericht Nationale Finanzbildungsstrategie (5), S. 15

Arbeitsgruppe Kapitalmarktwissen

Code: • Arbeitsgruppen > Kapitalmarktwissen Gewicht: 0
Bericht Nationale Finanzbildungsstrategie (5), S. 15

Arbeitsgruppe Zukunftsvorsorge

Code: • Arbeitsgruppen > Zukunftsvorsorge Gewicht: 0
Bericht Nationale Finanzbildungsstrategie (5), S. 15

Arbeitsgruppe Bewusstseinsbildung

Die nationale Finanzbildungsstrategie für Österreich zieht anerkannte internationale Standards als ihre Grundlage heran und beurteilt deren Relevanz vor dem Hintergrund der spezifischen nationalen Gegebenheiten. Durch den umfassenden Konsultationsprozess, der in die Definition der Strategie mündete, erhielten die Stakeholder die Möglichkeit, die Bedeutung von Finanzbildung im österreichischen Kontext intensiv zu diskutieren.

Die Strategie übernimmt die von der OECD (OECD, 2020c) entwickelte, weltweit anerkannte Definition von Finanzbildung, die auch von der Europäischen Kommission (EC, 2021) und den G20 verwendet wird, und ergänzt sie um einen Aspekt, der von den Stakeholdern als besonders wichtig eingestuft wurde: die Bedeutung der Rolle des Individuums in Wirtschaft und Gesellschaft und seines Beitrags zu deren nachhaltiger Entwicklung.

Die nationale Finanzbildungsstrategie für Österreich definiert den Begriff „Finanzbildung“ folgendermaßen:

Eine Kombination aus finanziellem Bewusstsein, Wissen, Fähigkeiten, Einstellungen und Verhaltensweisen, die notwendig sind, um fundierte finanzielle Entscheidungen zu treffen und letztendlich individuelles finanzielles Wohlergehen zu erreichen³ und zur nachhaltigen Entwicklung von Wirtschaft und Gesellschaft beizutragen

Vision der Strategie

Die nationale Finanzbildungsstrategie soll dazu beitragen, das finanzielle Wohlergehen der österreichischen Bevölkerung zu verbessern und die Effektivität von Finanzbildungsinitiativen in Österreich zu steigern.

Die Vision der Strategie ist, dass Stakeholder in Österreich aus dem öffentlichen, privaten und gemeinnützigen Sektor in einen ständigen Dialog treten, an der Realisierung

3 Der OECD-Rahmen für finanzielles Wohlergehen berücksichtigt objektive und subjektive Elemente des finanziellen Wohlergehens, einschließlich objektiver Faktoren, die zur finanziellen Widerstandsfähigkeit beitragen (wie beispielsweise verfügbares Einkommen, Privatvermögen und finanzielle Kontrolle), sowie eine subjektive Bewertung der alltäglichen Finanzsituation und längerfristiger Finanzpläne. Außerdem berücksichtigt der OECD-Rahmen für finanzielles Wohlergehen die Bedeutung einer Reihe von Faktoren, die mit dem finanziellen Wohlergehen in Verbindung stehen oder dieses indirekt fördern, wie beispielsweise Wissensstand und Fähigkeiten, einschließlich Anpassungsfähigkeit und Selbstkontrolle, körperliche und geistige Gesundheit, Unterstützung durch Freunde, Familie und das weitere soziale Umfeld sowie wirtschaftliche Stabilität und Wachstum.¹⁸ Nationale Finanzbildungsstrategie für Österreich gemeinsamer Ziele arbeiten und evidenzbasierte, sich gegenseitig verstärkende Initiativen umsetzen. Als Ergebnis sollen die Österreicherinnen und Österreicher:

- ihre Rolle im gesamtwirtschaftlichen Umfeld verstehen und wissen, wie sie durch ein informiertes und verantwortungsbewusstes persönliches Finanzmanagement zu dessen nachhaltiger Entwicklung beitragen können,
- eine langfristige Sichtweise in Bezug auf Geld- und Finanzfragen entwickeln und vorausplanend handeln, um die finanzielle Sicherheit über das Erwerbsalter hinaus zu gewährleisten, und
- in verschiedenen Lebensphasen Unterstützung bei der Aneignung des von ihnen benötigten Finanzwissens erhalten und wissen, wo sie einfach zugängliche, an ihre Situation angepasste und qualitativ hochwertige Finanzbildungsangebote finden können.

Vier politische Hauptprioritäten

Die Vision der Strategie wird durch koordinierte Maßnahmen der österreichischen Stakeholder zur Umsetzung von vier politischen Hauptprioritäten realisiert. Diese wurden auf der Grundlage quantitativer Daten und qualitativer Informationen ausgewählt, die im Rahmen eines umfassenden Dialogs zwischen öffentlichen, privaten und gemeinnützigen Stakeholdern im Zuge der Vorbereitungsphase für die Strategie erhoben wurden (siehe Infobox 2.1). Die vier Hauptprioritäten sind:

- Frühzeitig die Grundlagen entwickeln, um solide finanzielle Entscheidungen treffen zu können und eine Überschuldung zu verhindern
- Förderung einer verantwortungsvollen Finanzplanung für langfristiges finanzielles Wohlergehen
- Sensibilisierung für die Bedeutung von Finanzbildung und Sicherstellung des Zugangs zu qualitativ hochwertiger Finanzbildung für alle Bürgerinnen und Bürger
- Steigerung der Effektivität von Finanzbildungsinitiativen durch Dialog, Koordinierung und Evaluierung

Die vier Hauptprioritäten werden durch drei übergreifende Prioritäten ergänzt: (1) Förderung der Gleichstellung der Geschlechter und Berücksichtigung des Gleichstellungsaspekts in allen Initiativen der Strategie, (2) Vermittlung der Kenntnisse und Fähigkeiten, die für die Nutzung der sich aus der Digitalisierung von Finanzdienstleistungen für Privatkundinnen und Privatkunden ergebenden Vorteile notwendig sind, an die österreichische Bevölkerung, und (3) Unterstützung der Konsumentinnen und Konsumenten bei nachhaltigen Finanzentscheidungen. Diese übergreifenden Prioritäten sollten bei der Konzeptionierung und Umsetzung der Action Tools der nationalen Strategie sowie bei der Entwicklung und Umsetzung neuer Finanzbildungsinitiativen berücksichtigt werden. Nationale Finanzbildungsstrategie für Österreich¹⁹

Der Aktionsplan der Strategie (siehe Aktionsplan der Strategie (2021–2026)) enthält weitere Einzelheiten zu diesen Prioritäten und legt für jede Priorität nachgeordnete Ziele und Action Tools fest, die zur Realisierung der Prioritäten im Zeitraum von 2021 bis 2026 beitragen sollen.

Junge Menschen müssen heute tendenziell früh in ihrem Leben finanzielle Entscheidungen treffen. Auch werden Finanzdienstleistungen zunehmend von jungen Menschen konsumiert. Der Eintritt in das Erwachsenenalter geht in der Regel mit zunehmend komplexeren und risikoreicheren Finanzentscheidungen einher. Daher ist es wichtig, mit der Finanzbildung von jüngeren Generationen so früh wie möglich zu beginnen und diese auch im Erwachsenenalter fortzusetzen.

Untersuchungen zeigen, dass Erwachsene in Österreich von Finanzbildungsinitiativen profitieren könnten, die sich mit dem Umgang mit Geld befassen, um positive finanzielle Verhaltensweisen wie Budgetplanung zu fördern und eine Überschuldung zu verhindern, insbesondere bei jungen Menschen und den sozioökonomisch schwächsten Mitgliedern der Gesellschaft.

Code: • ZGR_Zielgruppen der Maßnahmen > Sozioökonomisch schlechter gestellte Menschen Gewicht: 0
Bericht Nationale Finanzbildungsstrategie (5), S. 19

Untersuchungen zeigen, dass Erwachsene in Österreich von Finanzbildungsinitiativen profitieren könnten, die sich mit dem Umgang mit Geld befassen, um positive finanzielle Verhaltensweisen wie Budgetplanung zu fördern und eine Überschuldung zu verhindern, insbesondere bei jungen Menschen und den sozioökonomisch schwächsten Mitgliedern der Gesellschaft.

Code: • ZGR_Zielgruppen der Maßnahmen > Junge Menschen Gewicht: 0
Bericht Nationale Finanzbildungsstrategie (5), S. 19

Jüngere Generationen verfügen über weniger Finanzwissen und legen ein risiko-reicheres und weniger vorausschauendes Verhalten an den Tag als andere Altersgruppen (Fessler et al., 2020). • Jede vierte Klientin/jeder vierte Klient von Schuldenberatungsstellen ist unter 30 Jahre alt und hat rund 30.000 Euro Konsumschulden (ASB Schuldnerberatungen GmbH, 2020).

Code: • ZGR_Zielgruppen der Maßnahmen > Junge Menschen Gewicht: 0
Bericht Nationale Finanzbildungsstrategie (5), S. 19

Untersuchungen zu den Bereichen Finanzwissen und -verhalten sowie Daten zur Beteiligung an den Kapitalmärkten und betrieblichen Altersvorsorgeplänen lassen erkennen, dass die österreichische Bevölkerung – insbesondere Frauen – von Finanzbildungsinitiativen profitieren könnten, die ihnen helfen würden, ihre finanziellen Ressourcen lang-fristig besser zu verwalten.

Code: • ZGR_Zielgruppen der Maßnahmen > Frauen Gewicht: 0
Bericht Nationale Finanzbildungsstrategie (5), S. 20

Das geschlechtsspezifische Pensionsgefälle in Österreich zählt zu den größten in der EU, wobei das Pensionseinkommen von Frauen im Durchschnitt 42 % niedriger ist als das von Männern, obwohl die Erwerbsbeteiligung von Frauen über dem EU-Durchschnitt liegt (OECD, 2021b; Mairhuber und Mayrhuber, 2020).

Code: • ZGR_Zielgruppen der Maßnahmen > Frauen Gewicht: 0
Bericht Nationale Finanzbildungsstrategie (5), S. 20

Der Prozentsatz der Österreicherinnen und Österreicher, die in Aktien und Wertpapiere investieren, ist mit 9,1 % sehr niedrig. Dahinter verbergen sich große Unterschiede, z. B. gemessen am Bildungsgrad: 20,9 % der Personen mit einem abgeschlossenen postgradualen Studium investieren in Aktien und Wertpapiere, 16 % der Personen mit einem reinen Hochschulabschluss und 9,5 % der Personen mit Sekundarschulbildung. Noch deutlicher ist der Unterschied bei Betrachtung Nationale Finanzbildungsstrategie für Österreich 21 des Beschäftigungsstands: 21,3 % der selbständig Erwerbstätigen investieren in Aktien und Wertpapiere, jedoch nur 10,7 % der unselbständig Erwerbstätigen (OECD, 2021a).

Code: • ZGR_Zielgruppen der Maßnahmen > Niedriger Bildungsstatus Gewicht: 0
Bericht Nationale Finanzbildungsstrategie (5), S. 20

Durch die Strategie erhält die österreichische Bevölkerung mehr Möglichkeiten, qualitativ hochwertige Finanzbildungsangebote in allen Lebensphasen in Anspruch zu nehmen und davon zu profitieren. Parallel dazu zielt die Strategie darauf ab, durch die Einrichtung einer nationalen Referenzwebsite als Informationsquelle zum Thema Finanzbildung und mithilfe von Massenkommunikationskampagnen das Bewusstsein für die Bedeutung von Finanzbildung in der gesamten Bevölkerung zu steigern.

Code: • ZGR_Zielgruppen der Maßnahmen > Private Haushalte allgemein Gewicht: 0
Bericht Nationale Finanzbildungsstrategie (5), S. 21

Die meisten Finanzbildungsinitiativen in Österreich richten sich an junge Menschen in Schulen. Dies war bei knapp 60 der 84 Initiativen, die in der Vorbereitungsphase der Strategie analysiert wurden, der Fall (OECD, 2021a). Während es wichtig ist, sicherzustellen, dass der schulischen Vermittlung von Finanzwissen weiterhin eine zentrale Rolle bei der Umsetzung der Strategie zukommt, und zwar im Einklang mit dem Grundsatz der fächerübergreifenden Unterrichtsprinzip der Wirtschafts- und Verbraucher/innenbildung (BMBWF, 2015) und zur Unterstützung der Einführung von Finanzbildung als fächerübergreifendes Thema ab 2023 (siehe Infobox 5.2), wird die Strategie auf die Bedürfnisse der gesamten Bevölkerung und bestimmter besonders gefährdeter Zielgruppen eingehen, denen derzeit nicht ausreichend Aufmerksamkeit gewidmet wird.

Code: • ZGR_Zielgruppen der Maßnahmen > Private Haushalte allgemein Gewicht: 0
Bericht Nationale Finanzbildungsstrategie (5), S. 21

Die meisten Finanzbildungsinitiativen in Österreich richten sich an junge Menschen in Schulen. Dies war bei knapp 60 der 84 Initiativen, die in der Vorbereitungsphase der Strategie analysiert wurden, der Fall (OECD, 2021a). Während es wichtig ist, sicherzustellen, dass der schulischen Vermittlung von Finanzwissen weiterhin eine zentrale Rolle bei der Umsetzung der Strategie zukommt, und zwar im Einklang mit dem Grundsatz der fächerübergreifenden Unterrichtsprinzip der Wirtschafts- und Verbraucher/innenbildung (BMBWF, 2015) und zur Unterstützung der Einführung von Finanzbildung als fächerübergreifendes Thema ab 2023 (siehe Infobox 5.2), wird die Strategie auf die Bedürfnisse der gesamten Bevölkerung und bestimmter besonders gefährdeter Zielgruppen eingehen, denen derzeit nicht ausreichend Aufmerksamkeit gewidmet wird.

Code: • ZGR_Zielgruppen der Maßnahmen > Junge Menschen Gewicht: 0
Bericht Nationale Finanzbildungsstrategie (5), S. 21

Im Rahmen der Strategie werden dauerhafte Koordinierungsmechanismen zwischen öffentlichen, privaten und gemeinnützigen Stakeholdern eingerichtet, um Doppelgleisigkeiten zu vermeiden und den Informationsaustausch sowie die Entwicklung von Initiativen, die auf gesicherten Erkenntnissen aufbauen und die Bedürfnisse der Zielgruppen in allen Lebensphasen kohärent berücksichtigen, zu fördern.

Code: • ST_Stakeholder-Einbindung > Koordinierung Gewicht: 0
Bericht Nationale Finanzbildungsstrategie (5), S. 21

Neununddreißig Stakeholder in Österreich sind aktiv an der Vermittlung von Finanzwissen beteiligt, darunter Ministerien, Finanzaufsichtsbehörden, NGOs, Stiftungen und der private Sektor (OECD, 2021a). Ihr Engagement, die Qualität ihrer Arbeit und die Vielfalt der angebotenen Programme sind bemerkenswert. Allerdings erfolgt die Bereitstellung von Finanzbildungsangeboten unkoordiniert, was dazu 22 Nationale Finanzbildungsstrategie für Österreich führt, dass einige Zielgruppen mit diesen Angeboten nicht erreicht werden, Synergien nicht erkannt und gemeinsame, evidenzbasierte Ziele nicht erreicht werden.

Code: • ST_Stakeholder-Einbindung > Zusammensetzung Gewicht: 0
Bericht Nationale Finanzbildungsstrategie (5), S. 21

Außerdem überwachen die meisten Stakeholder zwar die Umsetzung ihrer Initiativen – eine Bewertung der Ergebnisse erfolgt aber nur in wenigen Fällen. Durch Überwachung und Evaluierung einzelner Finanzbildungsprogramme kann ein wesentlicher Beitrag zur Einschätzung der Auswirkungen der Gesamtstrategie geleistet werden

Code: • ST_Stakeholder-Einbindung > Koordinierung Gewicht: 0
Bericht Nationale Finanzbildungsstrategie (5), S. 22

Beitrag zur Gleichstellung der Geschlechter

Alle im Rahmen der nationalen Strategie durchgeführten Initiativen berücksichtigen die Geschlechterperspektive, da Finanzbildungsmaßnahmen und -initiativen eine Rolle bei der Förderung der Gleichstellung der Geschlechter spielen können. Eine Steigerung der Finanzkompetenz kann Frauen dabei helfen, bei der Verwaltung ihrer persönlichen Finanzen unabhängiger zu werden, ihr Selbstvertrauen im Umgang mit Finanzangelegenheiten stärken und sie unterstützen, geeignete langfristige Strategien zu verfolgen, um dem geschlechtsspezifischen Pensionsgefälle entgegenzuwirken. Außerdem tragen Frauen vielfach die Hauptverantwortung für die Kindererziehung, treffen wichtige und tagtägliche Entscheidungen bei der Verwaltung der Haushaltsressourcen und spielen eine wichtige Rolle bei der Weitergabe finanzieller Kompetenzen und Gewohnheiten an jüngere Generationen. Daher müssen sie nicht nur in ihrem eigenen Interesse, sondern auch im Interesse künftiger Generationen über ein angemessenes Maß an Finanzbildung verfügen. Trotz der erzielten Fortschritte und des wachsenden Konsens in der Gesellschaft, dass ein besseres Gleichgewicht der Chancen und Lebensentscheidungen zwischen den Geschlechtern erreicht werden muss, liegt in Österreich immer noch keine Gleichstellung der Geschlechter vor (OECD, 2015a). Das finanzielle Wohlstandsgefälle zwischen den Geschlechtern ist in Österreich größer als in vergleichbaren Ländern – besonders bei Pensionen. Obwohl die Wirtschaftsleistung pro Kopf in Österreich deutlich höher ist als im EU-Schnitt und auch die Frauenbeschäftigungsquote über dem EU-Schnitt liegt, ist die Pensionslücke zwischen Frauen und Männern dennoch die viertgrößte in der EU (Mairhuber und Mayrhuber, 2020). Die geschlechtsspezifische Diskrepanz bei den Pensionen ist das Ergebnis kumulierter struktureller Ungleichheiten – insbesondere der schwächeren Position von Frauen auf dem Arbeitsmarkt, des geschlechtsspezifischen Lohngefälles und der anhaltenden geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung – und wird durch mangelndes Bewusstsein und Wissen über die Funktionsweise des Pensionssystems und der Pensionslücke noch verstärkt. Nationale Finanzbildungsstrategie für Österreich 23

Die von der Sektion Frauen und Gleichstellung im Bundeskanzleramt (BKA) durchgeführten Fokusgruppen zeigen, dass sich Frauen in Österreich bisher kaum mit dem Thema Pensionen auseinandergesetzt haben, da erhebliche psychologische Barrieren in diesem Bereich bestehen und sie befürchten, im Alter nur eine sehr niedrige Pension zu erhalten. Die geführten Interviews zeigen auch, dass das Wissen über die Funktionsweise des österreichischen Pensionssystems gering ist und die vorhandenen Informationen (analog und digital) des Sozialministeriums, der Sektion Frauen und Gleichstellung des BKA, der Pensionsversicherungsträger und der Arbeiterkammer häufig nicht ausreichend genutzt werden.

Code: • Umfassendere politische Ziele > Gleichstellungspolitik Gewicht: 0
Bericht Nationale Finanzbildungsstrategie (5), S. 23

Sicherstellen, dass Konsumentinnen und Konsumenten von der Digitalisierung profitieren

Im Rahmen der Strategie werden Lernressourcen und Instrumente bereitgestellt, damit die österreichische Bevölkerung von den Chancen der Digitalisierung von Finanzdienstleistungen für Privatkundinnen und Privatkunden auf den EU-Finanzmärkten profitieren kann, und gleichzeitig sichergestellt ist, dass die Menschen wissen, wie sie sich und ihre persönlichen Daten schützen können (OECD, 2018a; OECD, 2018b; OECD, 2020f).

Österreichs Bürgerinnen und Bürger werden zunehmend mit der Nutzung digitaler Kommunikationskanäle durch etablierte, ihnen vertraute Anbieter und mit dem Markteintritt neuer Fintech-Akteure konfrontiert sein (FMA, 2020). Außerdem werden sie mit dem zunehmenden Einsatz digitaler Technologien in Finanzdienstleistungen – API-Schnittstellen im Rahmen der EU-Zahlungsdiensterichtlinie (PSD II), Zahlungs-Apps, digitale Authentifizierung und Autorisierung sowie neue digitale Produkte – zurecht kommen müssen. Die Bürgerinnen und Bürger müssen auch lernen, wie sie sich vor digitalem Betrug und betrügerischen Aktivitäten schützen können. Seit Beginn der COVID-19-Pandemie (FMA, 2021) ist ein deutlicher Anstieg der Betrugsfälle – vor allem in Form von Phishing-Aktivitäten, d. h. Versuchen, Personen zur Preisgabe vertraulicher Kontoinformationen zu verleiten – zu verzeichnen. Rund 60 % der Betrugsopfer verloren ihr Geld im Internet, und rund die Hälfte aller Betrugsmethoden stellen auf Investitionen in Krypto-Assets ab.

Code: • Z_Ziele > Vorbereitung auf neue Fin-Technologien Gewicht: 0
Bericht Nationale Finanzbildungsstrategie (5), S. 23

Unterstützung der Konsumentinnen und Konsumenten, nachhaltige finanzielle Entscheidungen zu treffen

Die Strategie wird die zunehmende Bedeutung von ökologischer Nachhaltigkeit und ESG-Faktoren (d. h. die Bereiche Umwelt, Soziales und Governance betreffende Faktoren) bei Finanzdienstleistungen berücksichtigen und

Instrumente und Lernressourcen bereitstellen, um die österreichische Bevölkerung dabei zu unterstützen, diese Ent-24 Nationale Finanzbildungsstrategie für Österreich wicklungen zu verstehen und informierte Entscheidungen unter Berücksichtigung von Nachhaltigkeitsaspekten zu treffen. Diese Angebote sollen auch von bereits im Rahmen der Initiative für grüne Finanzbildung erfolgten Aktivitäten sowie Maßnahmen auf EU-Ebene – hier sieht die Strategie der Europäischen Kommission zur Finanzierung einer nachhaltigen Wirtschaft4 Rechtsvorschriften zur Unterstützung der Finanzierung bestimmter Wirtschaftstätigkeiten anhand einer Taxonomie nachhaltiger Aktivitäten, nachhaltigkeitsbezogene Offenlegungspflichten, Benchmarks, spezifische Kundenberatung, aufsichtsrechtliche Vorschriften und Gütesiegel vor – profitieren.

Ein zunehmendes Bewusstsein für Nachhaltigkeit im Finanzwesen und die damit verbundenen Auswirkungen wird auch das Verständnis für die in diesem Bereich verfolgte Regierungspolitik steigern und zu ihrem Erfolg beitragen. So kann durch die Mobilisierung privater Ersparnisse und verstärktes Interesse an nachhaltigen Investitionen ein wichtiger Beitrag zur Umsetzung von Österreichs Green Finance Agenda5 und des integrierten nationalen Energie- und Klimaplan (BMK, 2019), die auf der EU-Verordnung über das Governance-System für die Energieunion und für den Klimaschutz (EU, 2018) basieren, geleistet werden.

Die Strategie soll die Konsumentinnen und Konsumenten dabei unterstützen, nachhaltige Entscheidungen zu treffen und sie gleichzeitig über Greenwashing und irreführende Marketingstrategien aufklären, die Finanzprodukten und -dienstleistungen fälschlicherweise ein besonders nachhaltiges Image verleihen, da diese Praktiken das Vertrauen in das System untergraben können.

Code: • Umfassendere politische Ziele > Green Finance Agenda Gewicht: 0
Bericht Nationale Finanzbildungsstrategie (5), S. 23

Einbeziehung aller Stakeholder, um eine wirksame und effiziente Koordination zu ermöglichen: – Schaffung eines Rahmens für die Zusammenarbeit – Verabschiedung einer gemeinsamen, an den österreichischen Kontext angepassten Definition von Finanzbildung – Entwicklung eines Verhaltenskodex für die Einbindung privater und gemeinnütziger Stakeholder

Code: • ST_Stakeholder-Einbindung > Koordinierung Gewicht: 0
Bericht Nationale Finanzbildungsstrategie (5), S. 25

Besondere Berücksichtigung der Bedürfnisse von Frauen, (potenziellen) Privatanlegerinnen und Privatanlegern, berufstätigen Erwachsenen sowie Kleinunternehmerinnen und -unternehmern, Seniorinnen und Senioren, der Bevölkerung mit Migrationshintergrund sowie der ländlichen Bevölkerung

Code: • ZGR_Zielgruppen der Maßnahmen > Migrantinnen und Migranten Gewicht: 0
Bericht Nationale Finanzbildungsstrategie (5), S. 25

Besondere Berücksichtigung der Bedürfnisse von Frauen, (potenziellen) Privatanlegerinnen und Privatanlegern, berufstätigen Erwachsenen sowie Kleinunternehmerinnen und -unternehmern, Seniorinnen und Senioren, der Bevölkerung mit Migrationshintergrund sowie der ländlichen Bevölkerung

Code: • ZGR_Zielgruppen der Maßnahmen > Privatanlegende Gewicht: 0
Bericht Nationale Finanzbildungsstrategie (5), S. 25

Besondere Berücksichtigung der Bedürfnisse von Frauen, (potenziellen) Privatanlegerinnen und Privatanlegern, berufstätigen Erwachsenen sowie Kleinunternehmerinnen und -unternehmern, Seniorinnen und Senioren, der Bevölkerung mit Migrationshintergrund sowie der ländlichen Bevölkerung

Code: • ZGR_Zielgruppen der Maßnahmen > Ländliche Bevölkerung Gewicht: 0
Bericht Nationale Finanzbildungsstrategie (5), S. 25

Besondere Berücksichtigung der Bedürfnisse von Frauen, (potenziellen) Privatanlegerinnen und Privatanlegern, berufstätigen Erwachsenen sowie Kleinunternehmerinnen und -unternehmern, Seniorinnen und Senioren, der Bevölkerung mit Migrationshintergrund sowie der ländlichen Bevölkerung

Code: • ZGR_Zielgruppen der Maßnahmen > Frauen Gewicht: 0
Bericht Nationale Finanzbildungsstrategie (5), S. 25

Besondere Berücksichtigung der Bedürfnisse von Frauen, (potenziellen) Privatanlegerinnen und Privatanlegern, berufstätigen Erwachsenen sowie Kleinunternehmerinnen und -unternehmern, Seniorinnen und Senioren, der Bevölkerung mit Migrationshintergrund sowie der ländlichen Bevölkerung

Code: • ZGR_Zielgruppen der Maßnahmen > Seniorinnen und Senioren Gewicht: 0
Bericht Nationale Finanzbildungsstrategie (5), S. 25

Im Rahmen der Strategie wird ein Koordinierungs- und Kooperationsgremium Finanzbildung – mit Entscheidungs-, Aufsichts- und Beratungsfunktionen eingerichtet, das von einem Sekretariat unterstützt wird. Das Gremium setzt sich aus einem Finanzbildungsrat, einem Steuerungsausschuss, einer wissenschaftlichen Arbeitsgruppe und der Finanzbildungscommunity zusammen, wobei themenbezogene Unterarbeitsgruppen gebildet werden können.

• Der Finanzbildungsrat ist für die Leitung und Kontrolle der gesamten Strategie verantwortlich und ist das oberste Entscheidungsorgan im Rahmen der Strategie. • Der Steuerungsausschuss gewährleistet die ständige Vertretung der österreichischen Bürgerinnen und Bürger, Verbraucherinnen und Verbraucher, des Privatsektors und der wissenschaftlichen Gemeinschaft in Form von Ministerien und öffentlichen Einrichtungen, Schuldnerberatungsstellen und Arbeitnehmerorganisationen sowie bedeutenden privatwirtschaftlichen Verbänden und wissenschaftlicher Einrichtungen. • Durch die Einsetzung einer wissenschaftlichen Arbeitsgruppe wird sichergestellt, dass die wissenschaftliche Gemeinschaft an der Konzeptionierung und Umsetzung der Strategie beteiligt ist. • Darüber hinaus können ständige oder befristete Unterarbeitsgruppen mit Vertretern aus dem Steuerungsausschuss und der Finanzbildungscommunity eingerichtet werden. Sie können als Quelle für Fachwissen und Erfahrungen in wichtigen Themenbereichen herangezogen werden und sich mit spezifischen operativen Erfordernissen der Strategie befassen. • Die Strategie sieht auch eine Finanzbildungscommunity vor, die alle

Institutionen in Österreich umfasst, die im Bereich der Finanzbildung tätig sind und ein Interesse daran haben, an der nationalen Strategie mitzuwirken. Mit der Finanzbildungscommunity werden Kooperation und gemeinsame Werte als Grundsätze in der Strategie verankert.

Code: • ST_Stakeholder-Einbindung > Ausschüsse und Arbeitsgruppen Gewicht: 0
Bericht Nationale Finanzbildungsstrategie (5), S. 27

Der Finanzbildungsrat des Koordinierungs- und Kooperationsgremiums Finanzbildung (im Folgenden: „Gremium“) wird sich anfänglich aus vier österreichischen Institutionen und der Steuerungsausschuss aus 19 Stellen der öffentlichen Hand und nichtöffentlichen Organisationen zusammensetzen. Damit wird eine umfassende Repräsentation der Stakeholder im Bereich Finanzbildung über ganz Österreich hinweg sichergestellt (siehe Tabelle 3.1). Der Finanzbildungsrat kann die Aufnahme weiterer Mitglieder in beide Gremien beschließen.

Code: • ST_Stakeholder-Einbindung > Zusammensetzung Gewicht: 0
Bericht Nationale Finanzbildungsstrategie (5), S. 28

Die Mitglieder des Finanzbildungsrats werden vor Verabschiedung der Strategie eine Geschäftsordnung ausarbeiten und beschließen, mit der die Entscheidungsprozesse und die Koordination innerhalb des Gremiums geregelt werden.

Code: • ST_Stakeholder-Einbindung > Koordinierung Gewicht: 0
Bericht Nationale Finanzbildungsstrategie (5), S. 28

Rollen	Mitglieder
Steuerungsausschuss	Bundesministerium für Finanzen (BMF)
	Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft und Forschung (BMBWF)
	Bundesministerium für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz (BMSGPK)
	Oesterreichische Nationalbank (OeNB)
	Potenzielle Vertreter des gesamten Privatsektors/ NGOs
	Bundesministerium für Digitalisierung und Wirtschaftsstandort (BMDW)
	Bundesministerium für Klimaschutz, Umwelt, Energie, Mobilität, Innovation und Technologie (BMK)
	Bundesministerium für Landwirtschaft, Regionen und Tourismus (BMLRT)
	Österreichische Finanzmarktaufsicht (FMA)
	Umweltbundesamt Österreich
	Bundeskanzleramt – Sektion Frauen und Gleichstellung
	Bundesarbeitskammer Österreich
	Dachverband der Schuldnerberatungen in Österreich (ASB Schuldnerberatungen GmbH)
	Wirtschaftskammer Österreich (WKO)
	Wirtschaftskammer Österreich – Bundessparte Banken & Versicherungen ⁶
	Industriellenvereinigung
	Wirtschaftsuniversität Wien (WU Wien)
	Universität Innsbruck
	Universität Wien
Institut für Höhere Studien	

Hinweis:
Für eine Beschreibung der Aufgaben der öffentlichen Hand im Bereich der Finanzbildung, siehe Mapping-Bericht: OECD (2021), Financial Literacy in Austria: Relevance, Evidence and Provision.

6 Die WKO-Bundessparte Banken und Versicherungen umfasst alle Banken, Versicherungen und Pensionskassen in Österreich. Mitglieder sind der Fachverband der Banken und Bankiers, der Fachverband der Sparkassen, der Fachverband der Volksbanken, der Fachverband der Raiffeisenbanken, der Fachverband der Landes-Hypothekenbanken, der Fachverband der Versicherungsunternehmen und der Fachverband der Pensionskassen.

Code: • ST_Stakeholder-Einbindung > Zusammensetzung Gewicht: 0
Bericht Nationale Finanzbildungsstrategie (5), S. 29

Finanzbildungsrat Zusammensetzung

Das Gremium wird von einem Finanzbildungsrat geleitet, das sich aus hochrangigen Vertreterinnen und Vertretern des Bundesministeriums für Finanzen (BMF), des Bundesministeriums für Bildung, Wissenschaft und Forschung (BMBWF), des Bundesministeriums für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz (BMSGPK) und der Oesterreichischen Nationalbank (OeNB) zusammensetzt.

Die Ministerien und der Gouverneur der OeNB ernennen ihre jeweiligen Beauftragten, die ihre Institution im Finanzbildungsrat vertreten, können jedoch auch beschließen, bei wesentlichen Meilensteinen in der Umsetzung der Strategie selbst anwesend zu sein.

Durch die Mitwirkung dieser Institutionen wird die nationale Strategie als unparteiisch und glaubwürdig wahrgenommen, was dazu

beiträgt, Finanzbildung auf höchster politischer Ebene und in der Gesellschaft insgesamt zu fördern. Ihre ausdrücklichen Mandate und ihre Expertise und Erfahrungswerte in den Bereichen Finanzbildung, finanzieller Verbraucherschutz und Bildungswesen gewährleisten eine klare Führungslinie und einen ganzheitlichen Ansatz bei der Bereitstellung von Finanzbildung und der Vermittlung von Finanzkompetenz für die gesamte österreichische Bevölkerung.

- Das Bundesministerium für Finanzen (BMF) ist dafür zuständig, die Konzeptionierung der nationalen Finanzbildungsstrategie für Österreich zu initiieren und das Engagement der Öffentlichkeit am Kapitalmarkt zu fördern.
- Das Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft und Forschung (BMBWF) ist für die Inhalte von Lehrplänen an Schulen zuständig, wobei die Zuständigkeit des BMBWF das gesamte Bildungswesen – von der Elementarpädagogik bis zur Hochschulreife sowie Berufsschulen, Universitäten und Forschungseinrichtungen – umfasst. Zu den Kernaufgaben des BMBWF zählt es, junge Menschen mit dem für das Leben und den künftigen Beruf erforderlichen Wissen und Können auszustatten, ihr selbständiges Urteilsvermögen heranzubilden und sie zur Teilhabe am Wirtschafts- und Kulturleben zu befähigen.

- Das Bundesministerium für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz (BMSGPK) ist mit der allgemeinen Koordination der Verbraucherpolitik in Österreich betraut, wobei ein explizites Mandat den finanziellen Verbraucherschutz betrifft. Das BMSGPK arbeitet regelmäßig mit Konsumentenorganisationen zusammen und unterstützt deren Aktivitäten, erörtert verbraucherpolitische Anliegen und deren Behandlung mit Vertretern von Verbraucherschutzorganisationen, Nationale Finanzbildungsstrategie für Österreich 31 insbesondere im Rahmen des vom Ministerium eingerichteten konsumentenpolitischen Forums. Es beteiligt sich finanziell an den Aktivitäten des Vereins für Konsumenteninformation (VKI), dessen außerordentliches Mitglied es ist, und an den Aktivitäten des Dachverbands der Schuldnerberatungen in Österreich (ASB Schuldnerberatungen GmbH). Darüber hinaus stellt das BMSGPK Lehrkräften, die sich mit der Vermittlung von Finanzwissen befassen, Materialien zur Verbraucherbildung zur Verfügung⁷ und organisiert Workshops in diesem Bereich, da das Konsumverhalten ein wesentlicher Faktor für das finanzielle Wohlergehen der Menschen ist.
- Die Oesterreichische Nationalbank (OeNB) hat die Vermittlung von Finanzwissen zu einer ihrer strategischen Prioritäten erklärt, die auch in ihrem Leitbild verankert ist. Darüber hinaus ist die OeNB Vollmitglied im internationalen Netzwerk für Finanzbildung der OECD (INFE). Der Finanzbildungsrat wird die Aufnahme zusätzlicher Mitglieder in das Gremium in Betracht ziehen, die den gesamten privatwirtschaftlichen Sektor oder NGOs vertreten, darunter Einrichtungen, die über Fachwissen im Bereich Finanzwissen verfügen und bereit sind, die Umsetzung der Strategie zu unterstützen. Dies wird in Übereinstimmung mit dem Verhaltenskodex, der im Rahmen der Strategie verabschiedet werden soll, und mit den Leitlinien von OECD/INFE für private und gemeinnützige Stakeholder im Bereich der Finanzbildung (OECD, 2014a) erfolgen.

Verantwortlichkeiten und Funktionen

Der Finanzbildungsrat ist das oberste Entscheidungsorgan und für die Leitung und Kontrolle der Strategie verantwortlich. Er tritt mindestens einmal im Jahr zusammen.

Der Finanzbildungsrat wird:

- die mittel- bis langfristige Vision der Strategie vorschlagen und dem Steuerungs-ausschuss richtungsweisend zur Seite stehen
- Jahrespläne genehmigen, die auf die Prioritäten der Strategie abzielen, indem in Konsultation mit dem Steuerungs-ausschuss spezifische Action Tools festgelegt werden
- die nationale Strategie in Österreich auf höchster politischer Ebene und in der Öffentlichkeit fördern

Code: • ST_Stakeholder-Einbindung > Ausschüsse und Arbeitsgruppen Gewicht: 0

Bericht Nationale Finanzbildungsstrategie (5), S. 30

Steuerungsausschuss

Zusammensetzung

Der Steuerungsausschuss wird sich aus Mitgliedern zusammensetzen, die aufgrund ihres Mandats, ihrer nachweislichen Kompetenz und Erfolgsbilanz bei der Konzeptionierung und Umsetzung von Maßnahmen oder Initiativen im Bereich Finanzbildung ausgewählt wurden und keine kommerziellen Interessen verfolgen.

Diese Zusammensetzung ermöglicht eine breite Repräsentation der österreichischen Wirtschaft und Bevölkerung:

- umfassende Vertretung der Regierung (sechs Bundesministerien) und der Finanz-aufsichtsorgane (OeNB, Finanzmarktaufsicht)
- Konsumentinnen und Konsumenten (Dachverband der Schuldnerberatungen, Arbeiterkammer)
- Privatwirtschaft (Industrieverbände)
- Forschungsgemeinschaft (Universitäten und unabhängige Forschungsinstitute)

Den Vorsitz im Steuerungsausschuss führen die im Finanzbildungsrat vertretenen Institutionen, wobei die Modalitäten in der Geschäftsordnung der nationalen Strategie festgelegt sind.

Verantwortlichkeiten und Funktionen

Der Steuerungsausschuss ist für die Umsetzung der Strategie gemäß den Vorgaben des Finanzbildungsrats zuständig und nimmt im Rahmen der Strategie eine beratende Funktion ein. Darüber hinaus werden die Mitglieder des Ausschusses mit ihren jeweiligen Aktivitäten zur Umsetzung der Strategie beitragen. Der Steuerungsausschuss tagt vierteljährlich; bei Bedarf können zusätzliche Sitzungen anberaumt werden. Zu den Aufgaben des Steuerungsausschusses gehören:

- fungieren als zentrale Plattform, auf der die wichtigsten österreichischen Stakeholder im Bereich Finanzbildung regelmäßig aktuelle Informationen bereitstellen und für die Finanzbildungspolitik in Österreich relevante Themen diskutieren
- Erarbeitung von Vorschlägen für politische Maßnahmen und Diskussion der Konzeptionierung und Umsetzung von Initiativen zur Realisierung der Strategieziele
- Vorgabe von Leitlinien für die einzelnen Programme, die von österreichischen Stakeholdern auf Basis des Aktionsplans der Strategie durchgeführt werden
- Überwachung und Evaluierung der nationalen Strategie Nationale Finanzbildungsstrategie für Österreich 33
- Organisation von Veranstaltungen, die zu den Strategiezielen beitragen, zusammen mit Mitgliedern der Finanzbildungscommunity
- Einsetzung von Unterarbeitsgruppen, Diskussion ihrer Zusammensetzung und ihrer jeweiligen Aufgaben sowie Überwachung ihrer Tätigkeit

Code: • ST_Stakeholder-Einbindung > Ausschüsse und Arbeitsgruppen Gewicht: 0

Bericht Nationale Finanzbildungsstrategie (5), S. 32

Wissenschaftliche Arbeitsgruppe

Vom Steuerungsausschuss wird eine wissenschaftliche Arbeitsgruppe als ständige Unterarbeitsgruppe eingerichtet, dessen konkrete Zusammensetzung im Zuge der anfänglichen Umsetzung der Strategie bestimmt wird. Die Einsetzung der wissenschaftlichen Arbeitsgruppe baut auf der bestehenden Zusammenarbeit zwischen den im Bereich der Finanzbildung und in der Wissenschaft angesiedelten Stakeholdern auf und wird den Beitrag der Forschungsgemeinschaft zur Konzeptionierung und Umsetzung der Strategie unterstützen.

Durch die Einsetzung einer wissenschaftlichen Arbeitsgruppe:

- erhalten die Mitglieder der Forschungsgemeinschaft eine Plattform, um akademische Fragen, die für die Strategie von Bedeutung sind, unter Beteiligung weiterer Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler sowie Abteilungen ihrer Einrichtungen eingehend zu erörtern
- erhalten die Mitglieder des Koordinierungs- und Kooperationsgremiums Finanzbildung für Finanzbildung eine Informationsquelle, die es ihnen ermöglicht, sich über die aktuellsten wissenschaftlichen Entwicklungen im Bereich der Finanzbildung und diesbezüglichen politischen Maßnahmen auf dem Laufenden zu halten
- wird den Mitgliedern der Forschungsgemeinschaft die Möglichkeit geboten, einen Beitrag zur Konzeptionierung, Überwachung und Evaluierung der Strategie zu leisten

Code: • ST_Stakeholder-Einbindung > Ausschüsse und Arbeitsgruppen Gewicht: 0
Bericht Nationale Finanzbildungsstrategie (5), S. 33

Unterarbeitsgruppen

Der Steuerungsausschuss kann Unterarbeitsgruppen einsetzen, die sich mit Politikbereichen oder Initiativen befassen oder bestimmte Aufgaben im Rahmen der Strategieumsetzung wahrnehmen.

Die Einrichtung von Unterarbeitsgruppen baut auf den umfassenden Fachkenntnissen und Erfahrungswerten der Mitglieder des Steuerungsausschusses und der Finanzbildungscommunity auf und ermöglicht die gezielte Behandlung thematischer Fragen (z. B. Finanzbildung in Schulen oder ökologische Nachhaltigkeit) sowie operativer Aufgaben (z. B. Überwachung oder Evaluierung). Die Unterarbeitsgruppen werden von 34 Nationale Finanzbildungsstrategie für Österreich einem Mitglied des Steuerungsausschusses geleitet und setzen sich aus Mitgliedern des Finanzbildungsrats und der Finanzbildungscommunity zusammen.

Code: • ST_Stakeholder-Einbindung > Ausschüsse und Arbeitsgruppen Gewicht: 0
Bericht Nationale Finanzbildungsstrategie (5), S. 33

Finanzbildungscommunity

Die Finanzbildungscommunity umfasst Stakeholder in Österreich, die im Finanzbildungsbereich tätig sind und den Verhaltenskodex, der im Rahmen der nationalen Strategie erstellt wird, einhalten.

Die Finanzbildungscommunity wird:

- ihr Fachwissen einbringen, wenn sie vom Steuerungsausschuss zu konkreten Vorschlägen für politische Maßnahmen oder Initiativen konsultiert wird
- vom Sekretariat regelmäßig Informationen erhalten
- zur Umsetzung der Gesamtstrategie beitragen, indem sie Finanzbildungsinitiativen unter Einhaltung des Verhaltenskodex durchführt (siehe 4.1. Festlegung eines Verhaltenskodex für die Einbindung von Stakeholdern)
- auf Aufforderung des Steuerungsausschusses an den Unterarbeitsgruppen teilnehmen

Code: • ST_Stakeholder-Einbindung > Ausschüsse und Arbeitsgruppen Gewicht: 0
Bericht Nationale Finanzbildungsstrategie (5), S. 34

Sekretariat für die nationale Finanzbildungsstrategie

Unterstützt wird das Gremium für Finanzbildung durch eine im BMF angesiedelte Geschäftsstelle, die mit Vollzeitbeschäftigten des BMF besetzt ist und eng mit allen Mitgliedsinstitutionen des Finanzbildungsrats und Steuerungsausschusses zusammenarbeitet. Das Sekretariat fungiert als Koordinationsstelle für die nationale Strategie.

Zu den wichtigsten Aufgaben des Sekretariats zählen:

- Organisation und Vorbereitung der Sitzungen der Gremien (Finanzbildungsrat, Steuerungsausschuss, wissenschaftliche Arbeitsgruppe, Unterarbeitsgruppen usw.)
- Erstellung von Diskussionsunterlagen anhand von Vorgaben des Finanzbildungsrats und des Steuerungsausschusses
- Funktion als Hauptansprechpartner für die Organmitglieder des Koordinierungs- und Kooperationsgremiums Finanzbildung, einschließlich der Finanzbildungscommunity, sowie für externe Stakeholder, und Unterstützung der Koordination zwischen den Stakeholdern
- Teilnahme an den Sitzungen des Finanzbildungsrats, des Steuerungsausschusses und der Unterarbeitsgruppen
- Beantwortung von Anfragen der Öffentlichkeit

Code: • ST_Stakeholder-Einbindung > Koordinierung Gewicht: 0
Bericht Nationale Finanzbildungsstrategie (5), S. 34

Die Überwachung und Evaluierung der nationalen Gesamtstrategie ist unter dem Gesichtspunkt der Erfolgsmessung und Rechenschaftslegung von entscheidender Bedeutung, um wertvolle Erkenntnisse zur Verbesserung der Maßnahmen und Strategien im Bereich der Finanzbildung zu gewinnen und zu ihrer langfristigen Nachhaltigkeit beizutragen. Die Ergebnisse dieser Prozesse bilden die Grundlage für den Vergleich mit den gewünschten Ergebnissen und die Durchführung von evidenzbasierten Maßnahmen.

Im Rahmen der Strategie kommt für die Evaluierung der einzelnen Finanzbildungsprogramme ein einheitlicher Ansatz zur Anwendung. Außerdem erfolgt eine regelmäßige Überwachung des Gesamtfortschritts und eine Evaluierung der durch die Strategie erzielten Auswirkungen durch eine Kombination aus quantitativen und qualitativen Instrumenten.

Code: • M_Methoden > Evaluierung Gewicht: 0
Bericht Nationale Finanzbildungsstrategie (5), S. 37

Überwachung und Evaluierung der einzelnen Programme mithilfe eines standardisierten Instrumentariums

Die Strategie zielt darauf ab, präzise und kohärente Evaluierungsverfahren in die Konzeptionierung und Umsetzung von Finanzbildungsinitiativen in Österreich einzubinden, evidenzbasierte Ansätze zu fördern und den Beitrag einzelner Programme zu den übergeordneten Zielen der nationalen Strategie zu unterstützen.

Die Strategie wird:

- einen einheitlichen Rahmen für die Überwachung und Folgenabschätzung von Finanzbildungsinitiativen schaffen, der sich auf die diesbezüglichen Vorbereitungsarbeiten der Oesterreichischen Nationalbank (OeNB) stützt
- die Erhebung standardisierter Informationen über die von Finanzbildungsinitiativen erreichten Personen fördern (unter Berücksichtigung demografischer, sozialer und wirtschaftlicher Merkmale, um sich ein Bild davon zu verschaffen, welche Zielgruppen von Finanzbildungsprogrammen erreicht werden)
- die Anwendung des einheitlichen Evaluierungsansatzes auf alle in Österreich durchgeführten Finanzbildungsinitiativen fördern, indem das Evaluierungsinstrumentarium den Stakeholdern zur Verfügung gestellt und Informationsveranstaltungen zu diesem Thema organisiert werden
- Stakeholder dazu motivieren, Evaluierungen vorzunehmen, die Vorteile von Evaluierungen erläutern und Orientierungshilfen für den

Umgang mit damit verbundenen Herausforderungen anbieten • die Ziele der Strategie klar kommunizieren und alle Stakeholder auffordern, Überlegungen zu der Frage anzustellen, wie einzelne Programme dazu beitragen können, die Ziele der Gesamtstrategie und die gewünschten Ergebnisse (wie z. B. Steigerung der Finanzkompetenz oder Änderung von Verhaltensweisen) zu realisieren.

Code: • M_Methoden > Evaluierung Gewicht: 0
Bericht Nationale Finanzbildungsstrategie (5), S. 37

Evaluierung der nationalen Gesamtstrategie

Der Aktionsplan legt einen Rahmen für die regelmäßige Überwachung und Evaluierung der nationalen Gesamtstrategie fest und bestimmt Leistungsindikatoren für die Ziele der Strategie (siehe Politische Prioritäten, nachgeordnete Ziele und Action Tools). Der Steuerungsausschuss des Koordinierungs- und Kooperationsgremiums Finanzbildung wird (wenn erforderlich, durch einen eigens dafür eingerichteten Unterausschuss):

- die Fortschritte bei der Umsetzung der nationalen Strategie anhand der Jahrespläne, der jeweiligen Prioritäten und der entsprechenden Action Tools überwachen und für einen transparenten Informationsfluss sorgen, der auf einem gemeinsamen Verständnis der zu erfassenden Informationen und anzuwendenden Indikatoren basiert.
- die Auswirkungen der nationalen Strategie mithilfe folgender Maßnahmen evaluieren: – Definition jährlicher und längerfristige Leistungsindikatoren (siehe Politische Prioritäten, nachgeordnete Ziele und Action Tools) – quantitative Analyse durch regelmäßige Datenerhebungen zum Finanzbildungsstatus der erwachsenen Bevölkerung (unter anderem durch Teilnahme an internationalen Vergleichsstudien der OECD (OECD, 2018d; OECD, 2020a) und Durchführung nationaler Umfragen zur Finanzbildung und zum finanziellen Wohlergehen) und der jungen Menschen in Schulen durch Teilnahme am Finanzbildungsmodul 8 der internationalen Schulleistungsstudie der OECD (PISA)

– qualitative Analyse der Evaluierungsergebnisse der einzelnen Finanzbildungsprogramme (Programminhalte, Vermittlungsmethoden) – Beurteilung der Wirksamkeit der institutionellen Mechanismen und der Koordinierung der Strategie bei der Erreichung der angestrebten Ziele, der gemeinsamen Nutzung von Ressourcen und der Vermeidung von Doppelgleisigkeiten

- Diskussion der im Zuge der Überwachung und Evaluierung der Strategie gewonnenen Ergebnisse im Steuerungsausschuss und Kommunikation der Ergebnisse an die Finanzbildungscommunity
- Nutzung der im Rahmen der Überwachung und Evaluierung gewonnenen Daten, um gegebenenfalls die Jahrespläne der Strategie zu ergänzen und mögliche Schwerpunktmaßnahmen zu ermitteln

Code: • M_Methoden > Evaluierung Gewicht: 0
Bericht Nationale Finanzbildungsstrategie (5), S. 38

Berichtsmechanismen und Erfahrungsaustausch

Die Struktur der Strategie ermöglicht einen bedarfsgerechten Informationsfluss zwischen dem Finanzbildungsrat und dem Steuerungsausschuss, innerhalb dieser Ausschüsse sowie zwischen dem Finanzbildungsrat und dem Steuerungsausschuss und der Finanzbildungscommunity. Weiter erleichtert wird dieser Informationsaustausch durch das Sekretariat der Strategie, das ständig personell besetzt ist.

Die Fortschritte bei der Umsetzung der Strategie, einschließlich der Überwachungs- und Evaluierungsergebnisse, werden in Form von jährlichen Berichten an die Regierung und die Öffentlichkeit kommuniziert. Aufgrund der Mitgliedschaft der OeNB im internationalen Netzwerk für Finanzbildung der OECD (OECD/INFE) und der vom wissenschaftlichen Ausschuss wahrgenommenen Rolle werden die Ergebnisse der Überwachungs- und Evaluierungsprozesse auch an die internationale politische und akademische Gemeinschaft weitergegeben, um das Verständnis für diese Thematik zu verbessern und den Dialog darüber zu fördern.

Code: • ST_Stakeholder-Einbindung > Koordinierung Gewicht: 0
Bericht Nationale Finanzbildungsstrategie (5), S. 39

Berichtsmechanismen und Erfahrungsaustausch

Die Struktur der Strategie ermöglicht einen bedarfsgerechten Informationsfluss zwischen dem Finanzbildungsrat und dem Steuerungsausschuss, innerhalb dieser Ausschüsse sowie zwischen dem Finanzbildungsrat und dem Steuerungsausschuss und der Finanzbildungscommunity. Weiter erleichtert wird dieser Informationsaustausch durch das Sekretariat der Strategie, das ständig personell besetzt ist.

Die Fortschritte bei der Umsetzung der Strategie, einschließlich der Überwachungs- und Evaluierungsergebnisse, werden in Form von jährlichen Berichten an die Regierung und die Öffentlichkeit kommuniziert. Aufgrund der Mitgliedschaft der OeNB im internationalen Netzwerk für Finanzbildung der OECD (OECD/INFE) und der vom wissenschaftlichen Ausschuss wahrgenommenen Rolle werden die Ergebnisse der Überwachungs- und Evaluierungsprozesse auch an die internationale politische und akademische Gemeinschaft weitergegeben, um das Verständnis für diese Thematik zu verbessern und den Dialog darüber zu fördern.

Code: • M_Methoden > Evaluierung Gewicht: 0
Bericht Nationale Finanzbildungsstrategie (5), S. 39

Der Aktionsplan der nationalen Finanzbildungsstrategie legt einen Rahmen für die Umsetzung im Zeitraum von 2021 bis 2026 fest. Der Aktionsplan:

- beschreibt die wichtigsten Lebensphasen und die vorrangigen Zielgruppen, die für die Umsetzung der Strategie ermittelt wurden
- erläutert, wie die Strategie Fortschritte in den vier Bereichen mit Hauptpriorität (siehe Vier politische Hauptprioritäten) und bei den übergreifenden Prioritäten erzielen wird; dies erfolgt durch Beschreibung der nachgeordneten Ziele und der Action Tools, die zu deren Erreichung beitragen können

Der Aktionsplan wird durch Jahrespläne ergänzt, die vom Finanzbildungsrat des Koordinierungs- und Kooperationsgremiums Finanzbildung nach Rücksprache mit dem Steuerungsausschuss genehmigt werden. In den Jahresplänen werden Projekte festgelegt, die im Verlauf des betreffenden Jahres durchgeführt werden sollen – aufbauend auf den im Aktionsplan vorgestellten Action Tools. Darüber hinaus weisen die Jahrespläne den Mitgliedern des Steuerungsausschusses operative Verantwortlichkeiten zu und können Mittelbindungen enthalten. Die politischen Prioritäten der nationalen Strategie sind langfristig ausgelegt und werden bis 2026 nicht zur Gänze erreicht werden. Deshalb wird die nationale Strategie nach fünf Jahren einer Überprüfung unterzogen, um die erzielten Fortschritte zu bewerten, Lehren

aus der Umsetzung zu ziehen, Veränderungen auf den Finanzmärkten und in der Gesellschaft zu berücksichtigen und sicherzustellen, dass die Strategie weiterhin ein wirksames Mittel ist, um den Bedürfnissen der österreichischen Bevölkerung im Bereich Finanzbildung gerecht zu werden.

Code: • M_Methoden > Aktionsplan Gewicht: 0
Bericht Nationale Finanzbildungsstrategie (5), S. 41

Der Aktionsplan wird durch Jahrespläne ergänzt, die vom Finanzbildungsrat des Ko-ordinierungs- und Kooperationsgremiums Finanzbildung nach Rücksprache mit dem Steuerungsausschuss genehmigt werden. In den Jahresplänen werden Projekte fest-gelegt, die im Verlauf des betreffenden Jahres durchgeführt werden sollen – aufbauend auf den im Aktionsplan vorgestellten Action Tools. Darüber hinaus weisen die Jahrespläne den Mitgliedern des Steuerungsausschusses operative Verantwortlichkeiten zu und können Mittelbindungen enthalten.

Code: • ST_Stakeholder-Einbindung > Koordinierung Gewicht: 0
Bericht Nationale Finanzbildungsstrategie (5), S. 41

Von der Umsetzung der Strategie werden alle Menschen in Österreich profitieren, un-abhängig von Alter, Geschlecht, sozioökonomischem Hintergrund usw. Die Strategie richtet sich zwar an die gesamte Bevölkerung, trägt aber der Tatsache Rechnung, dass Menschen in kritischen Phasen ihres (finanziellen) Lebens mit größerer Wahrscheinlich-keit qualitativ hochwertige Finanzbildungs- und Unterstützungsangebote benötigen. Auch berücksichtigt die Strategie, dass es in Österreich Bevölkerungsgruppen mit be-stehenden oder potenziell neu auftretenden Schwachstellen gibt, die gezielt gestärkt werden müssen.

Code: • ZGR_Zielgruppen der Maßnahmen > Private Haushalte allgemein Gewicht: 0
Bericht Nationale Finanzbildungsstrategie (5), S. 41

Schule: Die ersten Schuljahre sind für die Entwicklung nachhaltiger finanzieller Gewohnheiten von entscheidender Bedeutung. Daher müssen effektive pädago-gische Konzepte für die Vermittlung von Finanzwissen entwickelt werden, die auf die individuellen Unterrichtsfächer (beispielsweise Geografie und Wirtschafts-kunde) abgestimmt sind, damit die Schülerinnen und Schüler Zugang zu qualitativ hochwertigen Finanzbildungsangeboten haben, die von einem ausgebildeten Lehrkörper vermittelt werden (OECD, 2020c).

Code: • ZGR_Zielgruppen der Maßnahmen > Junge Menschen Gewicht: 0
Bericht Nationale Finanzbildungsstrategie (5), S. 42

Weiterbildung und lebenslanges Lernen: Für jene Teile der Bevölkerung, die sich weiterbilden wollen und/oder an Möglichkeiten des lebenslangen Lernens interes-siert sind, werden angemessene Finanzbildungsangebote bereitgestellt, die ihren Bedürfnissen entsprechen.

Code: • ZGR_Zielgruppen der Maßnahmen > Private Haushalte allgemein Gewicht: 0
Bericht Nationale Finanzbildungsstrategie (5), S. 42

Erster Beruf: Menschen, die in den Arbeitsmarkt einsteigen, sei es über einen Ferienjob oder die erste Arbeitsstelle als junge Erwachsene, müssen über das nö-tige Rüstzeug verfügen, um einen Gehaltszettel und Arbeitsvertrag zu verstehen. Sie sollen lernen, das erste verdiente Geld sinnvoll zu verwenden und im Rahmen ihrer finanziellen Verhältnisse zu leben.

Code: • ZGR_Zielgruppen der Maßnahmen > Junge Menschen Gewicht: 0
Bericht Nationale Finanzbildungsstrategie (5), S. 42

Arbeitsleben: Im Berufsleben stehende Erwachsene müssen wissen, wie eine Steuererklärung bewerkstelligt wird, wann und wie Arbeitslosengeld beantragt werden kann und welche finanziellen Auswirkungen die ihnen zur Verfügung stehenden Berufswahlmöglichkeiten haben. Unternehmerinnen und Unternehmer benötigen gezielte Finanzbildungsressourcen und Unterstützungsangebote sowie angemessene Kenntnisse über die Finanzierung ihres Unternehmens.

Code: • ZGR_Zielgruppen der Maßnahmen > Berufstätige/Kleinunternehmende Gewicht: 0
Bericht Nationale Finanzbildungsstrategie (5), S. 42

Die erste große Anschaffung: Diese ist in der Regel mit dem Erwerb einer Im-mobilie verbunden und stellt häufig die wichtigste finanzielle Verpflichtung im Leben eines Menschen dar. Es handelt sich dabei um eine finanzielle Entscheidung, die gut überlegt und dem aktuellen und künftigen Einkommen der Person, die die Anschaffung tätigt, entsprechen muss. Auch kann eine solche Anschaffung eine Anpassung des verfügbaren Gesamtbudgets erforderlich machen, was wesent-liche Auswirkungen auf andere Aspekte des Finanzlebens zur Folge hat.

Code: • ZGR_Zielgruppen der Maßnahmen > Junge Menschen Gewicht: 0
Bericht Nationale Finanzbildungsstrategie (5), S. 42

Vorsorgen für die Zukunft: Die Strategie wird sicherstellen, dass Finanzbildungs-angebote zu Themen wie langfristiges Sparen, Kapitalmarktinvestitionen und die Wahl einer freiwilligen Altersvorsorge für Personen, die sich für eine finanzielle Zukunftsplanung entscheiden, bereitgestellt werden.

Code: • ZGR_Zielgruppen der Maßnahmen > Private Haushalte allgemein Gewicht: 0
Bericht Nationale Finanzbildungsstrategie (5), S. 42

Familienleben: Mit der Gründung einer Familie sind viele finanzielle Ent-scheidungen verbunden, z. B. die Verwaltung von zwei Einkommen für ein ge-meinsames Ziel, die Beurteilung des bestehenden Versicherungsschutzes unter dem Gesichtspunkt der neuen Lebensumstände, die Bildung von Rücklagen für die Ausbildung der Kinder oder die Bewältigung der finanziellen Folgen einer Scheidung.

Code: • ZGR_Zielgruppen der Maßnahmen > Private Haushalte allgemein Gewicht: 0
Bericht Nationale Finanzbildungsstrategie (5), S. 43

Ruhestand: Ältere Menschen müssen sich auf eine neue finanzielle Situation einstellen, was eine Neubewertung ihrer Kaufkraft und ihres Lebensstils mit sich bringen kann. Möglicherweise müssen sie auch wichtige Entscheidungen über das Finanzvermögen, das sie bis zu diesem Zeitpunkt gebildet haben, treffen. Außerdem müssen sie sich mit der zunehmenden Digitalisierung von Finanzdienstleistungen für Privatkundinnen und Privatkunden auseinandersetzen (OECD, 2020h; OECD, 2020i).

Code: ● ZGR_Zielgruppen der Maßnahmen > Seniorinnen und Senioren Gewicht: 0
 Bericht Nationale Finanzbildungsstrategie (5), S. 43

Lebensphasen	Vorrangige Zielgruppe	Bestehende und potenziell neu auftretende Schwachstellen
	<p>Kinder und Jugendliche im Alter von 6 bis 19 Jahren, die Schulen im österreichischen Bildungssystem besuchen (JS)</p> <ul style="list-style-type: none"> Volksschule: 6 bis 10 Jahre Mittelschule, Allgemeinbildende höhere Schule (AHS) (4 Jahre Unterstufe): 10 bis 14 Jahre Allgemeinbildende höhere Schule (AHS) (4 Jahre Oberstufe): 14 bis 18 Jahre Berufsbildende mittlere und höhere Schule (BHS): 14 bis 19 Jahre Lehre/Berufsschule: 15 bis 19 Jahre 	<p>Nicht alle Eltern sind gleichermaßen in der Lage, ihren Kindern nachhaltige finanzielle Gewohnheiten zu vermitteln.</p> <p>Junge Menschen müssen über eine finanzielle Grundbildung verfügen, um für alltägliche Aufgaben wie die Verwendung einer Bankomat- oder Kreditkarte oder die Wahl eines Handytarifs gerüstet zu sein.</p> <p>Die meisten Finanzbildungsinitiativen in Österreich richten sich an junge Menschen in Schulen, doch scheinen diese sich nicht ausreichend mit Themen wie Geldanlage, Verbraucherinnen- und Verbraucherrechte und -pflichten, Sensibilisierung für Betrug und Betrugsmaschen sowie den sicheren Umgang mit Krediten zu befassen.</p> <p>Durch die Auswirkungen der COVID-19-Krise werden junge Menschen zusätzlich unter Druck gesetzt, etwa durch Schließungen oder die Schwierigkeit, auf dem Arbeitsmarkt Fuß zu fassen.</p>
	<p>Jugendliche und junge Erwachsene im außerschulischen Bereich (14 bis Mitte 20) (JE)</p>	<p>Junge Erwachsene (18 bis 29 Jahre) schneiden im Bereich Finanzwissen und -verhalten im Vergleich zur Gesamtbevölkerung schlechter ab.</p> <p>Zunehmende Schuldenproblematik: Jede vierte Klientin/ jeder vierte Klient von Schuldenberatungsstellen ist unter 30 Jahre alt. Bereits als junger Erwachsener Schuldenprobleme zu haben, kann sich äußerst negativ auf den Rest des Lebens auswirken.</p>

Code: ● ZGR_Zielgruppen der Maßnahmen > Junge Menschen Gewicht: 0
 Bericht Nationale Finanzbildungsstrategie (5), S. 44

Lebensphasen	Vorrangige Zielgruppe	Bestehende und potenziell neu auftretende Schwachstellen
	<p>Frauen (F)</p>	<p>Frauen in Österreich verfügen über ein geringeres Finanzwissen als Männer.</p> <p>Geschlechtsspezifische Pensionslücke:</p> <ul style="list-style-type: none"> Das Pensionseinkommen von Frauen liegt im Durchschnitt 42 % unter dem von Männern. Frauen investieren weniger häufig in eine zusätzliche Altersvorsorge als Männer (8 % gegenüber 12 % bei betrieblichen/arbeitsplatzbezogenen Vorsorgeplänen und 14 % gegenüber 16 % bei privaten Altersvorsorgeplänen und Lebensversicherungen). Die geschlechtsspezifische Diskrepanz bei den Einzahlungen in alle Altersvorsorgemodelle ist ebenfalls hoch und liegt bei 54,1 %. <p>Frauen könnten durch die Auswirkungen der COVID-19-Pandemie, die Schließung von Kinderbetreuungseinrichtungen und die zunehmende Belastung durch unbezahlte Arbeit oder den Verlust des Arbeitsplatzes zunehmend unter Druck geraten sein.</p>

Code: ● ZGR_Zielgruppen der Maßnahmen > Frauen Gewicht: 0
 Bericht Nationale Finanzbildungsstrategie (5), S. 45

	<p>Berufstätige Erwachsene sowie Kleinunternehmerinnen und -unternehmer (BEU)</p>	<p>Nur wenige Finanzbildungsinitiativen und -ressourcen richten sich speziell an die arbeitende Bevölkerung oder an Kleinunternehmerinnen und -unternehmer – gerade in einer Zeit, in der ihre finanzielle Widerstandsfähigkeit durch die COVID-19-Krise noch zusätzlich beeinträchtigt ist.</p> <p>Schuldnerberatungsstellen zufolge sind Schulden aus früherer selbständiger Tätigkeit der zweithäufigste Grund für Überschuldung.</p> <p>Eine geringe Beteiligung an freiwilligen Altersvorsorgeplänen kann sich negativ auf das langfristige finanzielle Wohlergehen dieser Gruppen auswirken.</p>
---	--	--

Code: ● ZGR_Zielgruppen der Maßnahmen > Berufstätige/Kleinunternehmende Gewicht: 0
 Bericht Nationale Finanzbildungsstrategie (5), S. 45

	<p>(Potenzielle) Privatanlegerinnen und Privatanleger (PA)</p>	<p>Geringes Finanzwissen in Bereichen, die für langfristiges finanzielles Wohlergehen und Investieren von wesentlicher Bedeutung sind, wie beispielsweise Zinseszins oder Risikostreuung.</p> <p>Die geringe Beteiligung an den Kapitalmärkten kann eher durch mangelnde Finanzbildung als durch Risikoscheu begründet sein, wodurch diesen Menschen Chancen vorenthalten bleiben.</p>
---	---	--

Code: • ZGR_Zielgruppen der Maßnahmen > Privatanlegende Gewicht: 0
Bericht Nationale Finanzbildungsstrategie (5), S. 45

Menschen ohne Arbeit, von Erwerbsarmut betroffene Menschen: Obwohl Arbeitssuchende und Menschen ohne Arbeit einen geringeren Grad an Finanzbildung (OECD, 2021a) und sozioökonomische Schwachstellen aufweisen, richten sich Finanzbildungsinitiativen nicht gezielt an ihre spezifischen Bedürfnisse. Die nationale Strategie wird die Bedürfnisse dieser Gruppen besonders berücksichtigen, wobei der Fokus auch auf Menschen gerichtet wird, die trotz Erwerbstätigkeit arm oder von Armut bedroht sind – bedingt unter anderem durch Teilzeitarbeit aufgrund von Kindererziehung oder Ausbildung oder den Umstand, dass mehrere Personen in einem Haushalt von einem Einkommen leben müssen.

Code: • ZGR_Zielgruppen der Maßnahmen > Sozioökonomisch schlechter gestellte Menschen Gewicht: 0
Bericht Nationale Finanzbildungsstrategie (5), S. 46

Zuwanderer und Menschen mit Migrationshintergrund: Die Integration dieser Gruppen kann mit Herausforderungen verbunden sein, insbesondere im Fall von Personen mit geringem Bildungskapital. Mehr als 15 % der in Österreich lebenden Menschen wurden im Ausland geboren, und 2018 lag der Anteil der Menschen mit ausländischer Staatsangehörigkeit bei 16 %, gegenüber 10 % ein Jahrzehnt zuvor (OECD, 2019a). Gemessen an der Zahl der in Österreich geborenen Menschen mit Migrationshintergrund weist rund ein Drittel der Bevölkerung einen Migrationshintergrund auf (OECD/EU, 2018). Initiativen zur Förderung der Finanzkompetenz, die sich an Migrantinnen und Migranten richten, können diesen Menschen helfen, ihr finanzielles und soziales Umfeld besser zu verstehen, ihnen Möglichkeiten zur Teilnahme an der formellen Wirtschaftstätigkeit eröffnen (Atkinson und Messy, 2015; OECD, 2016a) und so zu ihrer erfolgreichen Integration in Gesellschaft und Wirtschaft beitragen.

Code: • ZGR_Zielgruppen der Maßnahmen > Migrantinnen und Migranten Gewicht: 0
Bericht Nationale Finanzbildungsstrategie (5), S. 46

Seniorinnen und Senioren: Die ältere Bevölkerung ist mit besonderen Herausforderungen und Risiken konfrontiert, die durch einen geringen Grad an digitaler und finanzieller Kompetenz sowie die Abnahme kognitiver Fähigkeiten noch verstärkt werden können (OECD, 2020h; OECD, 2020i). Dazu zählen unter anderem das Risiko einer digitalen Ausgrenzung aufgrund der Digitalisierung von Finanzdienstleistungen für Privatkunden – ungeachtet der derzeitigen Kapillarität Nationale Finanzbildungsstrategie für Österreich 47 des Bankensystems – und das Risiko, Betrugsdelikten zum Opfer zu fallen. Ältere Menschen müssen auch lernen, mit ihrem Einkommen im Ruhestand zurechtzukommen und wichtige Entscheidungen über ihr Finanzvermögen und ihre Pension treffen.

Code: • ZGR_Zielgruppen der Maßnahmen > Seniorinnen und Senioren Gewicht: 0
Bericht Nationale Finanzbildungsstrategie (5), S. 46

Die ländliche Bevölkerung in Österreich weist im Vergleich zur Gesamtbevölkerung einen geringeren Grad an Finanzwissen auf (OECD, 2021a). Ihr potenzieller Bedarf könnte im Rahmen der nationalen Strategie weiter untersucht und diskutiert werden.

Code: • ZGR_Zielgruppen der Maßnahmen > Ländliche Bevölkerung Gewicht: 0
Bericht Nationale Finanzbildungsstrategie (5), S. 47

Infobox 5.1. Auswahl der am besten geeigneten Bereitstellungskanäle und -methoden, Lernen von österreichischen Stakeholdern und internationaler Good Practice Im Rahmen der Strategie erfolgt anhand der Merkmale der einzelnen Zielgruppen, des Grades ihrer finanziellen Gefährdung und ihrer digitalen Finanzkompetenz die Auswahl des für jede Zielgruppe am besten geeigneten Bereitstellungskanals. Dabei wird auf bestehende Erfahrungswerte zurückgegriffen, die bei der Entwicklung und Umsetzung vergleichbarer Initiativen auf internationaler (OECD, 2021c) und nationaler Ebene (OECD, 2021a) gewonnen wurden.

In Bezug auf die aktuellen Bereitstellungskanäle wenden die Stakeholder in Österreich eine breite Palette von Methoden an, um die einzelnen Zielgruppen so effektiv wie möglich zu erreichen. Der zur Vorbereitung der Strategie erstellte Mapping-Bericht ergab, dass die beiden am häufigsten eingesetzten Kanäle die persönliche und die digitale Vermittlung sind, die von 34 % der Initiativen gleichermaßen verwendet werden, gefolgt von Printmedien, die von 21 % genutzt werden.

Von den Stakeholdern wurden innovative Methoden zum Einsatz digitaler Technologien zur Vermittlung von Finanzwissen entwickelt, wie beispielsweise mobile Apps zur Unterstützung bei der Entwicklung eines Budgetierungsverhaltens, interaktive Erlebnisse, die digitale Technologien zur Unterstützung von Lernprozessen nutzen, und die Durchführung von Schulungen über E-Learning-Plattformen. Die persönliche Vermittlung von Finanzbildung ist gut etabliert und findet dank der landesweiten Präsenz von NGOs, die Kredit- und Schuldenberatungsservices anbieten, der Initiativen von Institutionen mit Sitz in Wien, die die verschiedenen Regionen des Landes besuchen, und der Mitwirkung von Finanzbildungsakteuren an der Vermittlung von Finanzbildung in Schulen in allen Bundesländern statt.

Code: • M_Methoden > Stakeholdereinbindung Gewicht: 0
Bericht Nationale Finanzbildungsstrategie (5), S. 47

Sicherstellung der finanziellen Nachhaltigkeit der Strategie

Zu Beginn werden das Sekretariat und die Mitglieder des Steuerungsausschusses einen maßgeblichen Anteil an der Umsetzung der Strategie einnehmen. Der Steuerungsausschuss wird sich mit Finanzierungsquellen für spezifische Projekte und für die Gesamtstrategie befassen.

- Die Umsetzung der Strategie wird durch ein Sekretariat unterstützt (siehe Sekretariat für die nationale Finanzbildungsstrategie), das mit Vollzeitbeschäftigten⁹ des Bundesministeriums für Finanzen besetzt ist.
- Bei der Festlegung der Jahrespläne wird der Steuerungsausschuss mit den Stakeholdern bestimmte Rollen bei der Umsetzung der Strategie vereinbaren, die ihren jeweiligen Fachkompetenzen und Kapazitäten entsprechen.
- Die Strategie wird die Bündelung von Ressourcen für Finanzbildungsinitiativen anregen, beispielsweise durch die Förderung von Ausschreibungen, die Mittel für die Entwicklung von Finanzbildungsprojekten für bestimmte (gefährdete) Gruppen oder besonders relevante Themen im Einklang mit den Zielen und dem Auftrag der nationalen Strategie bereitstellen, z. B. Projektauftrufe der Sektion Frauen und Gleichstellung im BKA sowie von Stiftungen und anderen privaten oder öffentlichen Stakeholdern.

Code: • M_Methoden > Action Tools Gewicht: 0
Bericht Nationale Finanzbildungsstrategie (5), S. 48

Der Aktionsplan baut auf den Haupt- und übergreifenden Prioritäten der nationalen Strategie auf (siehe Vier politische Hauptprioritäten) und bietet den Stakeholdern eine zusätzliche Orientierungshilfe in Form von nachgeordneten Zielen. Für viele dieser nachgeordneten Ziele beschreibt der Aktionsplan Action Tools, d. h. Maßnahmen, die die Umsetzung der Strategie unterstützen können.

Was den Zeitplan für die Umsetzung und die erforderlichen Ressourcen anbelangt, ist der Aktionsplan nicht verbindlich. Der Finanzbildungsrat wird im Rahmen der Erörterung und Genehmigung der Jahrespläne entscheiden, welche Maßnahmen vorrangig durchgeführt werden sollen.

Der Aktionsplan macht deutlich, ob die Maßnahmen für bestimmte Zielgruppen gelten: junge Menschen in Schulen (JS), Jugendliche und junge Erwachsene im außerschulischen

9 Dem Sekretariat wurden offiziell drei Vollzeitstellen zugewiesen, eine davon zur Wahrnehmung von Administrations- und Supportfunktionen Nationale Finanzbildungsstrategie für Österreich 49

Bereich (JE), Frauen (F), berufstätige Erwachsene und Kleinunternehmerinnen und -unternehmer (BEU), (potenzielle) Privatanlegerinnen und Privatanleger (PA) oder die Gesamtbevölkerung (GB). Alle Interventionen sollten eine Gender-Komponente sowie nachhaltige und digitale Aspekte berücksichtigen.

Code: • ZGR_Zielgruppen der Maßnahmen > Allgemeiner Impuls Gewicht: 0
Bericht Nationale Finanzbildungsstrategie (5), S. 48

1. Frühzeitige Entwicklung der Grundlagen für solide finanzielle Entscheidungen und die Verhinderung von Überschuldung
Die Strategie wird die österreichische Bevölkerung dabei unterstützen, ihre finanziellen Ressourcen besser zu verwalten und sie in Krisenzeiten sinnvoll zu nutzen. Sie wird sich mit Verhaltensweisen befassen, die für die finanzielle Widerstandsfähigkeit von Bedeutung sind, wie beispielsweise Budgetplanung und der sichere Umgang mit Krediten, um Verschuldungsproblemen vorzubeugen. Dies beinhaltet unter anderem die Förderung solider finanzieller Gewohnheiten bereits in der Schule sowie weiterführend auch im Erwachsenenalter sowie die Bereitstellung von Informationen zum Thema Kredit und Finanzierung sowie von Unterstützungsangeboten für Betroffene von Überschuldung. Außerdem soll den Bürgerinnen und Bürgern ein umfassendes Verständnis für ihre Rolle in Wirtschaft und Gesellschaft sowie ihren Beitrag zu einer nachhaltigen Entwicklung nahegebracht werden.

1.1. Förderung der Finanzbildung in Schulen als fächerübergreifendes Thema
Nachhaltige finanzielle Gewohnheiten sollten so früh wie möglich im Leben eingeübt und damit gelebter Alltag werden. Die Strategie wird die aktuell bereits erfolgende Vermittlung von Finanzbildung in Schulen sowie die Einführung von Finanzbildung als verpflichtendes fächerübergreifendes Thema im Rahmen der Wirtschafts- und Verbraucher/innenbildung in Primar- und Sekundarschulen unterstützen, indem diese Kompetenzen ab 2023 in den Lehrplänen für alle österreichischen Schulen verankert werden (siehe Infobox 5.2).

Code: • Höheres finanzielles Wohlergehen für die Menschen (+) > Frühzeitig Menschen vor Überschuldung bewahren Gewicht: 0
Bericht Nationale Finanzbildungsstrategie (5), S. 49

Action Tools: • Bereitstellung von Input zur Einführung von Finanzbildung als verpflichtendes fächerübergreifendes Thema an österreichischen Schulen durch den Steuerungsausschuss an das Bildungsministerium und Funktion als Plattform, über die ein regelmäßiger Dialog zu diesem Einführungsprozess im Rahmen der nationalen Strategie erfolgt (JS) • Einbringung von Fachwissen durch den Steuerungsausschuss bei der Überarbeitung von Unterrichtsmaterialien und Schulbüchern zum Thema Finanzbildung und bei der Aufnahme von Finanzbildung in die Leistungsbeurteilung von Schülerinnen und Schülern im Rahmen der neuen Lehrpläne für österreichische Schulen (JS) 50 Nationale Finanzbildungsstrategie für Österreich

- Sicherstellen, dass die Inhalte, die jungen Menschen im Rahmen der Finanzbildung an Schulen vermittelt werden, alle Bereiche abdecken, die für ihre langfristige finanzielle Widerstandsfähigkeit und ihr finanzielles Wohlergehen relevant sind, und dass ihre Vertrautheit mit digitalen Formaten bei der Vermittlung dieser Inhalte berücksichtigt wird (JS)
- Unterstützung und Koordination von Pilotprojekten für die Vermittlung von Finanzwissen in Schulen, wobei strukturellen Ansätzen (z. B. einem von der Stiftung für Wirtschaftsbildung¹⁰ initiierten Pilotprojekt für Schulen) der Vorzug vor punktuellen Maßnahmen gegeben werden sollte (JS)
- Schulungen für Lehrerinnen und Lehrer zur Vermittlung von Finanzwissen im Rahmen der neuen Lehrpläne, Entwicklung geeigneter E-Learning-Tools für ihre berufliche Weiterbildung und Erweiterung des Angebots an Unterrichtsmaterialien, z. B. durch die von der Stiftung für Wirtschaftsbildung geplante zentrale Plattform für qualitätsgesicherte Unterrichtshilfsmittel (JS)

Ergänzend zu diesen Maßnahmen wird die Strategie die Vermittlung von Finanzwissen in Schulen durch außerschulische Aktivitäten und spezielle Veranstaltungen für Schülerinnen und Schüler fördern.

Action Tools: • Organisation von landesweiten Finanzbildungswettbewerben und Hackathons sowie von Theaterstücken unter Einbeziehung des Lehrkörpers (JS, JE) • Förderung der Teilnahme österreichischer Schulen an nationalen und internationalen Veranstaltungen zum Thema Finanzbildung – z. B. Global Money Week, Financial Future Day – um junge Menschen an Schulen und Mitglieder des Lehrkörpers für die Bedeutung von Finanzbildung zu sensibilisieren (JS)

Um das Bewusstsein für den Stellenwert von Finanzbildung im österreichischen Lehrplan und ihre Bedeutung als wesentliche Kompetenz im heutigen Leben zu steigern, wird im Rahmen der Strategie eine nationale Veranstaltung zur Präsentation und Diskussion der die Finanzbildung betreffenden Ergebnisse der PISA-Studie organisiert, an der Lehrerinnen und Lehrer, Mitglieder der Finanzbildungscommunity und die Medien teilnehmen werden. Außerdem wird der Steuerungsausschuss die wissenschaftliche Arbeitsgruppe einladen, an der Analyse der Ergebnisse mitzuwirken und weitere Erkenntnisse zum Finanzbildungsstand der Schülerinnen und Schüler in Österreich zu liefern.

¹⁰ Die Stiftung für Wirtschaftsbildung verfolgt das Ziel, das Angebot wirtschaftlicher Bildungsinhalte an österreichischen Schulen zu stärken und zu verbreitern. Sie wurde als unabhängige Institution gegründet und wird von einer breiten Gruppe von Gründungspartnern

(Arbeitskammer, ERSTE Stiftung, Industriellenvereinigung, Innovationsstiftung für Bildung, MEGA Bildungsstiftung, Oesterreichische Nationalbank, Wirtschaftskammer Österreich) getragen. Nationale Finanzbildungsstrategie für Österreich 51

Die Strategie richtet sich auch an junge Menschen im außerschulischen Bereich, wobei auf erfolgreichen Erfahrungen aus der Praxis aufgebaut wird und die Umsetzung durch Erwachsene, die mit ihnen in Kontakt stehen, erfolgt: zu Hause durch die Eltern, in Jugendorganisationen und im Rahmen von Sozialprogrammen durch in der Jugendarbeit tätige Personen.

Action Tools: • Förderung der Vermittlung von Finanzwissen an junge Menschen durch MOOCs (Massive Open Online Courses), digitale Tools wie mobile Apps, Spiele und Simulationen sowie reale Events (JS, JE) • Förderung der Schulungsangebote zur Vermittlung von Finanzwissen an junge Menschen für die in den Familienberatungsstellen tätigen Beratungskräfte (JE) • Überarbeitung der verfügbaren Unterrichtsmaterialien und Entwicklung neuer Ressourcen für Fachkräfte in der Jugend- und Sozialarbeit im Einklang mit den Zielen der Strategie (JE)

Code: • M_Methoden > Action Tools Gewicht: 0

Bericht Nationale Finanzbildungsstrategie (5), S. 49

Infobox 5.2. Entwicklung des rechtlichen Rahmens: Finanzbildung als fächerübergreifendes Thema ab 2023 verpflichtend in österreichischen Schulen Finanzbildung als Teil der Wirtschafts- und Verbraucher/innenbildung wird derzeit als fakultatives Unterrichtsfach fächerübergreifend in österreichischen Schulen unterrichtet. Dies wird sich im Jahr 2023 mit der Einführung neuer Lehrpläne ändern, in denen Finanzbildung weiterhin ein fächerübergreifendes Thema sein wird, das jedoch für alle österreichischen Schulen verpflichtend ist.

Die Vermittlung von Finanzbildung an österreichischen Schulen erfolgt derzeit im Rahmen des Grundsatzes zum fächerübergreifenden Unterrichtsprinzip der Wirtschafts- und Verbraucher/innenbildung (BMBWF, 2015). Dieser Erlass, der 2015 verabschiedet wurde, gilt für alle Schulstufen und alle Schultypen. Finanzielle Bildung als Teil der Wirtschafts- und Verbraucher/innenbildung ist ein Unterrichtsfach und wird im Rahmen von Fächern wie Geografie und Wirtschaftskunde, Volkswirtschafts- und Betriebswirtschaftslehre (die als Ergänzungsfächer ausgewiesen sind) unterrichtet.

Die neuen Lehrpläne für die Primar- und Sekundarstufe, die ab 2023 schrittweise in Kraft treten, werden vom Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft und Forschung entwickelt. Aufgrund der zunehmenden Relevanz für das finanzielle und individuelle Wohlergehen wird Finanzbildung als fächerübergreifendes Thema in allen Lehrplänen verpflichtend verankert sein. Auf diese Weise erhält Finanzbildung in den Lehrplänen eine stärkere Gewichtung, als es bisher der Fall war. Themen der Finanzbildung werden durch spezifische Kompetenzbeschreibungen verpflichtend in die Lehrpläne aller Schulstufen und -typen aufgenommen.

Code: • M_Methoden > Action Tools Gewicht: 0

Bericht Nationale Finanzbildungsstrategie (5), S. 51

1.2. Förderung des sicheren Umgangs mit Krediten und Vermeidung von Überschuldung

Die Strategie wird Verhaltensweisen fördern, die die Abhängigkeit von Krediten auf ein Minimum reduzieren, wie beispielsweise Budgetierung und die Bildung von Sparrücklagen. Auch wird sie dafür sorgen, dass Konsumentinnen und Konsumenten bei der Nutzung von Krediten verantwortungsvoll handeln und sie im Umgang mit bestehenden Kreditverpflichtungen unterstützen, um auf diese Weise eine Überschuldung, insbesondere in sozioökonomisch schwächeren Bevölkerungsschichten, und das Risiko einer Privatinsolvenz zu minimieren. Die Strategie wird sicherstellen, dass die sichere Nutzung von Krediten und der richtige Umgang mit Schulden in allen zur Umsetzung der Strategie vorgesehenen Initiativen thematisiert werden, und sie wird auf bestehenden, erfolgreich eingeführten Programmen aufbauen, die in ganz Österreich umgesetzt werden, damit eine spezifische Unterstützung in diesem Politikbereich erfolgt.

Code: • Z_Ziele > Höheres finanzielles Wohlergehen für die Menschen (+) Gewicht: 0

Bericht Nationale Finanzbildungsstrategie (5), S. 52

Action Tools: • Förderung der Verbreitung bestehender Initiativen und digitaler Tools zur Budgetplanung, die den Überblick über aktuelle und künftige Einnahmen und Ausgaben sowie über bestehende Kreditverpflichtungen verbessern (GB) • Bereitstellung ausreichender und klarer Informationen für die Bürgerinnen und Bürger, um sie bei der Einschätzung ihrer Schuldendienstfähigkeit zu unterstützen, und Analyse internationaler Best-Practice-Ansätze zur digitalen Vermittlung von Finanzwissen zum Thema Kredite, Schulden und Überschuldung (GB) • Verstärkte Information und Aufklärung über die Risiken einer Überschuldung mit besonderem Schwerpunkt auf die am stärksten gefährdeten Bevölkerungsgruppen (Jugendliche, Menschen mit finanziellen Schwierigkeiten) (JE, GB) • Sensibilisierung für bestehende Schuldenberatungsprogramme, die in ganz Österreich auf lokaler Ebene für Menschen angeboten werden, die Probleme beim Umgang mit Geld haben (GB)

Im Rahmen der Strategie wird auch die Möglichkeit in Betracht gezogen, mit der Expertise der Mitglieder des Steuerungs Ausschusses einen Beitrag zur Umsetzung der neuen Anforderungen im Rahmen der Überarbeitung der EU-Verbraucherkreditrichtlinie (Europäische Kommission, 2021b) zu leisten, die Wohlverhaltensregeln vorsieht und Kredit- und Versicherungsvermittler dazu verpflichtet, sicherzustellen, dass ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter über angemessene Fähigkeiten und Kenntnisse verfügen.

Code: • M_Methoden > Action Tools Gewicht: 0

Bericht Nationale Finanzbildungsstrategie (5), S. 52

Im Rahmen der Strategie wird auch die Möglichkeit in Betracht gezogen, mit der Expertise der Mitglieder des Steuerungs Ausschusses einen Beitrag zur Umsetzung der neuen Anforderungen im Rahmen der Überarbeitung der EU-Verbraucherkreditrichtlinie (Europäische Kommission, 2021b) zu leisten, die Wohlverhaltensregeln vorsieht und Kredit- und Versicherungsvermittler dazu verpflichtet, sicherzustellen, dass ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter über angemessene Fähigkeiten und Kenntnisse verfügen.

Code: • ST_Stakeholder-Einbindung > Koordinierung Gewicht: 0

Bericht Nationale Finanzbildungsstrategie (5), S. 52

1.3. Schaffung eines stärkeren Bewusstseins für wirtschaftliche Zusammenhänge und die eigene Rolle im Wirtschaftsgeschehen

Die Strategie wird in Übereinstimmung mit der darin festgelegten Definition von Finanzbildung (siehe Definition von Finanzbildung) festgelegt und baut auf dem Verständnis der eigenen Rolle jeder Bürgerin und jedes Bürgers innerhalb der Wirtschaft und der

Gesellschaft auf. Dieses Verständnis soll als Grundlage für eine Anhebung des Finanzbildungsniveaus und einer Steigerung des Bewusstseins für diese Thematik dienen. Die Bevölkerung soll dabei unterstützt werden, die Auswirkungen des Wirtschaftszyklus auf ihre persönliche Situation besser zu verstehen und wirtschaftliche Schocks in Krisenzeiten besser zu überstehen.

Code: • Bewertung Risiken/Chancen Kapitalmarkt > Eigene Rolle im Wirtschaftssystem verstehen Gewicht: 0
Bericht Nationale Finanzbildungsstrategie (5), S. 53

Action Tools: • Schaffung eines besseren Verständnisses für die Funktionsweise des Konjunkturzyklus und die Auswirkungen von Entwicklungen auf den Finanzmärkten und in der Wirtschaft auf die persönliche Finanzsituation und das individuell verfügbare Einkommen und Vermögen durch eine effizientere Verbreitung bereits vorhandener Bildungsressourcen und die Entwicklung von qualitätsgesicherten und leicht verständlichen Informationsmaterialien, Schulungen und Workshops für verschiedene Zielgruppen und Lebensphasen (GB) • Förderung des Verständnisses von Verhaltensweisen, die die persönliche finanzielle Widerstandsfähigkeit gegenüber Finanz- und Wirtschaftskrisen erhöhen können, z. B. die Bildung von Rücklagen für Notfälle, und Förderung der Entwicklung von nachhaltigen Entscheidungsmustern beim persönlichen Umgang mit Geld im Alltag (GB) • Angebot von Wirtschaftssimulationsspielen für junge Menschen in Schulen, Jugendliche und Erwachsene, um ein besseres Verständnis für die Funktionsweise und die Zusammenhänge des Wirtschaftskreislaufs, der Finanzmärkte und der Rolle der einzelnen Marktteilnehmer zu fördern (JS, JE, BEU) • Bereitstellung von leicht verständlichen, an die verschiedenen Lebensphasen angepassten Bildungsangeboten zum Thema Steuern (GB, BEU, JE) • Unterstützung der Bürgerinnen und Bürger beim Verständnis der Zusammenhänge zwischen wirtschaftlicher Tätigkeit und ökologischer Nachhaltigkeit und der Möglichkeiten, wie sie mit ihren individuellen Spar- und Investitionsentscheidungen zu langfristigen Umweltzielen beitragen können (GB)⁵⁴ Nationale Finanzbildungsstrategie für Österreich

Indikatoren: • Anzahl der Schülerinnen und Schüler, die über laufende Projekte an Schulen und bei Veranstaltungen erreicht werden; Anzahl der Personen, die über Finanzbildungsinitiativen zum sicheren Umgang mit Krediten erreicht werden • Verbesserung der mit dem OECD/INFE-Toolkit gemessenen Werte für Finanzwissen, insbesondere – Prozentsatz der Österreicherinnen und Österreicher, die ihr Budget aktiv mithilfe von Geldmanagement-Tools verwalten – finanzielle Rücklagen für den Fall von Einkommensverlusten • Hauptmerkmale der Klientinnen/Klienten von Schuldnerberatungsstellen wie Alter, Höhe bestehender Konsumschulden zum Zeitpunkt der Inanspruchnahme der Beratungshilfe und Anzahl der Privatinsolvenzen • Anzahl der Opfer von Täuschungs- und Betrugsdelikten (basierend auf Daten der Österreichischen Finanzmarktaufsicht) • Ergebnisse des Moduls „Finanzbildung“ der PISA-Studie der OECD • Ergebnisse der Wirkungsevaluierung von Programmen in Schulen und zur Kredit-/Schuldenberatung

Code: • M_Methoden > Action Tools Gewicht: 0
Bericht Nationale Finanzbildungsstrategie (5), S. 53

2. Förderung einer verantwortungsvollen Finanzplanung für langfristiges finanzielles Wohlergehen

Die Strategie wird das Bewusstsein für die Notwendigkeit einer langfristigen Planung noch stärker in der Bevölkerung verankern und den Menschen die Informationen und Instrumente zur Verfügung stellen, die sie für eine effiziente Verwaltung ihrer langfristigen Ersparnisse, Investitionen und Pensionsbezüge benötigen.

Code: • Z_Ziele > Höheres finanzielles Wohlergehen für die Menschen (+) Gewicht: 0
Bericht Nationale Finanzbildungsstrategie (5), S. 54

Action Tools: • Gewährleistung der Bereitstellung und öffentlichen Zugänglichkeit von unabhängigen, objektiven und leicht verständlichen Informationen zur Nutzung von

Anlage- und Sparprodukten, die den Bedürfnissen der verschiedenen Zielgruppen und Lebensphasen entsprechen (GB, F, PA, JS, JE, BEU) • Sensibilisierung der Bevölkerung für die Bedeutung einer langfristigen, auf Risiko-streuung abstellenden Spar- und Investitionskultur durch spezifische Schulungen in Digital- und Präsenzform, Workshops, Veranstaltungen, Aufklärungskampagnen usw. (GB, F, PA, JE, BEU) • Sensibilisierung bestehender und potenzieller Unternehmerinnen und Unternehmer für die Existenz alternativer Finanzierungsmöglichkeiten auf dem Kapitalmarkt und Ergänzung der Beratungsangebote für KMU und Start-ups durch Finanzbildungsinhalte (BEU)

Die Strategie wird dafür sorgen, dass sich die österreichischen Bürgerinnen und Bürger nicht nur der Chancen, sondern auch der Risiken bewusst sind, die mit der Digitalisierung der Kapitalmärkte und der Einführung neuer Produkte verbunden sind.

Action Tools: • Sensibilisierung für die Merkmale und Risiken neuer digitaler Anlageprodukte, z. B. von Crowdfunding und Investitionen in Kryptowährungen, durch Bereitstellung aktueller Informationen und Bildungsressourcen für bestehende und potenzielle Anlegerinnen und Anleger (GB) • Stärkung des Bewusstseins für Finanzbetrug und kriminelle Machenschaften, insbesondere über Online-Kanäle (GB) • Kommunikation von Warnhinweisen im Zusammenhang mit gefährlichen oder riskanten digitalen Entwicklungen über die Informationskanäle der Strategie (GB)

Parallel dazu werden die Maßnahmen des Steuerausschusses und der Mitglieder der Finanzbildungscommunity dazu beitragen, dass die Menschen ein Verständnis für die Auswirkungen ihrer Finanzentscheidungen auf die Umwelt entwickeln und die Umsetzung umfassenderer politischer Ziele in diesem Bereich unterstützen.

Action Tools: • Unterstützung der bevorstehenden österreichischen Initiative „Green Financial Literacy Roadmap“ durch Einbringung von Input zu deren Umsetzung und Bereitstellung einer Plattform für einen regelmäßigen Dialog im Rahmen der nationalen Strategie (GB) • Sensibilisierung für die Bedeutung von Umweltauswirkungen, sozialer Verantwortung und ethischer Unternehmensführung bei Investitionsentscheidungen

(ESG-Faktoren) im Einklang mit der bevorstehenden österreichischen Initiative „Green Financial Literacy Roadmap“ bei den im Rahmen der nationalen Strategie umgesetzten Programmen und Initiativen (GB, PA)⁵⁶ Nationale Finanzbildungsstrategie für Österreich

• Durchführung von Aufklärungs- und Informationskampagnen über die positiven Auswirkungen grüner Finanzprodukte bei gleichzeitiger Warnung der Öffentlichkeit vor Greenwashing (GB, PA)

Code: • M_Methoden > Action Tools Gewicht: 0
Bericht Nationale Finanzbildungsstrategie (5), S. 55

2.2. Sensibilisierung für die Merkmale des Pensionssystems, die zu erwartende Höhe des Alterseinkommens und die Notwendigkeit einer vorausschauenden Planung

Die Strategie wird die Bedürfnisse der Mehrheit der österreichischen Bevölkerung, die sich um ihre finanzielle Sicherheit im Alter sorgt,

adressieren, indem sie das Bewusstsein für die Notwendigkeit einer angemessenen Altersvorsorgeplanung steigert und den Menschen die dafür zur Verfügung stehenden Möglichkeiten nahebringt.

Code: • Höheres finanzielles Wohlergehen für die Menschen (+) > Finanzielle Sicherheit im Alter Gewicht: 0
Bericht Nationale Finanzbildungsstrategie (5), S. 56

Action Tools: • Sensibilisierung für die Notwendigkeit, für den Ruhestand vorzusorgen und frühzeitig Entscheidungen zu treffen, mit denen ein angemessenes Alterseinkommen gesichert werden kann, wobei auf eine langfristige Orientierung anstelle einer kurzfristigen Betrachtungsweise abgestellt werden soll (GB, F, JS, JE, BEU) • Einführung eines bundesweiten Financial Future Day – z. B. in Verbindung mit der Global Money Week (GB, F, JS, JE, BEU) • Förderung des Verständnisses für das österreichische Pensionssystem (drei Säulen) mit besonderem Schwerpunkt auf die Erläuterung der verschiedenen Möglichkeiten einer betrieblichen und geförderten privaten Altersvorsorge durch Bereitstellung von leicht verständlichen Unterrichts- und Informationsmaterialien, deren Qualität vom Steuerungsausschuss sichergestellt werden kann (GB, F, JE, BEU) • Bereitstellung von leicht zugänglichen und verständlichen Informationen über die zu erwartende Höhe der Pension, z. B. durch transparente und realistische Pensionsrechner (GB, F, JE, BEU, PA) • Sensibilisierung für verfügbare und leistbare Möglichkeiten der Altersvorsorge, z. B. durch Vergleichstools, Informationsmaterialien usw. (GB, F, JE, BEU)

Die Strategie wird auch die Vermittlung von Finanzwissen am Arbeitsplatz fördern, da dieses Umfeld für die Aneignung von Wissen und die Behandlung von Fragen zur Altersvorsorge besonders gut geeignet ist.

Action Tools: • Ermutigung von Unternehmen, als Multiplikatoren ihre Beschäftigten über Themen im Zusammenhang mit dem Ruhestand und der künftigen Altersvorsorge (Pensionssystem, Auswirkungen des Elternurlaubs, Teilzeitmodelle usw.) zu informieren und aufzuklären, und zwar durch eine spezielle Arbeitsgruppe mit Nationale Finanzbildungsstrategie für Österreich 57 Stakeholdern aus der Wirtschaft, die bestehende bewährte Verfahren ermitteln und diskutieren soll (BEU) • Förderung der Erarbeitung und Bereitstellung von Finanzbildungsmaterialien zur Weitergabe durch Arbeitgeber an ihre Beschäftigten sowie Sensibilisierung der Arbeitgeber für die Möglichkeit der Einrichtung betrieblicher Altersvorsorgepläne (GB, F, BEU).

Indikatoren: • Zunahme der Anzahl von Personen, die in die Kapitalmärkte investieren oder in einen freiwilligen Altersvorsorgeplan einzahlen, insbesondere der Anteil der Frauen • Verbesserung der mit dem OECD/INFE-Toolkit gemessenen Werte für Finanzwissen, insbesondere – der Prozentsatz der Erwachsenen mit einem langfristigen finanziellen Ziel – der Prozentsatz der Erwachsenen, die Fragen zur Risikostreuung und zum Zinseszineffekt richtig beantworten • Anzahl der Personen, die durch Initiativen für langfristiges Sparen und Investieren erreicht wurden, und Ergebnisse der sie betreffenden Auswirkungsbewertung • Anzahl der Arbeitgeber, die durch Sensibilisierungskampagnen erreicht wurden, und Anzahl der durchgeführten Arbeitsplatzinitiativen • Anzahl der Organisationen, die an landesweiten Veranstaltungen teilnehmen, und der erreichten Personen

Code: • M_Methoden > Action Tools Gewicht: 0
Bericht Nationale Finanzbildungsstrategie (5), S. 56

3. Sensibilisierung für die Bedeutung von Finanzbildung und Sicherstellung des Zugangs zu qualitativ hochwertiger Finanzbildung für alle Bürgerinnen und Bürger

Die Strategie wird in der gesamten Bevölkerung das Bewusstsein für die Bedeutung von Finanzbildung und die sich dadurch ergebenden Vorteile in Bezug auf die finanzielle Widerstandsfähigkeit und das persönliche finanzielle Wohlergehen steigern. Sie wird als Plattform dienen, um bestehende erfolgreiche Initiativen sichtbarer zu machen und neue Bildungsressourcen und -initiativen zu entwickeln, um den Bedürfnissen der gesamten Bevölkerung gerecht zu werden, die Bürgerinnen und Bürger in kritischen Lebensphasen zu unterstützen und insbesondere jene Bevölkerungsgruppen zu erreichen, in denen ein besonders hoher Bedarf an Finanzbildung besteht.

Code: • Höheres finanzielles Wohlergehen für die Menschen (+) > Bessere Finanzentscheidungen/Finanzielle Stellung Gewicht: 0
Bericht Nationale Finanzbildungsstrategie (5), S. 57

3.1. Einrichtung eines zentralen Online-Portals für Finanzbildung

Durch die Einrichtung einer zentralen Website für Finanzbildung, die als Bezugspunkt auf Bundesebene dienen kann, richtet sich die Strategie an die gesamte Bevölkerung. Die zentrale Website für Finanzbildung könnte:

- eine verbraucherfreundliche visuelle Identität in Verbindung mit der nationalen Strategie entwickeln, die zu einem Bezugspunkt für die Öffentlichkeit werden kann
- regelmäßig aktualisierte, leicht verständliche und objektive Informationsmaterialien für verschiedene Zielgruppen bereitstellen, die auf einem Kern-kompetenzrahmen für Finanzbildung basieren und an die Bedürfnisse der Zielgruppen in verschiedenen Lebensphasen angepasst sind
- eine Liste der bestehenden Finanzbildungsprogramme, die von Mitgliedern der Finanzbildungscommunity durchgeführt werden, bereitstellen
- den Nutzerinnen und Nutzern digitale Tools und eine Überprüfung ihrer Finanzkompetenz anbieten, damit sie sich einen Eindruck über ihr Finanzwissen in verschiedenen Bereichen verschaffen können
- als zentrale Anlaufstelle für die Bevölkerung mit direktem Zugang zum Sekretariat der Strategie dienen

Code: • M_Methoden > Onlineportal Gewicht: 0
Bericht Nationale Finanzbildungsstrategie (5), S. 58

Action Tools: • Organisation von Massenkommunikationskampagnen über digitale und traditionelle Kanäle (siehe Infobox 5.3) anlässlich der Einführung der Strategie und zu aktuellen Themen, die für Konsumentinnen und Konsumenten von Bedeutung sind, wie das derzeitige Niedrigzinsumfeld, die Inflation, neue digitale Finanzprodukte und -dienstleistungen, Finanzbetrug usw. (GB)

• Einrichtung regelmäßiger Kommunikationskanäle als Schnittstellen zu potenziellen Multiplikatoren wie Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter, NGOs, Beratungs- und

Betreuungsstellen, Branchenverbände und Arbeitgeber (GB) • Werbung für Networking im Bereich der Finanzbildung und für öffentlich zugängliche Initiativen wie Mentoring-Programme, Foren für den kommunikativen Nationale Finanzbildungsstrategie für Österreich 59 Austausch in verschiedenen Peer-Gruppen oder den Dialog mit Fachleuten für Finanzfragen (GB)

Indikatoren: • Anzahl der Nutzerinnen und Nutzer der Website • Qualitative Bewertung des Inhalts und der Relevanz der Website durch Nutzerumfragen und Fokusgruppen • Anzahl der Personen, die durch Massenkommunikationskampagnen über verschiedene Medien erreicht wurden • Anzahl der tatsächlich erreichten potenziellen Multiplikatoren

Infobox 5.3. Kommunikationskampagnen Bei den im Rahmen der Strategie durchgeführten Kommunikationskampagnen werden sowohl digitale als auch traditionelle Bereitstellungschanäle genutzt:

- Informations- und Sensibilisierungskampagnen in den traditionellen Medien (Fernsehen und Radio) und in den Online-Medien (Websites

von Zeitungen) sowie in den besonders von jungen Menschen frequentierten sozialen Medien (TikTok, Instagram usw.) • Mitwirkung an den Inhalten von Fernsehsendungen und Presseartikeln, aufbauend auf der Zusammenarbeit mit den Medien • Plakate in Schulen, Werbetafeln an Autobahnen und im öffentlichen Raum • Schwerpunkttag zum Thema Finanzbildung auf lokaler und auf Bundes-ebene: Weltspartag, Equal Pay Day, Equal Pension Day usw., in Kombination mit globalen Events wie der Global Money Week • Kooperation mit österreichischen Influencern, Bloggern, YouTubern und Podcastern • Breitenwirksame Marketingkampagnen, z. B. Workshops, Wettbewerbe/ Preise/Hackathons usw. • Verteilung von Broschüren und Postkarten mit häufig gestellten Fragen zu Finanzbildungsthemen

Code: • M_Methoden > Action Tools Gewicht: 0
Bericht Nationale Finanzbildungsstrategie (5), S. 58

4. Steigerung der Effektivität von Finanzbildungsinitiativen durch Dialog, Koordination und Evaluierung

Aufgrund ihrer Governance-Struktur, die öffentliche, private und gemeinnützige Stakeholder einbezieht (siehe Integrative Governance-Struktur für effektive Führung und Zusammenarbeit), kann die Strategie auf das reichhaltige Fachwissen und die umfassende Erfahrung der in Österreich tätigen Stakeholder zurückgreifen. Die Mitwirkung der Stakeholder an den Zielen der Strategie wird durch die Formulierung und Umsetzung eines Verhaltenskodex und die Vereinbarung eines österreichischen Kernkompetenzrahmens für Finanzbildung weiter unterstützt.

Code: • M_Methoden > Evaluierung Gewicht: 0
Bericht Nationale Finanzbildungsstrategie (5), S. 60

Aufgrund ihrer Governance-Struktur, die öffentliche, private und gemeinnützige Stakeholder einbezieht (siehe Integrative Governance-Struktur für effektive Führung und Zusammenarbeit), kann die Strategie auf das reichhaltige Fachwissen und die umfassende Erfahrung der in Österreich tätigen Stakeholder zurückgreifen. Die Mitwirkung der Stakeholder an den Zielen der Strategie wird durch die Formulierung und Umsetzung eines Verhaltenskodex und die Vereinbarung eines österreichischen Kernkompetenzrahmens für Finanzbildung weiter unterstützt.

Code: • ST_Stakeholder-Einbindung > Verhaltenskodex Gewicht: 0
Bericht Nationale Finanzbildungsstrategie (5), S. 60

4.1. Festlegung eines Verhaltenskodex für die Einbindung von Stakeholdern

Die Einbindung privater und gemeinnütziger Stakeholder in die Umsetzung der nationalen Strategie wird durch die Formulierung eines Verhaltenskodex für ihre Beteiligung an Finanzbildungsaktivitäten und -initiativen weiter unterstützt. Der Verhaltenskodex wird:

- einheitliche Standards für die Stakeholder festlegen, wobei zwischen kommerziellen und pädagogischen Aktivitäten unterschieden und das Risiko von Interessenkonflikten minimiert wird
- Objektivität, Qualität und Unparteilichkeit bei der Umsetzung von Finanzbildungsprogrammen gewährleisten
- einen Rahmen für die Mitwirkung der Stakeholder aus dem nichtöffentlichen Bereich an der Erreichung der gemeinsamen Ziele der nationalen Strategie schaffen

Code: • M_Methoden > Evaluierung Gewicht: 0
Bericht Nationale Finanzbildungsstrategie (5), S. 60

Die Einbindung privater und gemeinnütziger Stakeholder in die Umsetzung der nationalen Strategie wird durch die Formulierung eines Verhaltenskodex für ihre Beteiligung an Finanzbildungsaktivitäten und -initiativen weiter unterstützt. Der Verhaltenskodex wird:

- einheitliche Standards für die Stakeholder festlegen, wobei zwischen kommerziellen und pädagogischen Aktivitäten unterschieden und das Risiko von Interessenkonflikten minimiert wird
- Objektivität, Qualität und Unparteilichkeit bei der Umsetzung von Finanzbildungsprogrammen gewährleisten
- einen Rahmen für die Mitwirkung der Stakeholder aus dem nichtöffentlichen Bereich an der Erreichung der gemeinsamen Ziele der nationalen Strategie schaffen

Code: • ST_Stakeholder-Einbindung > Verhaltenskodex Gewicht: 0
Bericht Nationale Finanzbildungsstrategie (5), S. 60

4.2. Schaffung eines gemeinsamen Verständnisses für Kernkompetenzen im Bereich der Finanzbildung, die zur Stärkung des finanziellen Wohlergehens beitragen

Durch die Verabschiedung eines Kernkompetenzrahmens für Finanzbildung (OECD, 2015b; OECD, 2016b) wird die Strategie ein gemeinsames Verständnis von Finanzbildung forcieren. Die Strategie wird von der in Kooperation zwischen EU und OECD/ INFE erfolgenden Entwicklung eines Finanzkompetenzrahmens für die EU (Europäische Kommission, 2021a) profitieren, der weiter angepasst werden könnte, um österreich-spezifische Besonderheiten zu berücksichtigen. Der von EU und OECD/INFE zunächst für Erwachsene entwickelte Rahmen wird 2021 unter Mitwirkung von Österreich als Mitglied der Arbeitsgruppe der Kommission (vertreten durch BMF und Oesterreichi-Nationale Finanzbildungsstrategie für Österreich 61 sche Nationalbank) finalisiert. Ein EU/OECD-INFE-Finanzkompetenzrahmen für junge Menschen soll folgen. Die Strategie wird die Anwendung der Rahmenvorgaben für Finanzkompetenzen durch alle relevanten Stakeholder in Österreich fördern und den Kernkompetenzrahmen nutzen, um die Programmgestaltung zu verbessern, Lücken im Angebot zu identifizieren und Instrumente zur Bewertung, Messung und Evaluierung zu entwickeln.

Code: • Z_Ziele > Höheres finanzielles Wohlergehen für die Menschen (+) Gewicht: 0
Bericht Nationale Finanzbildungsstrategie (5), S. 60

Durch die Verabschiedung eines Kernkompetenzrahmens für Finanzbildung (OECD, 2015b; OECD, 2016b) wird die Strategie ein gemeinsames Verständnis von Finanzbildung forcieren. Die Strategie wird von der in Kooperation zwischen EU und OECD/ INFE erfolgenden Entwicklung eines Finanzkompetenzrahmens für die EU (Europäische Kommission, 2021a) profitieren, der weiter angepasst werden könnte, um österreich-spezifische Besonderheiten zu berücksichtigen. Der von EU und OECD/INFE zunächst für Erwachsene entwickelte Rahmen wird 2021 unter Mitwirkung von Österreich als Mitglied der Arbeitsgruppe der Kommission (vertreten durch BMF und Oesterreichi-Nationale Finanzbildungsstrategie für Österreich 61 sche Nationalbank) finalisiert. Ein EU/OECD-INFE-Finanzkompetenzrahmen für junge Menschen soll folgen.

Die Strategie wird die Anwendung der Rahmenvorgaben für Finanzkompetenzen durch alle relevanten Stakeholder in Österreich fördern und den Kernkompetenzrahmen nutzen, um die Programmgestaltung zu verbessern, Lücken im Angebot zu identifizieren und Instrumente zur Bewertung, Messung und Evaluierung zu entwickeln.

Code: • Bewusstseinsbildung > Verständnis "Was ist Finanzbildung" Gewicht: 0
Bericht Nationale Finanzbildungsstrategie (5), S. 60

4.3. Förderung der Forschung zum Thema Finanzbildung

Im Rahmen der Strategie wird sichergestellt, dass ihre Umsetzung evidenzbasiert erfolgt und sie von den neuesten Erkenntnissen und Forschungsergebnissen im Bereich der Finanzbildung profitiert. Dazu wird eine wissenschaftliche Arbeitsgruppe mit Vertretern angesehener österreichischer Forschungsinstitutionen eingerichtet (siehe Wissenschaftliche Arbeitsgruppe), die Beiträge zur Arbeit des Steuerungsausschusses liefern wird und bei Bedarf im Zuge der Umsetzung der Strategie konsultiert werden kann.

Code: • M_Methoden > Forschungsförderung Gewicht: 0
Bericht Nationale Finanzbildungsstrategie (5), S. 61

4.4. Eingehende und regelmäßige Überwachung und Evaluierung der einzelnen Initiativen und der nationalen Gesamtstrategie

Die Strategie sieht Überwachungs- und Evaluierungsprozesse vor, um die Fortschritte bei ihrer Umsetzung zu beurteilen und Informationen für die Jahrespläne bereitzustellen. Sie definiert die Überwachung und Bewertung der Auswirkungen sowohl auf Programmebene als auch für die gesamte nationale Strategie (siehe Evidenzbasierte und ergebnisorientierte Strategie).

Indikatoren: • Anzahl der Stakeholder, die den Verhaltenskodex einhalten • Anzahl der Stakeholder, die den verabschiedeten Kernkompetenzrahmen bei der Konzeptionierung, Umsetzung und Evaluierung ihrer Initiativen nutzen

Code: • M_Methoden > Evaluierung Gewicht: 0
Bericht Nationale Finanzbildungsstrategie (5), S. 61

Tabelle 5.2: Überblick Aktionsplan

Politisches Ziel	Untergeordnetes Ziel	Action Tool
Frühzeitige Entwicklung der Grundlagen für solide finanzielle Entscheidungen und die Verhinderung von Überschuldung	Förderung der Finanzbildung in Schulen als fächerübergreifendes Thema	10 Action Tools
	Förderung des sicheren Umgangs mit Krediten und Vermeidung von Überschuldung	4 Action Tools
	Schaffung eines stärkeren Bewusstseins für wirtschaftliche Zusammenhänge und die eigene Rolle im Wirtschaftsgeschehen	5 Action Tools
Förderung einer verantwortungsvollen Finanzplanung für langfristiges finanzielles Wohlergehen	Unterstützung einer sicheren und informierten Beteiligung an den Finanzmärkten	9 Action Tools
	Sensibilisierung für die Merkmale des Pensionssystems, die zu erwartende Höhe des Alterseinkommens und die Notwendigkeit einer vorausschauenden Planung	7 Action Tools
Sensibilisierung für die Bedeutung von Finanzbildung und Sicherstellung des Zugangs zu qualitativ hochwertiger Finanzbildung für alle Bürgerinnen und Bürger	Einrichtung eines zentralen Online-Portals für Finanzbildung	1 Action Tool
	Sensibilisierung für die Notwendigkeit von Finanzbildung: Massenkommunikationskampagnen für die Bevölkerung und gezielte Initiativen für Multiplikatoren	3 Action Tools
Steigerung der Effektivität von Finanzbildungsinitiativen durch Dialog, Koordination und Evaluierung	Festlegung eines Verhaltenskodex für die Einbindung von Stakeholdern	1 Action Tool
	Schaffung eines gemeinsamen Verständnisses für Kernkompetenzen im Bereich der Finanzbildung, die zur Stärkung des finanziellen Wohlergehens beitragen	1 Action Tool
	Förderung der Forschung zum Thema Finanzbildung	
	Eingehende und regelmäßige Überwachung und Evaluierung der einzelnen Initiativen und der nationalen Gesamtstrategie	
		41 Action Tools

Code: • M_Methoden > Action Tools Gewicht: 0
Bericht Nationale Finanzbildungsstrategie (5), S. 62

Mit der Formulierung einer nationalen Finanzbildungsstrategie für Österreich wird offiziell anerkannt, dass finanzielle Bildung eine langfristige politische Priorität darstellt und eine Kernkompetenz für das Leben darstellt, die zum finanziellen Wohlbefinden von Personen und Haushalten beiträgt.

Code: • Z_Ziele > Bewusstseinsbildung Gewicht: 0
Bericht Nationale Finanzbildungsstrategie (5), S. 65

Die Strategie wird nicht bei null beginnen, sondern auf bestehenden Initiativen aufbauen, die von österreichischen Stakeholdern, die im Bereich der Finanzbildung engagiert sind, entwickelt wurden. Diese Initiativen erhalten damit eine Plattform, um ihr transformatives Potenzial und ihre Reichweite zu vergrößern. Auch gibt die Strategie einen Anstoß für eine stärkere und effektivere Zusammenarbeit und die Bündelung von Ressourcen, um gemeinsame Ziele zu erreichen.

Code: • ST_Stakeholder-Einbindung > Koordinierung Gewicht: 0
Bericht Nationale Finanzbildungsstrategie (5), S. 65

Mit der Verabschiedung der Strategie durch den österreichischen Ministerrat wird ein regierungsweiter Ansatz zu ihrer Umsetzung etabliert und die Integration von Finanzbildung in das politische Instrumentarium gefördert, um so die Österreicherinnen und Österreicher bei der Bewältigung der Folgen der COVID-19-Krise und beim Aufbau einer widerstandsfähigen finanziellen Zukunft zu unterstützen. Die Anerkennung auf höchster Regierungsebene wird außerdem dazu beitragen, dass die Öffentlichkeit auf die Existenz der Strategie aufmerksam wird und das Bewusstsein für die Bedeutung von Finanzbildung in der Bevölkerung wächst.

Code: • Z_Ziele > Bewusstseinsbildung Gewicht: 0
Bericht Nationale Finanzbildungsstrategie (5), S. 65

Anhang 2: Abstract

Die vorliegende Masterarbeit zum Thema „Finanzbildung in Österreich – Eine Diskursanalyse zur Nationalen Finanzbildungsstrategie 2021-2026 unter besonderer Berücksichtigung weiterer Stakeholder-Interessen“ setzt sich mit der im September 2021 vom Österreichischen Bundesministerium für Finanzen und der OECD veröffentlichten „Nationalen Finanzbildungsstrategie für Österreich“ auseinander und analysiert dabei die dort festgeschriebenen Methoden und Strategien. Dabei wird eine Inhaltsanalyse des Strategiepapiers und eine Diskursanalyse der Interviews mit ausgewählten Stakeholdern vorgenommen. Es werden die Interessen letzterer hinterfragt, deren Schwerpunkte und methodische Ansätze analysiert und in Summe vergleichend zusammengeführt, um eine Aussage darüber treffen zu können, inwieweit die vorgestellte Finanzbildungsstrategie diese Interessenspunkte miteinschließt. Die Analyse kommt zu dem Ergebnis, dass es keine größeren Unterscheidungen gibt, an denen sich etwa Differenzen in der inhaltlichen Einbindung zwischen den Herausgebern der Finanzbildungsstrategie und den teilnehmenden Institutionen festmachen lassen würden. Es herrscht eine mehrheitlich harmonische Grundhaltung zwischen den Institutionen und der Fokus liegt auf der allgemeinen Wichtigkeit des Themas. Es zeigt sich aber auch ein gewisses Konfliktpotential, das sich anhand der Unterschiedlichkeit der Grundpositionen (Zielgruppen, allgemeiner Blick auf die Gesellschaft etc.) erklären lässt.

-

This master's thesis on the topic "Financial Education in Austria - A discourse analysis on the National Financial Education Strategy 2021-2026 with special consideration of other stakeholder interests" deals with the "National Financial Education Strategy for Austria" published in September 2021 by the Austrian Federal Ministry of Finance and the OECD and analyzes the methods and strategies laid down there. A content analysis of the strategy paper and a discourse analysis of the interviews with selected stakeholders was carried out. The interests of the latter are questioned, their focal points and methodical approaches analyzed and compared in order to be able to make a statement about the extent to which the financial education strategy presented includes these points of interest. The analysis comes to the conclusion that there are no major distinctions that could be used to identify differences in the integration of content between the publishers of the financial education strategy and the participating institutions. There is a mostly harmonious attitude between the institutions and the focus is on the general importance of the topic. However, there is also a certain potential for conflict, which can be explained by the difference in basic positions (target groups, general view on society, etc.).